

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Wählen?

2004 sei ein „Superwahljahr“, verkünden die Medien der Bourgeoisie. Stimmt das? Ist das Angebot wirklich so reichhaltig, daß man tatsächlich eine Wahl treffen kann, oder handelt es sich vielmehr um die Entscheidung zwischen Pest und Cholera?

Den Herrschenden geht es allein um die Zementierung ihres Zweiparteiensystems, bei dem diesmal die ausgeruhten Schwarzen oben und deren verschlissene rosa „Gegenspieler“ unten liegen dürften. Bürgerliche Wahlen bewirken nur dann etwas, wenn der außerparlamentarische Widerstand die Dominante ist. Aber sie sind ein Gradmesser für das Massenbewußtsein. Als Thälmanns KPD am Ende der Weimarer Republik sechs Millionen Stimmen errang, wußte das Großkapital, was die Stunde geschlagen hatte. Es ließ den Faschismus von der Kette.

Angesichts der Alternativlosigkeit zwischen SPD und CDU/CSU – beide bilden de facto längst eine große Koalition –, angesichts einer handzahmen und in der BRD angekommenen PDS-Spitze, die nun auch in Thüringen, Brandenburg und Sachsen das anderswo bereits vorexerzierte Desaster prinzipienloser Regierungsbeteiligung nachvollziehen möchte, fragen sich viele, ob Wahlabstinentz nicht vorzuziehen sei. In Briefen an den „RotFuchs“ fordert man von uns: Sagt, wen wir wählen sollen! Die Redaktion sieht sich damit vor ein schwieriges Problem gestellt.

Einfacher wäre es, wenn die Frage laute: Wen sollen wir nicht wählen? Da liegen die Dinge auf der Hand: SPD, gleich ob unter Schröder oder Müntefering, CDU/CSU, FDP und Grüne sind aus unserer Sicht natürlich allesamt nicht wählbar. Einer Partei, deren Mandatsträger ganz überwiegend danach trachten, die sozialen Sicherheitssysteme und die aufs Grundgesetz gestützte bürgerliche Demokratie zu demontieren und Deutschland zu einer internationalen Interventionsmacht mit kolonialen Ambitionen werden zu lassen, müssen vom Wähler abgestraft werden. Wir sagen das, obwohl wir wissen, daß es unter jenen, die sich auch in diesem Jahr für SPD und Grüne entscheiden werden, nach wie vor etliche der Demagogie erliegende Linke gibt, die glauben, mit ihrem Votum gegen rechts zu stimmen.

Nicht wenige sind davon überzeugt, daß der Wahlschwindel am besten durch Ungültigmachen der Stimmen oder dadurch aufgedeckt werden kann, daß man – wie bereits millionenfach praktiziert – die

Urnen boykottiert. Ohne Zweifel besitzt dieses Argument eine gewisse Logik: Das System wird vorgeführt und bloßgestellt. Doch Stimmverweigerung treibt zugleich die Anteile der „Gewinner“ in die Höhe, da nur die abgegebenen Stimmen der Prozentsatzerrechnung zugrunde gelegt werden. Außerdem: Präsidenten, Senatoren und Abgeordnete werden in den USA seit Jahrzehnten von nur etwa 30 % der theoretisch Stimmberechtigten „gewählt“, wenn man die Nichtregistrierten, die Nichtwähler und die Wähler der Gegenpartei zusammenzählt. An dieses Strickmuster hat man dort die Massen gewöhnt. Und hier will man ja amerikanische Verhältnisse einführen.

Eine weitere Frage lautet: Ist die PDS nach der Entschuldigung von Roland Claus bei Bush, nach dem Anbiederungskurs in Berlin und Schwerin, nach der Annahme eines Programms, das dem Sozialismus ade sagt, noch wählbar? Eigentlich müßte man nein sagen. Doch offensichtlich wird sich die Masse der linken Wähler, die zur Abstimmung gehen, für die PDS entscheiden. Dafür sprechen die Umfrageergebnisse. Diese Zahl könnte durch die Aufstellung der Kommunistin Sahara Wagenknecht, deren Kandidatur in ihrer politischen Vorteilhaftigkeit überschätzt wird, noch zunehmen. Das Stimmungsbarmeter läßt aber auch erkennen, daß die PDS erneut einen Teil ihrer Wähler verlieren dürfte. In welchem Maße verdrossene Wanderwähler der SPD zu ihr übergehen, bleibt abzuwarten.

Wie verhält es sich mit der DKP? Sie kandidiert für das Europaparlament mit einem antikapitalistischen, gegen die EU und die Europäische Verfassung gerichteten Programm. Einem Programm, das wichtige Akzente richtig setzt, auch wenn es nicht ohne ernste Mängel ist. Auf der Liste der DKP fehlen – sieht man vom Hamburger Hafen-Personalratsvorsitzenden Bernt Kamin einmal ab – bekannte Namen, über die diese Partei verfügt. Der Osten ist unterrepräsentiert. Dennoch könnten linke Wähler, die die PDS nicht ankreuzen wollen, hier eine Alternative finden.

Alles in allem: Der Stoß muß sich gegen die in vielen Facetten auftretende Rechte – von den Ultras über Stoiber, Merkel und Westerwelle bis zu Schröder und Fischer – richten. Damit das „Superwahljahr“ 2004 keine Superschlappe für jene wird, die ein besseres Deutschland im Sinn haben.

Klaus Steiniger



INHALT

Gedanken zum Frauentag	S. 2
Sorben in der DDR und in der BRD	S. 3
Wo man neue Eliten züchten will	S. 4
Zur Geschichte der ABF	S. 5
Manfred Sohn im „RotFuchs“	S. 6
Stell dir vor ...	S. 6
PDS: Wenn Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen	S. 7
Herbert Mies: Meine Sorgen	S. 8
Zum Wahlauftritt der DKP	S. 9
Ahrenshooper Gespräche	S. 10
In memoriam Max Sievers	S. 10
Friedrich Engels zur Staatsfrage	S. 11
Deutsches Trinklied	S. 12
Kapitalmästerei	S. 12
Hermann Duncker:	
Wanderprediger der Partei	S. 13
FAZ: Schlag nach bei Karl!	S. 14
Hornberger Schießen	S. 14
Die Reichtumspyramide	S. 15
Erik Neutsch exklusiv	S. 16
Mut in Ueckermünde	S. 17
Frankfurter Chipfabrik – ein ausgeträumter Traum	S. 18
„RotFuchs“-Kessel in Magdeburg	S. 18
Schach für Scharon	S. 19
Kommunisten in Nachkriegsregierungen	S. 20
Spanien vor den Wahlen	S. 21
KSCM: Parteirechte greift an	S. 22
KP Japans: Weitere Abstriche am Programm	S. 22
„Kommunist Kiews“ druckt RF-Beiträge nach	S. 22
EL – eine Neuauflage des Eurokommunismus?	S. 23
KP Kanadas im Aufwind	S. 23
Vor Entscheidung in El Salvador	S. 23
Die SPD und „Deutsch-Südwest“	S. 24
Zum Tode von Lotte Fürnberg	S. 24
Neues Buch über Reichstagsbrand	S. 25
Gedenken an Walter Benjamin	S. 26
Armin Stolper wird 70	S. 27
Unvergessene Helen Ernst	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen & Impressum	S. 32

Wie die Rückwende das Leben der DDR-Frauen aus den Angeln hob

Gedanken zum 8. März

Am 8. März begehen wir den Internationalen Frauentag. Für die weiblichen Bürger der DDR war er 40 Jahre lang ein besonderer Tag, auch wenn er in den letzten Jahren wegen der Umkehrung „sonstiger Gepflogenheiten“ bisweilen etwas belächelt wurde. In erster Linie war er aber ein Tag, an dem die Leistungen der Kolleginnen gewürdigt wurden. Er stärkte ihr Selbstbewußtsein.

Wie lebten Frauen in der DDR? Es ist bitter nötig, gegen das Vergessen, Verschweigen, Nichtwissen und objektives Nichtwissenkönnen anzugehen. Diejenigen, die Zeuginnen der Wirklichkeit in der DDR gewesen sind, müssen sich zu Wort melden. Selbst die heute Vierzigjährigen haben am Anfang ihres Arbeitslebens noch bewußt die Situation einer berufstätigen Frau in der DDR erfahren.

In der ersten DDR-Verfassung wurde der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau verankert. Darauf gründete sich die gesamte Rechtsordnung. Wichtige Meilensteine waren das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau (1950) sowie das Familiengesetzbuch der DDR von 1965. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ beendete die materielle Benachteiligung der Frauen. Mit dem raschen Aufbau der Industrie gab es auch für die meisten von ihnen die Möglichkeit zu arbeiten, falls sie es wollten oder dazu gezwungen waren. In Regionen, wo die Schwerindustrie vorherrschte oder es an geeigneten Arbeitsplätzen für Frauen fehlte, wurden eigene neue Betriebe für sie geschaffen (z. B. Leinefelde im Eichsfeld).

Die Berufstätigkeit war in zunehmendem Maße für die Frau in der DDR die Grundlage ihrer Selbständigkeit und ihres Ansehens in der Gesellschaft. Die Voraussetzungen dafür schufen Schulbildung und fundierte Berufsausbildung. Auch der Aufbau eines leistungsfähigen Hochschulwesens einschließlich des wachsenden Angebots von Fernstudienplätzen kamen Mädchen und Frauen ebenso zugute wie den Männern. An den Arbeiter- und Bauern-Fakultäten wurde ein Anteil von etwa 50 % Frauen angestrebt. Das gleiche Ziel verfolgte die DDR bei der Einführung der zwölfklassigen Oberschulen, die 1949 die Gymnasien ablösten. Zäh wurde darum gerungen, Mädchen für Naturwissenschaften zu interessieren, um alte Vorurteile zu brechen. Nach der konterrevolutionären Wende sorgte die BRD dafür, die Orientierung auf „Frauenberufe“ wieder zu forcieren.

In allen staatlichen Betrieben und Institutionen bestanden Frauenförderungspläne, um die berufliche Entwicklung weiblicher Mitarbeiter nicht dem Zufall zu überlassen. Leider waren sie in manchen Fällen

nur ein Aushängeschild, hinter dem gewisse Funktionäre eine männerbezogene Kaderpolitik betrieben. An Hoch- und Fachschulen gab es Frauensonderklassen, die weiblichen Studierenden die Teilnahme erleichterten.

In den 80er Jahren waren etwa 96 % der Frauen von 18 bis 60 Jahren berufstätig, von denen wiederum 82 bis 85 % über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten. Das hat ihnen 1989/90, als sich ihre Lebensumstände total veränderten, nichts genützt.



Ein wichtiger Aspekt war die Kinderbetreuung. Zunächst wurden Kindertagesstätten aufgebaut, häufig eine Kombination von Krippe und Kindergarten. Für Mütter, die in kleinen Betrieben, in Verwaltungen, im Handel usw. arbeiteten, schuf der Staat kommunale Einrichtungen. In den ersten 20 bis 25 Jahren der DDR konnten nicht alle Kinder, deren Eltern das wünschten, betreut werden. Später waren Engpässe, insbesondere für die Drei- bis Sechsjährigen, weitgehend überwunden. Krippen und Kindergärten verfügten über an medizinischen und pädagogischen Fachschulen ausgebildetes Personal. Die finanzielle Belastung der Familie war gering. Die monatlichen Höchstsätze lagen bei 30 bis 35 Mark der DDR (einschließlich Verpflegung). Die heutige Überlegung, ob der Verdienst für eine Unterbringung der Kinder in Krippe oder Kindergarten ausreicht, spielte damals keine Rolle. Kinderreiche Familien oder Bezieher von geringen Einkommen bekamen sogar kostenlose Plätze in Kindereinrichtungen zugesprochen. Ausgezeichnet war die medizinische und

zahnmedizinische Betreuung, die in den Kindereinrichtungen kostenfrei erfolgte. Nach der Freigabe der Anti-Baby-Pille kam es in der DDR zu einem kurzfristigen „Geburtenknick“. Doch bald stieg die Zahl der Entbindungen wieder deutlich an. Die Mütter waren meist jung; zwischen dem 20. und 26. Lebensjahr hatten viele Frauen ihr erstes Kind. Inzwischen ist die Lage völlig anders. Die Gründe dafür sind bekannt.

Trotz der gesetzlich verbürgten Gleichberechtigung war es ein offenes Geheimnis, daß die Frauen in der DDR doppelten Belastungen unterlagen. Ihre zweite „Schicht“ stellte der Alltag dar. Sämtliche Erhebungen zu geleisteter Hausarbeit von Frauen und Männern sprachen eine deutliche Sprache. Deshalb gab es Überlegungen, Frauen wenigstens teilweise zu entlasten. Aus diesem Grunde wurde 1961 ein Hausarbeitstag für verheiratete Frauen, Frauen mit Kind und später sogar für alleinstehende Frauen ab dem 49. Lebensjahr eingeführt. Monatlich gewährte man ihnen einen Arbeitstag als vollbezahlten arbeitsfreien Tag, mit Ausnahme der Urlaubszeit. Das waren immerhin etwa 10 zusätzliche freie Tage im Jahr. Man möge das heute von einem „Arbeitgeber“ verlangen! Um das Leben von Frauen zu erleichtern, übernahmen Großbetriebe besondere Verpflichtungen. Es gab dort z. B. Einrichtungen, die die Haushaltswäsche der Betriebsangehörigen (in kleineren Städten und Gemeinden auch für alle Bewohner) reinigten. Das monatliche Wäscheaufkommen eines Dreipersonenhaushalts kostete schrankfertig 10 bis 15 Mark.

In den meisten Familien in der DDR war es üblich, an Wochenenden, bei Ausflügen, zu Festen und Feiertagen in Gaststätten essen zu gehen. Es gab höchstens Verdruß, wenn das Lokal wegen des großen Ansturms überfüllt war. Heute haben wir damit nicht mehr zu kämpfen. Warum wohl?

Frauen und Männer in der DDR konnten von einem großen Kulturangebot Gebrauch machen. Regelmäßige Theater- und Konzertbesuche im Rahmen bestehender Anrechte gehörten zur Normalität. Es gab eine wertvolle Frauenliteratur. Die Mehrzahl der Frauen hat seit der Zerschlagung des Sozialismus kein Theater und keinen Konzertsaal mehr von innen gesehen.

Dieser Bericht soll nicht den Eindruck vermitteln, als sei das Leben der Frauen in der DDR in jeder Hinsicht ideal gewesen. Es war durchaus anstrengend, aber erfüllt von gesellschaftlicher Achtung und berechtigtem Selbstbewußtsein.

Dr. Waltraud Neumann, Dresden

Über zwei Traditionen in der deutschen Minderheitenpolitik

Sorben in der DDR und in der BRD

„Ein Staat, der so gut zu einem so kleinen Volk ist, muß ein guter Staat sein“, sagte mir Mitte der siebziger Jahre einer der vielen Gäste, die damals eigens wegen der Sorben in die Lausitz kamen. Er war Präsident des Journalistenverbandes von Bangladesch.

In der Tat: Die Politik in der DDR gegenüber den Sorben, dem kleinen westslawischen Volk in Ostdeutschland, war eines der Markenzeichen des sozialistischen deutschen Staates und die humanistische Konsequenz aus deutscher Geschichte.

Das sorbische Volk, ein Jahrtausend rechtlos und meistens hilflos der deutschen Obrigkeit untertan, schöpfte mit dem Sieg der Sowjetarmee neue Hoffnungen. Es keimte die Erwartung, daß ein neuer, ein anderer deutscher Staat entstehen werde. Separatistische Bestrebungen, die es unter den Sorben gab, und die mit Blick auf deren Geschichte nur allzu gut zu verstehen waren, fanden immer weniger Nährboden. Daran hatten Kommunisten nicht unerheblichen Anteil. Bereits 1946 verhiess Wilhelm Pieck in der damals verträumten, vom sorbischen Leben geprägten Kleinstadt Hoyerswerda den Sorben eine sichere Zukunft im antifaschistischen deutschen Staat und gar Wiedergutmachung. Das legte Spuren, bei Sorben wie auch unter Deutschen.

Die Gewährung von Gleichberechtigung für ethnische Minderheiten war seit der Paulskirchenverfassung von 1848 eine offene deutsche Angelegenheit: Einerseits gab es das Streben der in Deutschland lebenden angestammten Minderheiten und mit ihnen verbundener politischer Kräfte nach gleichberechtigter Behandlung, andererseits die gegen die alteingesessenen Minoritäten gerichtete Staatspolitik, vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zur Naziherrschaft, mit Lug, Tücke und Gewalt betrieben.

So war es zwar zeitlich ein Zufall, daß auf das Jahr genau hundert Jahre nach der Revolution von 1848 der Sächsische Landtag mit dem „Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung“ erstmals ein Gesetz zum Schutze einer Minderheit verabschiedete, politisch aber bedeutete es die Konsequenz aus der einen politischen Tradition deutscher Geschichte. Die KPD hatte in Sachsen bereits 1926/27 eine entsprechende Gesetzesvorlage in den Landtag eingebracht. Formaljuristisch verbriefte Artikel 113 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 ein solches Recht. Doch die ablehnende Haltung der politischen Mehrheit war kein Zufall: Sie entsprach der anderen, der reaktionären Tradition deutscher Minderheitenpolitik.

Es war darum bei Gründung der DDR keine Frage, worauf sich der neue, der antifaschistisch-demokratische Staat in der Nationalitätenfrage orientieren würde. Die sowjetische Nationalitätenpolitik half dem freilich nach. Doch war es nicht

sowjetischer Zwang, wie oft in westlichen Veröffentlichungen nachzulesen, der in Deutschland zu einer gänzlich anderen staatlichen Minderheitenpolitik führte. Die erste Verfassung der DDR versprach dem sorbischen Volk volle Gleichberechtigung, wenn auch der Verfassungstext – mit Blick auf das ganze Land – für alle in Deutschland lebenden Minderheiten sprach. „Die fremdsprachigen Volksteile der Republik sind durch Gesetzgebung und Verwaltung in ihrer freien volkstümlichen Entwicklung zu fördern; sie dürfen insbesondere am Gebrauch ihrer Muttersprache im Unterricht, in der inneren Verwaltung und in der Rechtspflege nicht gehindert werden“, heißt es in der ersten DDR-Verfassung.

Nun weiß man nur zu gut, daß ein Verfassungstext das eine, die Verfassungswirklichkeit aber oft etwas ganz anderes ist. In einem „Informationsmaterial über die Rechte von Personen, die ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören“, auf Anforderung des Generalsekretärs der UNO von der Regierung der DDR Ende der siebziger Jahre erarbeitet, konnte mit Fug und Recht festgestellt werden: „Auf der Grundlage dieser Rechtsnormen haben die Angehörigen der sorbischen Minderheit in der DDR neben ihren staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten nicht nur das Recht auf Pflege ihrer Muttersprache und Kultur, die volle Wahrnehmung dieses Rechts erfährt auch eine vielfältige Förderung und Unterstützung.“

Da in der DDR auch auf diesem Gebiet vieles eher grundsätzlich politisch als ausschweifend juristisch bestimmt wurde, scheint die Gesetzeslage, die ein Dutzend Verordnungen und Durchführungsbestimmungen aufwies, eher bescheiden zu sein. Um so ausgeprägter war die Praxis. Ihre Grundlage bildete die Verfassung der DDR von 1949 und später die von 1968 und die ergänzte von 1974, in der das Prinzip der Förderung als Verfassungsauftrag verbrieft war. „Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sorbischer Nationalität haben das Recht zur Pflege ihrer Muttersprache und Kultur. Die Ausübung dieses Rechts wird vom Staat gefördert“ (Artikel 40). Ein Bezug zur aktuellen Grundrechtlage der Minderheiten in Deutschland mag den Wert eines solchen Verfassungsgrundsatzes erhellen: Mit dem Einigungsvertrag wurde dieser hohe Standard an Minderheitenrechten nicht in die Bundesrepublik übernommen und nur nach Protesten der sorbischen Organisation, der Domowina, in einer Protokollnotiz sozusagen am Rande vermerkt. Eine Grundgesetzänderung zugunsten des Minderheitenrechts scheiterte Mitte der 90er Jahre am Widerstand der CDU/CSU und ist heute sowohl von diesen Parteien als auch von SPD und Grünen mehr oder weniger ad acta gelegt. Selbst in den oft gerühmten sogenannten Sorbengeset-

zen Sachsens und Brandenburgs fehlt die Länderverpflichtung zur Förderung. Alles in allem: Die Bundesrepublik bewegt sich in ihrer Minderheitenpolitik ungeachtet der europäischen Entwicklung kaum auf höherem Niveau als zu Zeiten der Weimarer Republik. Auch ungeachtet all dessen, was die DDR hinterließ.

Das Wort geht unter den Sorben um: Alles, was wir heute (noch) haben, hätten wir nicht, wäre die DDR nicht gewesen. Das ist mitnichten landesübliche Nostalgie, sondernbarer Realitätssinn: All die sorbischen Einrichtungen und Regelungen, die es heute gibt, haben ihre Gründungen oder Vorläufer in der DDR oder in der Zeit unmittelbar davor. Die Auflistung zeigt es: das Sorbische Nationalensemble (zur berufsmäßigen Pflege sorbischer Folklore und Kunst), das Deutsch-Sorbische Volkstheater (als einziges zweisprachiges Berufstheater), das Sorbische Institut (als Forschungsstätte sorbischer Sprache, Geschichte, Volkskunde und Kultur), der Domowina-Verlag (als Hausverlag sorbischer Literatur), die Serbske nowiny (die sorbische Tageszeitung) und weitere Publikationen, der sorbische Sprachunterricht in Schulen und sorbischsprachige Grund- und Mittelschulen und Gymnasien ...

Dazu kommen Einrichtungen, die mit Erfolg arbeiteten und dennoch der „Wende“ zum Opfer fielen: das Sorbische Lehrerbildungsinstitut, das Haus für sorbische Volkskunst, die Sorbische Sprachschule in der Oberlausitz ...

Wenn auch mit der Stiftung für das sorbische Volk, die vom Bund und den beiden Bundesländern Sachsen und Brandenburg getragen wird, eine Form der Förderung sorbischer Sprache und Kultur gefunden wurde, so macht sie die Misere der Minderheitenpolitik in Deutschland nicht vergessen: Nicht nur, daß die Lausitz als Siedlungsgebiet des sorbischen Volkes wirtschaftlich und sozial und demzufolge auch demografisch immer weiter ausdünn, es drohen auch noch Jahr für Jahr Mittelkürzungen für die Stiftung. Kann es bei einer solchen Lage verwundern, daß sich die Sorben immer stärker der DDR erinnern, trotz gewisser bürokratischer Verzerrungen und anderer Vorgänge, die der Nationalitätenpolitik und den von ihr getragenen sorbischen Entwicklungen nicht immer guttaten?

Um zum Schluß in meinen Erinnerungen zu kramen. Unmittelbar nach der „Wende“ besuchte ein maßgeblicher Vertreter der friesischen Minderheit in Deutschland die Sorben. Fast inständig bittend sagte er zu mir: „Schauen Sie, daß Sie das, was es in der DDR gibt, in das vereinigte Deutschland retten können ... Wir bauen darauf.“

Sieghard Kose

Unser Autor war von 1973 bis Ende 1990 Chefredakteur der sorbischen Tageszeitung „Nowa doba“ und von 1990 bis 1999 Mitglied des Sächsischen Landtags (PDS).

Elite-Universitäten als Teil der „Agenda 2010“**Reiche Talente**

Bundesregierung und SPD erklärten am Beginn dieses Jahres die Bildungspolitik zu einem Schwerpunkt ihrer als „Agenda 2010“ bezeichneten „Reformpolitik“. Sie bestimmten dabei die Schaffung einiger „Elite-Universitäten“ als vorrangiges Anliegen, während zur Überwindung des Abbaus im Bereich der Massenbildung kaum etwas geschieht – im Gegenteil, die Bundesländer reduzieren weiterhin die finanziellen Mittel für Kindertagesstätten und allgemeinbildende Schulen.

Die von den Medien aufgenommene Diskussion über Elite-Universitäten macht deutlich, daß diese Forderung bei nicht wenigen SPD-Mitgliedern und vor allem auch Grünen Unbehagen auslöst. Hochschullehrer, ihre Hörer und so manche Universitätsleitung melden Bedenken an, denn die Forschungs- und besonders die Studienbedingungen sind an den deutschen Universitäten alles andere als normal, in manchen Fällen katastrophal. Mit Recht fordern sie, zuerst einmal diese Mißstände zu beseitigen. Und mit Nachdruck wenden sich die Kommilitonen gegen drohende Studiengebühren, würden sie doch immer mehr junge Menschen aus einkommensschwachen Familien und sogar aus den Mittelschichten von der Aufnahme eines Studiums ausschließen.

Das Stichwort Elite-Universität wirft allerdings viel weiter gehende Fragen auf: Spitzenkräfte in Wissenschaft und Forschung, um die es nach den Aussagen von Schröder und Bulmahn vor allem gehen soll, können nicht „gebacken“ werden! Internationale Erfahrungen, nicht zuletzt auch die der DDR, zeigen, daß eine solide, qualifizierte Ausbildung vieler junger Menschen aus allen sozialen Schichten die beste Voraussetzung für die Entwicklung von Spitzenkräften ist. Nicht die Elite-Universität, die viel Geld zu Lasten der übrigen Hochschulen verschlingt, ist erforderlich, sondern die Ausprägung spezieller Forschungsprofile in jeder einzelnen Universität entsprechend den jeweiligen personellen und materiell-finanziellen Bedingungen! Die Studierenden leisten dabei einen eigenständigen Beitrag zur

Lösung der jeweiligen Forschungsaufgaben, und mancher von ihnen entwickelt sich dabei bereits zu einer Spitzenkraft.

An Elite-Universitäten werden – wie die entsprechenden Einrichtungen in Großbritannien und in den USA beweisen – generell enorm hohe Studiengebühren verlangt. Zwar heißt es, es gebe ja auch Stipendien, aber die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft läßt darauf schließen, daß sie überwiegend aus den reichen Schichten der Bevölkerung kommen, aus den „etablierten“ Kreisen, aus jener Gruppe, die über Geld, Macht und Einfluß in der Gesellschaft verfügt. Ein Blick auf die Absolventen von Einrichtungen wie Harvard und Yale, von Oxford und Cambridge bestätigt das. Was hat das noch mit dem verfassungsmäßig zugesicherten Recht auf Bildung für alle, mit sozialer Gerechtigkeit zu tun? Und ist das nicht unter den konkreten Bedingungen Deutschlands ein Schritt in Richtung Studiengebühren für alle?!

Elite-Universitäten zielen nicht in erster Linie auf die Ausbildung von Spitzenkräften in Wissenschaft und Forschung, sondern vor allem auf die Bevorzugung einer „Gruppe auserlesener Menschen, die auf Grund angeblicher sozialer, natürlicher, geistiger und sittlicher Merkmale bestimmt ist, eine privilegierte Stellung in der Gesellschaft einzunehmen“ (Großes Fremdwörterbuch, Bibliographisches Institut Leipzig 1980). Und im Bertelsmann-Universal-Lexikon, Band 5, liest man: „Zur Elite gehört auch die besondere Funktion, Machtträger zu sein: Auf sie stützt sich die Herrschaft.“ Genau das aber verschweigen jene, die hierzulande Elite-Universitäten nach amerikanisch-britischem Vorbild propagieren!

Die Idee geht davon aus, daß die zum Studium ausgewählten jungen Menschen für wissenschaftliche Arbeit und künftige „Herrschaftsfunktionen“ besonders begabt und geeignet seien. Mit Blick auf die oben genannten Auswahlkriterien bedeutet das, daß Kinder aus „nicht herrschenden Schichten“ a priori als weniger oder gar nicht talentiert angesehen werden. Diese

Auffassung bestimmt aber nicht erst die Entscheidung über eine Aufnahme in die Elite-Universität, sondern ist bereits bei der Zuordnung der Kinder mit zehn bzw. zwölf Jahren zu Hauptschule, Realschule oder Gymnasium maßgebend; behauptet wird, damit trage man unterschiedlichen Begabungen Rechnung. Mehr oder weniger offen wird unterstellt, diese seien von Geburt an durch Vererbung bedingt.

Begabungen entwickeln sich jedoch im Zuge der tätigen Auseinandersetzung mit der Umwelt auf der Grundlage des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren: von bisher erreichtem Entwicklungsniveau, erblich gegebenen Besonderheiten und Umweltbedingungen, unter denen Erziehung und soziale Zugehörigkeit des Heranwachsenden besondere Bedeutung besitzen. Begabungen treten in Abhängigkeit von der Qualität der Anforderungen und der Eigenart der Persönlichkeit in unterschiedlichem Entwicklungstempo zu unterschiedlichen Zeitpunkten der ontogenetischen Entwicklung hervor (es gibt sowohl Früh- als auch Spätentwickler).

Damit wird deutlich, daß es bei der Aufnahme in die Elite-Universität nicht in erster Linie um besonders Begabte gehen würde, sondern vor allem um künftige „Machtträger“, um Herrschaftssicherung.

Im Zuge des Anschlusses der DDR an die BRD erfolgte auf dem Gebiet der früheren DDR ein „Austausch der Eliten“: Spitzenkräfte aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Verantwortungsträger in Staat und Gesellschaft wurden mit den unterschiedlichsten, z. T. abenteuerlichen Begründungen entlassen („abgewickelt“ hieß das) und durch „Importe“ aus den alten Bundesländern ersetzt, die dort meist kaum reale Chancen gehabt hätten, jemals solche Posten zu besetzen.

Es sei an dieser Stelle festgehalten: In der DDR konnten sich hervorragende Fachleute auf den verschiedensten Gebieten entwickeln, weil dieses Land Millionen Menschen aus allen sozialen Schichten zur Selbstverwirklichung verhalf, weil sie im Ergebnis der Beseitigung alter bürgerlicher Privilegien Bildung erwerben konnten. Trotz oftmals schwieriger Voraussetzungen und Bedingungen leisteten sie Dinge, die ihnen unter westlicher Sonne nie einer zugetraut und abverlangt hätte. Zielgerichtet wurde eine neue Intelligenz herangebildet. Es erwies sich, daß gerade die früher benachteiligten Klassen der Arbeiter und Bauern dafür ein großes Potential boten, daß dort immense Begabungsreserven vorhanden waren. So entstand in der DDR eine Elite ganz anderer Art. Sie kam wirklich aus dem Volk und fühlte sich ihm verantwortlich. Eine solche Elite ist jedoch heute in Deutschland weder gefragt noch gewollt.

Prof. Dr. habil. Günter Wilms

**Am 10. März, am 23. März und am 28. März 2004
begehen drei verdiente Genossen ihren 70. Geburtstag.**

Unser Glückwunsch geht an

Oskar Mathießen aus Hamburg,
Wolfgang May aus Berlin und
Generalleutnant Dr. Günter Möller,
ebenfalls aus Berlin.

**Wir wünschen unseren Vereinsmitgliedern
stabile Gesundheit und weiter gutes Stehvermögen im gemeinsamen Kampf.**

Wie Arbeiter- und Bauernkinder ihre eigenen Fakultäten erhielten

Unsere ABF

Eine Analyse der Zusammensetzung der Studentenschaft an der TH Dresden vor 1945 ergab, daß 95 % aller Studenten aus bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Kreisen stammten und nur 5 % aus der Arbeiterschaft! Um dieses Unrecht zu beseitigen, mußte das bürgerliche Bildungsprivileg gebrochen werden.

Die Landesverwaltung Sachsen verabschiedete am 17. Mai 1946 eine „Verordnung über die Bildung eines Fonds zur Förderung des Arbeiterstudiums und unbemittelter Studenten und Schüler“, um dem angeführten Personenkreis ein Hochschulstudium zu ermöglichen.

Der FDGB als größte Massenorganisation der arbeitenden Bevölkerung bildete in den Ländern der SBZ, so auch in Sachsen, einen „Landesausschuß zur Förderung des Arbeiterstudiums“. Ihm oblag nicht nur die Zulassung geprüfter Bewerber, sondern zugleich die materielle Absicherung der Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium. Dadurch war gesichert, daß sie im Frühjahr 1946 in einer Reihe sächsischer Städte mit insgesamt 1043 Hörern beginnen konnten. Von diesen beendeten im Herbst des gleichen Jahres 549 erfolgreich den ersten Vorsemesterkurs.

Ihm schloß sich im Oktober 1946 ein zweiter Lehrgang mit 6 Kursen an, der in Dresden in den Räumen der Grundschule in der Ehrlichstraße konzentriert werden konnte. Er dauerte ein Jahr. Die 189 Hörer, von denen 63 % Kinder von Arbeitern und Bauern sowie Landarbeitern waren, wurden entsprechend ihrer künftigen Studienrichtung in einen geistes- und in einen naturwissenschaftlichen Zug eingeteilt. Später kam dann noch ein medizinisch-biologischer hinzu. Das für die Erlangung der Hochschulreife nötige Wissen wurde in je 34 Wochenstunden Unterricht vermittelt. Weitere Kurse folgten.

Am 6. Januar 1948 verfügte das Ministerium für Volksbildung in Sachsen, „daß die Vorstudienanstalten mit sofortiger Wirkung als Teil der Hochschule gelten“. Gemäß dieser Verordnung gehörten zur Vorstudienabteilung der Technischen Hochschule Dresden die Vorstudienanstalten Dresden, Chemnitz und Görlitz. Im Januar 1948 wurde dazu übergegangen, die Studenten, ihren unterschiedlichen Voraussetzungen entsprechend, entweder in dem laufenden einjährigen Lehrgang zu belassen oder einem zweijährigen zuzuordnen. Eine zwei- bis dreijährige Studiendauer erwies sich mit der Zeit als die effektivste.

Im Oktober 1948 war die Vorstudienanstalt Dresden mit annähernd 400 Studierenden zu einem beachtlichen Faktor innerhalb der Hochschule geworden. Im April 1948 hatte auch ihr erstes Internat für die Vorstudienanstalt bezogen werden können. Es bot Platz für 47 Studenten.

Als im Oktober 1948 im Rahmen der „Sozialen Studienhilfe“, kurz SOST genannt, eine neue Stipendienregelung in Form einer Erhöhung für Studenten aus der Arbeiter- und Bauernschaft in Kraft trat, nahmen dies die Parteispitzen von CDU, Prof. Hieckmann, und LDPD, Prof. Kastner, zum Anlaß, gegen das Arbeiter- und Bauern-Studium Front zu machen. Sie

diente die im „Kulturplan der Deutschen Wirtschafts-Kommission“ (DWK) vom 31. 3. 1949 enthaltene Richtlinie: „Die bestehenden Kurse zur Vorbereitung von Arbeitern, Bauern und ihren Kindern für das Studium an den Hochschulen (Vorstudienanstalten) sind in Arbeiter- und Bauern-Fakultäten umzugestalten. Den volkseigenen Betrieben, Gewerkschaften und den öffentlichen Institutionen wird empfohlen, sich an der Sicherung des Unterhaltes der von ihnen an die Hochschulen entsandten Studierenden zu beteiligen.“

Die feierliche Eröffnung der Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Technischen Hoch-



**Berliner ABF-Studenten vor Unterrichtsbeginn
Aus: 50 Jahre DDR, Schwarzkopf & Schwarzkopf**

entfachten im Sächsischen Landtag eine Debatte über die angeblich ungerechte Bevorzugung von Bevölkerungsschichten. Die bei den Wahlen im Oktober 1946 zustandegekommene knappe linke Landtagsmehrheit – SED 59 Sitze, CDU und LDPD zusammen 58 Mandate – wehrte die Angriffe auf die Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs energisch ab. Weitere im Landtag vertretene Fraktionen – u. a. die des Kulturbundes – unterstützten die SED-Fraktion.

Im Osten Deutschlands, wo mit dem Ausbau des volkseigenen Sektors in der Industrie und der Vorbereitung des Zweijährplanes zur Überwindung der größten Kriegsschäden begonnen worden war, wuchs der Bedarf an Spezialisten. In den 40 000 industriellen Betrieben arbeiteten zu dieser Zeit nur 32 000 Ingenieure und 4 000 Chemiker. Die Dringlichkeit einer Zuführung akademisch ausgebildeter Menschen lag auf der Hand. Diesem Ziel

schule Dresden fand im Gründungsmonat der DDR durch Walter Ulbricht statt. Als 7. Fakultät wurde die ABF in den Verband der Hochschule integriert. Das war ein bedeutsamer Einschnitt in die Geschichte der Alma mater dresdensis. Den möchten die heutigen Geschichtsschreiber der Universität vergessen machen. Weil die Inbesitznahme der Hohen Schule durch die antikapitalistischen, antibürgerlichen Kräfte nun einmal eine historische Tatsache ist, findet dieses Ereignis nur diffamierend Erwähnung!

Am 7. Oktober 1949 erfolgte auf Beschluß des demokratisch gewählten Deutschen Volksrates die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Die FDJ würdigte dieses Ereignis in Berlin mit einem Fackelzug. An ihm nahmen 416 Studenten der Dresdner ABF teil.

(Wird fortgesetzt)

Doz. Dr. habil Werner Klaus, Dresden

Ein Plädoyer für das 20. Jahrhundert

Oktoberkrieg: Das epochale Ereignis

Es ist üblich geworden, noch vor Ablauf eines Jahres einen Rückblick zu schreiben. Das widerspricht der guten alten Volksweisheit, den Tag nicht vor dem Abend zu loben.

Dementsprechend ist der hier vorliegende Versuch, einen ersten Blick auf die letzten hundert Jahre zu werfen, natürlich hoffnungslos veraltet – diese Rückblicke auf das 20. Jahrhundert konnten ja vor drei Jahren bereits massenhaft in die Ordner abgelegt werden. Nun ist man als bekennender Kommunist in diesem Land eh' von rechts oben als altmodisch abgestempelt und gegen solche Vorwürfe, altmodisch zu sein, immun. Wahrscheinlich ist es anders herum: Dieser Rückblick, gut drei Jahre nach den Böllern, die das 20. Jahrhundert verabschiedet haben, ist gewagt. Wirklich resümieren kann diese Zeitspanne erst jemand gegen Ende unseres, des 21. Jahrhunderts.

Es soll dennoch versucht werden, weil wir für die Kämpfe zu Beginn dieser frischen hundert Jahre viel Kraft, Durchhaltevermögen und historischen Optimismus nötig haben werden. Spätestens seit dem Überfall auf Bagdad und dem Sozialmassaker der Agenda 2010 dürfte selbst denen, die das Wort „Klassenkampf“ meiden, klar sein, daß er sich verschärft.

Wer sich seiner Vergangenheit nicht bewußt ist, kämpft schlecht und verliert die Zukunft – seine und die seiner Kinder und Enkel. Hinsichtlich des hinter uns liegenden großen Vergangenheitsblocks „20. Jahrhundert“ gibt es eine frappierende Übereinstimmung zwischen rechts und großen Teilen der Linken, die unter diesem Gesichtspunkt für die vor uns liegenden Aufgaben hinderlich ist. Sie besteht in der Meinung: Das 20. Jahrhundert war furchtbar, und die Grausamkeiten dieser Zeit dürfen sich nicht wiederholen.

Natürlich sind die Daten und Menetekel nicht zu leugnen: Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, mit jeweils zweistelligen Millionenzahlen Hingemordeter. Auschwitz und Treblinka, Hiroshima und täglich Zehntausende verhungerte Kinder.

Dennoch: Wer tiefer in der Geschichte gräbt, findet für jedes Jahrhundert der Klassenkämpfe, die die geschriebene Geschichte prägen, solche Brandmale – vor der fast vollzogenen Judenvernichtung hat man in Amerika die Indianer beinahe ausgerottet. Keine Glaubenskrieger sind tiefer in Blut gewatet als die mit dem Kreuz in Jerusalem. Kein Krieg in Europa hat seine Bevölkerung prozentual so dezimiert wie der dreißigjährige des 17. Jahrhunderts.

Ein Rechtsanwalt für das 20. Jahrhundert könnte nach einem vergleichenden Plädoyer also zu Recht sagen: Entscheidend ist das Ergebnis. Und das ist trotz aller temporären Rückschläge im Ganzen positiv. Die Bevölkerung ist im 20. Jahr-

hundert nicht geschrumpft, sondern hat sich versechsfacht. Im Weltmaßstab hat sich die durchschnittliche Lebensdauer eines Menschen verdoppelt.

Die Anfänge unseres 21. Jahrhunderts deuten darauf hin, daß diese Trends nicht selbstverständlich fortgesetzt werden. Die Bevölkerungsprognose der UNO ist jüngst revidiert worden und rechnet ab 2050 mit Stagnation und Rückgang der Zahl der Menschen. Nicht nur in Rußland, auch in weiten Teilen der USA lebt die Bevölkerung heute im Schnitt kürzer – und schlechter – als vor zwanzig Jahren.

Wer will, daß die Menschheit nicht abnimmt, sondern sich stabil weiterentwickelt – individuell und als Spezies –, wird nicht umhinkommen, im bisher nach den Zahlen erfolgreichsten Jahrhundert seiner ganzen Geschichte nachzusehen, woher das denn kommt.

Freund und Feind sind sich einig: Das epochale Ereignis war die vorübergehende Herrschaft des roten Banners über halb Europa und das größte Land der Welt. Die Antikommunisten aller Schattierungen teilen diese Wertung, was sich damit belegen läßt, daß sie die Jahre 1989/91, den Sieg der Konterrevolution, als die entscheidende positive Wende des Jahrhunderts begrüßten.

Geschichte braucht immer Zeit, ihre Trends zu entfalten. Fortschritt findet stets seinen Widerspruch, der sich, wenn er gegen die Interessen vorher herrschender Klassen durchgesetzt werden muß, in heftigen Kämpfen artikuliert. All dies erklärt den Zusammenhang zwischen zwei im Rückblick immer klareren Fakten. Erste Tatsache: Das 20. Jahrhundert war das hinsichtlich Bevölkerungsentwicklung, Lebensdauer und Massenwohlstand erfolgreichste Jahrhundert der Menschheitsgeschichte. Zweite Tatsache: Das zwanzigste Jahrhundert war das erste, in dem von 1917 bis 1989 der größte Teil Europas und der größte Teil Asiens sozialistisch regiert wurden, in dem es dort kein Privateigentum an Grund und Boden und an den wichtigsten Produktionsmitteln gab. Diese beiden Tatsachen aber gehören zusammen und machen das Wesen des letzten Jahrhunderts aus.

Für die kommenden Jahrzehnte ist entscheidend, daß wir uns diesen Zusammenhang nicht ausreden lassen. Das wäre wirklich so, als würde jemand mit dem Hinweis auf

den tödlichen Absturz Lilienthals und spottend über die Zerbrechlichkeit seiner Flugapparate anderen jeden weiteren Versuch untersagen wollen, das Fliegen erneut zu probieren.

Unser Jahrhundert hat rau und kalt begonnen, und es wird noch rauher und kälter werden. Erst jetzt nämlich beginnt sich innen- wie außenpolitisch die tiefe Niederlage von 1989 in ihren Wirkungen zu entfalten. Sie hat die dem Imperialismus nun einmal wesenseigenen Züge zur Aggression nach innen und außen, die vom siegreichen Sozialismus zeitweise gezügelt waren, erneut entfesselt. Besser wird's nur, wenn wir, die auf Gemeineigentum, also Kommunismus, setzenden Menschen, uns wieder sammeln, organisieren und – der Dialektik gemäß auf höherer Stufe – das vollbringen, was das 20. Jahrhundert so großartig gemacht hat: einen Oktoberkrieg.

Dr. Manfred Sohn, Edemissen

Stell dir vor,

die Erde gäbe es noch mal im Spiegel
dort wäre alles andersrum –

Kein Schrei nach Freiheit,
weil sie selbstverständlich ist
Man wohnt zu Hause, hat Arbeit jeden Tag
Jeder lächelt, denn Lächeln wäre nicht sonderbar

Stell dir das mal vor!

Bezahlten Mord, den kennt man nicht
kein Präsidentenschwanz, der Krieg bestimmt
alle Tiere sind noch da
und in der Zeitung keine Spur von Blut

Stell dir das mal vor!

Das Wasser ist nicht ölverschmierter Tod
Hände Arbeit und nicht Geld macht Geld
und der Mensch ist Mittelpunkt der Welt

Stell dir das mal vor!

Keiner wär allein, weil Freundschaft wertfrei ist
die Erde stirbt nicht an verbranntem Wald
Kinderlachen laut und satt
und niemand bettelnd an der Bahnhofswand

Stell dir das mal vor!

Ich brauch das nicht, weiß wie es ist –
Das Spiegelbild zu leben!

Wer schon einmal in der Zukunft gelebt hat,
richtig gelebt hat
und in die Vergangenheit zurückgestoßen wurde,
kann die Gegenwart kaum als sinnvolle
Lebenszeit begreifen

Uwe Lange

Wenn Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen

Die Glaubwürdigkeit der PDS

Mit der Annahme eines Wahlprogramms und der – nach etlichen Querelen – erfolgten Bestätigung der Kandidatenliste eröffnete die PDS Anfang Februar ihre Kampagne zur Europawahl 2004. Bei insgesamt 14 in diesem Jahr anstehenden Wahlen auf Landes- und Kommunalebene mißt die PDS-Führung dem Urnengang vom 13. Juni besondere Bedeutung bei. Prominente Vertreter der die Partei dominierenden „Reformergruppe“ bewerten sie gar als „Schicksalswahl“: Wenn es bei ihr nicht gelänge, über die 5 Prozent-Hürde zu springen, sei das „Projekt PDS“ gescheitert.

So düstere Warnung dürfte zwar einigermaßen übertrieben und wohl eher dazu bestimmt sein, die Mitglieder zu höchster Aktivität im Wahlkampf anzuspornen. Denn unverkennbares Ziel der Parteiführung ist es, mit einem passablen Ergebnis bei der Europawahl die verheerende Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 wettzumachen. Der Wiedereinzug der PDS in das Europaparlament soll eine Türöffnerfunktion erfüllen und ihr den Weg frei machen, um 2006 in Fraktionsstärke in den Bundestag einzuziehen zu können.

Nun hängt der Erfolg solchen Vorhabens allerdings von einer Voraussetzung ab: Will man das desaströse Ergebnis von 2002 korrigieren, muß man eine Korrektur der Ursachen vornehmen, die ihm zugrunde lagen. Und dafür gibt es derzeit – außer der Notwendigkeit – zugleich erhebliche Chancen:

Die Politik der sozialen Strangulierung, wie sie von Schröders Regierungsklique betrieben und von ausnahmslos allen im Bundestag mit Fraktionen vertretenen Parteien getragen wird, bewirkte in einem Maße wie nie zuvor Staatsverdrossenheit und Veränderungsbegehren. Für die PDS, die den Anspruch erhebt, als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu gelten, ergeben sich damit nicht nur große Möglichkeiten, verlorengegangene Wähler zurückzugewinnen, sondern darüber hinaus das Vertrauen von Wählerschichten zu erwerben, die sich ihr gegenüber bislang distanziert verhielten oder im Lager der Nichtwähler blieben.

Vielversprechend also die Chancen. Aber ebenso groß zugleich das Risiko, sie wieder zu verspielen, wie das bereits zur Bundestagswahl 2002 geschah.

Um daran zu erinnern: Unter der Überschrift „Die Glaubwürdigkeitslücke“ warnte der RF damals davor, daß der PDS infolge der Politik ihrer Führung eine Wahlschlappe drohe, obwohl sie mit ihrem Anspruch sowohl als Oppositions- und Friedenspartei als insbesondere Partei der sozialen Gerechtigkeit für „die ganz unten“ eine echte Alternative zu bieten schien. (RF Nr. 54, S. 3). Doch diesen Bonus werde sie einbüßen, wenn ihr „soziales Gewissen“ sich in Deklarationen erschöpfe, während sie in der Praxis

Anpassungskurs an die Politik der Herrschenden steuere. Dieser Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, auf den wir im Juli 2002 hinwiesen, führte dann zum eklatanten Scheitern der PDS bei der Septemberwahl.

Und nun, 2004? Unverändert gilt als Maßstab für Glaubwürdigkeit, daß Anspruch und Praxis übereinstimmen müssen, daß man als Partei der sozialen Gerechtigkeit nur dann „punkten“ kann, wenn man sich auch als solche verhält. Da jedoch zeigt sich: Das alte Dilemma steht als neues wieder vor dieser Partei. Denn alles soziale Engagement unten, an der Basis, und auch das Gegenprojekt „Agenda sozial“ wider Schröders Sozialraub-„Agenda 2010“ auf Bundesebene vermögen nicht den Eindruck von Unredlichkeit zu entkräften, wenn die PDS zeitgleich in Landesregierungen – zum Teil aber auch in Kommunen – als „mitregierende“ Mittäterin bei „Reformen“ erkennbar wird, mit denen soziale Standards rigoros zugunsten der Reichen demontiert werden.

Genau das aber ist der Fall. Den Delegierten, die das Europawahlprogramm der PDS beschlossen, müßten nicht bloß die Ohren geklungen haben, als ihrem Parteitag von den Berliner Symphonikern aufgespielt wurde – jenem Klangkörper, der auf der Streichliste des „rot-roten“ Berliner Senats (mit einem Kultursenator der PDS !) steht. Aber Berliner PDS-Abgeordnete wüßten, so im ND zu lesen, „schlüssig“ zu erklären, daß dieses „Bauernopfer“ halt notwendig sei, „um anderes zu retten“. Da drängt sich der Gedanke an eine solche Rettungsaktion nahezu auf – an jene Risikoabschirmung nämlich, mit der dieser Senat den Bankrotteuren der Berliner Bankengesellschaft hilfreich unter die Arme griff. Was den Parteivorsitzenden keineswegs davon abhält, im parteinahen ND (vom 31. 1./1. 2.) vor einem PDS-Plakat zu posieren, auf dem man nicht die eigenen Senatoren, sondern Schröder auffordert: „Gerhard: HASTE Mut, BELASTE die Reichen!“ Die hingegen erklären just in diesem Moment im Chor mit ihren sozialdemokratischen Koalitionären ein Volksbegehren für unzulässig, das „Schluß mit (diesem) Berliner Bankenskandal“ zu machen fordert.

Aus dem einstigen Wahlkampfknüller „Berliner Regierungsbeteiligung“ ist inzwischen eine Fallgrube geworden, in der die Glaubwürdigkeit der Partei verschwand. Inzwischen gehört es nahezu zum Berliner Alltag, daß sich Studenten gegen die mit PDS-Plaket abgeseignete finanzielle Austrocknung der hauptstädtischen Hochschullandschaft wehren, Kulturschaffende enttäuscht von der Partei abwenden, Sozialhilfeempfänger verbittert auf „Sparmaßnahmen“ reagieren, mit denen ihnen die bisherige Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel faktisch verwehrt, die gravierende Kürzung des

Blindengeldes von den Sehbehinderten eben nicht als praktizierte „soziale Gerechtigkeit“ verstanden und honoriert wird – womit die Liste solcher sozialen Demontagen keineswegs erschöpft ist. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn (Stand Ende 2003) eine Umfrage von Emnid als Ergebnis ausweist, daß 74 Prozent der Berliner mit dem „rot-roten“ Senat und 69 Prozent der PDS-Sympathisanten mit dem Wirken ihrer Partei im Roten Rathaus unzufrieden sind.

Kaum besser das Bild, das die „Regierungspartei PDS“ in Mecklenburg-Vorpommern abgibt. Auch hier ist das Areal vor dem Schweriner Schloß, Sitz des Landtages, häufiger Schauplatz wütender Proteste gegen die Regierungskoalition – und damit auch gegen die PDS als deren Bestandteil. Waren es gestern Landwirte, die ihrem Zorn auf die Regierenden Ausdruck gaben, sind es heute Studenten und Akademiker aus Rostock und Greifswald. Lehrer begehren ebenso auf wie das Personal von Sozialeinrichtungen und Kliniken, die an Privat verschachert werden sollen. Sogar das Grün der Polizeiuniformen fehlte nicht – selbst Staatsdienern reicht es allmählich.

Wenn Bisky bedauert, daß es bei dem Versuch, Prominente aus dem gewerkschaftlichen Bereich oder aus sozialen Bewegungen für eine Kandidatur auf der PDS-Liste zu gewinnen, „eine Reihe von Absagen“ gegeben habe, so ist das eher eine verharmlosende Darstellung.

Um so erstaunlicher, welche Schlüsse an der Spitze der PDS gezogen werden, um aus dieser Lage herauszukommen. Zwar konstatierte André Brie zutreffend, die Partei habe „jeden Grund, aus den Fehlern der Wahlstrategie von 2002 zu lernen“. Doch dann endet sein Lernprozeß beim simplen Verlangen, „die eigenständige Funktion deutlich zu machen“. Und Bisky weiß auch nicht viel mehr, als „daß wir zuerst ... mehr Überzeugungskraft entwickeln müssen“. (ND 31.1./1.2)

Womit in etwas anderen Worten nur gesagt ist, was derzeit auch die im Niedergang befindliche SPD als die Ursache ihrer politischen Koliken diagnostiziert: Man habe eben ein Vermittlungsproblem. Wenn man es besser verstehe, dem Wahlvolk (und den eigenen Genossen) unpopuläre Politik als unumgänglich, ja alternativlos „zu vermitteln“, ließe sich der Abwärtstrend stoppen. Also keine Rede davon, etwa diese Politik zu korrigieren. Bisky & Co. ignorieren beharrlich selbst Warnungen, wie sie der Ehrenvorsitzende der PDS, Hans Modrow, auf dem Wahlparteitag aussprach: „Wo nicht die Bereitschaft da ist, andere Überlegungen aufzunehmen, sondern die eigene Politik nur besser zu erklären, bleibt die Gefahr neuer Niederlagen.“ **Wolfgang Clausner**

Herbert Mies zu Meinungsverschiedenheiten in der DKP

Meine Sorgen

Der frühere DKP-Vorsitzende Herbert Mies, der am 23. Februar seinen 75. Geburtstag beging, hat der UZ, dem „RotFuchs“ und dem „Berliner Anstoß“ einen Brief an einige seiner Genossen übermittelt, den wir auf Wunsch des Einsenders – aus Platzgründen gekürzt – abdrucken.

Die Jahreswende ist vorüber. Sie endete für mich u. a. in der Nachdenklichkeit über einige Wünsche von Genossinnen und Genossen meiner und der noch älteren Parteigeneration. Sie machten mir Mut, brachten mir aber auch die Bestätigung für die Berechtigung meiner Sorgen um die Verfaßtheit und Entwicklung der Partei, vor allem bei einigen der führenden Köpfe. (...)

Was sich in der DKP momentan anbietet, ist an der Basis kein Trauerspiel. Mit gutem Willen, aber begrenzter Kraft bemühen sich einige tausend Genossinnen und Genossen um die Lebensfähigkeit der Partei. Ein fragwürdiges Spiel mit der Motivation und der Einheit der Partei ist allerdings das, was sich in der Führung der Partei und ihrer Opposition tut. Parteihader statt innerparteilicher Solidarität hat beide ergriffen. Das kann nie gut sein. (...)

Thea Rann und Hermann Mädler verbinden ihre herzlichen Grüße mit der Schilderung ihres Unbehagens. „... Sorgen bereiten allemal die gegenwärtigen, sich zuspitzenden Diskussionen im Zusammenhang mit dem Programmwurf. Es bleibt zu hoffen, und es ist daran von allen Seiten zu arbeiten, daß die bestehenden Meinungsverschiedenheiten versachlicht und Kompromisse gefunden werden!“

Das hoffe ich auch. Auch ich erwarte (...) Kompromißbereitschaft. Mehr als das aber erwarte ich Lernfähigkeit und -bereitschaft. Allein schon die kurze Geschichte der DKP fordert hierzu auf: Immerhin hatten wir in ihr die Auseinandersetzungen mit den „Eurokommunisten“, dann zwischen den Bewahrern auf der einen Seite und den „Erneuerern“, den Anpassern, den auf eine andere Partei setzenden Wendehälsen auf der anderen. Dieser Auseinandersetzung folgte die zwischen realistischer Politik der Mehrheit des Parteivorstandes und dem linken Sektierertum von Helga Rosenberg. All diese Auseinandersetzungen hörten nicht auf oder ließen ihre ungetilgten Spuren zurück, weil ideologische Arbeit und Klassenbewußtsein mehr und mehr verpönt wurden. Sie wurden nunmehr in den Streit zwischen revolutionären und reformistischen, kommunistischen und sozialdemokratischen Positionen fortgesetzt. Wie gesagt, notwendig ist die Austragung so mancher Meinungsstreitigkeit z. B. über die historischen und auch gegenwartsmotivierenden Spuren, die die DDR für immer hinterlassen hat. (...)

Fritz Rische, Du, der langjährige stellvertretende Vorsitzende von Max Reimann, hast mir Deine Gedanken geschrieben. Sie sind es wert, allen unseren Mitgliedern zur Kenntnis gebracht zu werden. Sie gingen mir ans Herz und an die Nieren: „Lieber Herbert, nach Herstellung der Ordnung in Deinem Archiv bist Du sicherlich schon dabei, Erinnerungen und Bilanzen wegweisend zu schreiben. Du wirst gebraucht! Die Partei (DKP) ringt um und diskutiert über ein Programm. Kommunisten im Lande haben dafür schon Vorarbeiten geleistet, z. B. auf dem Parteitag in Deiner Heimatstadt.“ (...)

Lieber Fritz, abgesehen von der Basisarbeit habe ich gelegentlich geglaubt, auch noch „da oben“ gebraucht zu werden. Anfang 2003 habe ich Heinz Stehr, das Sekretariat, H. H. Holz und Patrik Köbele und auch Klaus Steiniger dringend gebeten, zusammenzukommen und mit Blick auf den bevorstehenden 16. Parteitag den Weg zur Verständigung zu beschreiten. (...)

Die Antworten waren enttäuschend. Heinz Stehr ließ mich in einem Gespräch wissen, daß diese Überlegung nichts bringen würde. Meine stille Gegenfrage: Was für Überlegungen sollen denn dann etwas bringen? Der Schwarze Peter liegt immer bei der „amtierenden“ Parteiführung. Man sollte gegebene Überlegungen nicht einfach ad acta legen, wenn es von der Parteiführung keine anderen gibt. Nichts ist für eine Partei abträglicher als die Sterilität ihrer Führung.

Hans Heinz Holz und Patrik Köbele antworteten dialogbereit, verteidigten aber kompromißlos ihre kritischen und oppositionellen Positionen. Ganz ohne Kompromisse werden die entstandenen Meinungsverschiedenheiten aber nicht überwunden werden. Es scheint, daß aus ihnen leider schon unüberwindbare Gegensätze bis hin zu Feindschaften geworden sind. Das ist das Schlimmste, was uns passieren konnte.

Klaus Steiniger antwortete mir: „Ich gehe davon aus, daß die Auseinandersetzung, die bei uns stattfindet, Teil der Gesamt-

auseinandersetzung ist, die sich zwischen Revolutionären und Reformisten in Deutschland und der Welt abspielt. Natürlich muß man die Partei verteidigen und erhalten, aber ob man den tiefen ideologischen Graben dadurch überwindet, daß man ‚mehr dafür tut‘, daß die verschiedenen Tendenzen ‚aufeinanderzugehen‘, wie Du vorschlägst, erscheint mir fraglich. Es ist gut, wenn jemand wie Du in die Debatte eingreift und sein Prestige zum Tragen bringt. Ich warne Dich aber vor Illusionen, vor einem ‚Zusammenrücken um jeden Preis‘ ...“

Diese Zeilen machten mich besonders traurig, weil sie perspektivlos, unpolitisch, ja hoffnungslos sind.

Nach den enttäuschenden Ergebnissen teilte ich den Akteuren der Kultivierung von Gegensätzen mit, daß ich für einen Meinungsaustausch über Probleme der Auseinandersetzung in der Führungsspitze nicht mehr zur Verfügung stehe. Meine Mitbemühungen, die „Kuh vom Eis zu holen“, habe ich aufgegeben.

Eure Sorgen um die Uneinigkeit in der Führung der Partei sind seit längerem auch meine Sorgen. Das zehrt. Das ist bedauerlich. Das macht traurig. Zumal es keine Zeichen dafür gibt, daß sich dies in absehbarer Zeit ändert. Betrübliche Symptome dafür sind das Hin und Her mit dem Programmwurf, der knallharte Umgang des Sekretariats mit den Programmbeiträgen von Holz und Köbele, der Ton und die Musik der 4. Parteivorstandstagung sowie die Zitierung von Köbele und Holz vor das Parteisekretariat. (...)

Schuld hin, Schuld her: Wir brauchen keinen Bruderkampf! Wir brauchen das Zusammenrücken aller Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei und darüber hinaus. So hätte ich mir denn nach dem Parteitag und dem Fiasko mit dem Programm gewünscht, daß die 4. PV-Tagung mit der Rede des Parteivorsitzenden zu einem Aufrütteln aller derzeitigen Kontrahenten ... hätte werden können. Das war ein Traum. Aber ausgeträumt sollte er noch nicht sein. (...)

Prof. Hans Heinz Holz auf Vortragstournee

Der bedeutende marxistische Philosoph spricht am **22. März 2004 um 18.30 Uhr in Neubrandenburg**, Haus der Kultur und Bildung, 7. Etage, und am **23. März 2004 um 18.30 Uhr in Schwerin**, Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstraße 12, zum Thema „Marxismus heute“. Zu beiden Vorträgen laden die jeweiligen Regionalgruppen des „RotFuchs“-Fördervereins ein.

Am 27. und 28. März ist Hans Heinz Holz in **Jena** zu Gast. Er referiert an beiden Tagen (Beginn jeweils 10.00 Uhr) in der Jugendherberge **Bad Sulza**, Ortsteil Berg, über seine beiden neuesten Bücher.

Veranstalter: **DKP, Roter Tisch Ostthüringen, „RotFuchs“-Regionalgruppe Thüringen**

Über Stärken und Schwächen eines insgesamt zu begrüßenden Wahlaufrufs

Ja, aber ...

Der Wahlaufruf der Deutschen Kommunistischen Partei wäre, was z. B. die Formulierungen zu Imperialismus und Sozialismus betrifft, wegen bestimmter Ungenauigkeiten harscher Kritik zu unterziehen. Der Ausgangspunkt des gegenwärtigen Prozesses – die Bezeichnung „europäische Integration“ – trifft nicht den Kern, da es sich in Wirklichkeit um einen Eroberungskrieg des deutschen Bank- und Industriekapitals (vorerst im Bunde mit dem französischen), also um dessen dritten Versuch zur Unterwerfung ganz Europas handelt. Deswegen sind auch das „Gegeneinander der imperialistischen Staaten“ und „Bemühungen um eine Rückkehr zum Nationalstaat“ keineswegs angstvoll zu sehen oder gar zu behindern, sondern für die Völker sogar von einigem Vorteil. Denn durch die Stärkung der Macht des repressiven deutschen Imperialismus werden sich die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in ganz Europa verschlechtern. Selbst die einheimischen Kapitalisten und die bürgerlich-politischen Kräfte der einverleibten Länder geraten unter Vormundschaft, so daß ein Widerstand durchaus nationalen Charakter annehmen könnte. Das polnische Volk hat gezeigt, wie es seine Regierung vorerst zur Ablehnung der „europäischen Verfassung“ zu drängen vermochte. Einem solchen Widerstand dürfen sich die Linkskräfte nicht verweigern, selbst wenn zu vermuten ist, daß auch die in Warschau einflußreichen Amerikaner mit an der Schraube gedreht haben, um Brüssel zu unterlaufen.

Im Wahlaufruf der DKP finden sich indes Standpunkte, die Beachtung und Unterstützung verdienen. Das Dokument konzentriert sich auf aktuelle Positionen, Maßnahmen und Aktionsrichtungen. Es geht von der bereits fortgeschrittenen, aber keineswegs fortschrittlichen Machtkonstellation in Europa aus, benennt mögliche Hindernisse für eine weitere Ausdehnung der Dominanz des deutsch-französischen Kapitals und weist den Weg des Widerstandes. Deshalb werden Kommunisten und Sozialisten ohne Bedenken der vom Wahlaufruf geforderten Zurückweisung der EU-Verfassung zustimmen, kann diese unter imperialistischen Vorzeichen doch nichts anderes sein als die Legalisierung der bereits vollzogenen oder beabsichtigten De-facto-Annexion der schwächeren Staaten Europas. Das Monopolkapital läßt keine „partnerschaftliche Zusammenarbeit“ zu, es verlangt Unterwerfung. Unterstützen muß man auch die unmißverständliche Charakterisierung der EU als „eigenständige imperialistische Militärmacht mit globalem Herrschaftsanspruch“. Die intensiven Vorbereitungen des Herrn Struck auf eine „europäische“ Interventionsarmee mit aggressiver Struktur und

modernster Bewaffnung sind nicht nur gegen die Völker anderer Kontinente gerichtet, sondern bergen auch Gefahren für Europa selbst, nicht zuletzt für das deutsche Volk. Die Lehren der Geschichte beweisen es. Brechts Warnung vor den vernichtenden Folgen eines dritten „Karthagischen Krieges“ besitzt hohe Aktualität.

Ein weiterer Schwerpunkt des Wahlaufrufs der DKP ist die Alarmierung der Europäer angesichts drohender Zerschlagung aller Reste bürgerlich-demokratischer Regulierung und der Kontrolle ökonomisch-sozialer Prozesse: „Rigoroser Sozialabbau, Zerstörung früherer sozialer Sicherungssysteme“. Die Lebensverhältnisse der Menschen würden „von den EU-Staaten nicht nach oben angeglichen, sondern nach unten nivelliert“. Ein anderer Kerngedanke des Aufrufs sei hervorgehoben: „Diese EU war und ist das Europa des großen Geldes, das Europa der Banken und Konzerne, kein Europa der arbeitenden Menschen und der Jugend, kein Europa des Friedens und der Solidarität der Völker.“

Ein anderes Europa ist unter imperialistischen Bedingungen jedoch nicht zu haben. Deshalb kann die Lösung aller gegenwärtigen Widersprüche nur im Sozialismus liegen. Dabei müßten die Lehren aus der erlittenen Niederlage gezogen werden. Der Sozialismus sei „eine zwingende Notwendigkeit, wenn die Menschheit dem Zyklus zerstörerischer Kriege, von ... Verelendung und Umweltzerstörung entkommen will“. Ob sich eine künftige sozialistische Völkergemeinschaft allerdings ausgerechnet zuerst in Europa entwickeln oder auf diesen Kontinent beschränken wird, bleibt der weiteren Geschichte vorbehalten. Die heutigen Realitäten zwingen jedoch – wird im DKP-Wahlaufruf festgestellt – „zur Stärkung des Widerstandes gegen die derzeitige unsoziale und imperialistische EU-Politik“ und „zur Sammlung von Gegenkräften“. Dem „absoluten Vorrang außerparlamentarischer Aktionen auch im Rahmen des EU-Wahlkampfes 2004“ ist unbedingt zuzustimmen.

Der DKP-Wahlappell wirkt sich hoffentlich positiv auf die derzeitigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen linken Kräften aus. Er könnte zu einer erkennbaren Abgrenzung gegenüber „reformistischen“ Führungskreisen der PDS und ihren neuen internationalen Partnern führen, die die EU zwar hier und dort kritisieren, im Grunde aber ihren



Wahlflugblatt der SPD aus dem Jahre 1930

Frieden mit ihr gemacht haben, um an ihren „Errungenschaften“ teilzuhaben. Zum anderen wird der Verzicht auf eine gemeinsame Liste mit anarchistischen und trotzkistischen Kräften aus der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) den Wahlkampf der DKP stabiler und überschaubarer gestalten. Die marxistischen Positionen innerhalb der DKP erhielten so vermutlich stärkeren Rückhalt. Nicht zu unterschätzen ist die mögliche Befreiung vieler Kommunisten und Sozialisten sowie ihrer Sympathisanten von der Sorge, keine wählbare linke Liste mehr zu finden. Während des Wahlkampfes werden die internen Auseinandersetzungen in der DKP voraussichtlich zeitweilig in den Hintergrund treten.

Übrigens: Mit dem Gewinn von Mandaten durch kommunistische Bewerber – sieht man von Sahra Wagenknechts Wahlchancen auf der sonst durch Parteirechte dominierten PDS-Liste ab – ist wohl auch diesmal kaum zu rechnen. Die Leser werden mit dem Autor darin übereinstimmen, daß es nicht so sehr darauf ankommt, einen einflußlosen Abgeordneten im EU-Parlament zu plazieren, als vielmehr die Möglichkeiten der Agitation und Aufklärung zu nutzen, die Stimme zu erheben, dem Kapital gegenüber Flagge zu zeigen, ein „Zeichen für das Stärkerwerden der Widerstandskräfte“ zu setzen.

Der DKP-Wahlaufruf ist leider viel zu lang geraten. Sein der Antiglobalisierungsbeziehung entlehntes Motto „Ein anderes Europa ist möglich“ ermangelt einer klaren kommunistischen Sprache und Sicht. Immerhin ist die Teilnahme der DKP ein Signal, das in die richtige Richtung deutet.

Dr. Norbert Pauligk

Ahrenshooper Gespräche

Obermedizinalrat Dr. sc med. Dr. phil. Hans-Henning Dehmel aus Grevesmühlen, gelegentlicher Leser des RF, sandte uns Auszüge aus einer Materialsammlung, die eine Gruppe von Ärzten der DDR im Frühjahr 1990 erarbeitete. Das durch Dr. Dr. Dehmel kommentierte Dokument, aus dem wir im folgenden zitieren, widerspiegelt sich nicht erfüllende Hoffnungen und Erwartungen von Medizinern in der Zeit vor dem Anschluß der DDR an die BRD.

Es waren nicht die letzten Tage von Ahrenshoop, aber es war unsere letzte Konferenz, die in dem für solche internen Beratungen bestens geeigneten Ahrenshooper Heim des Verkehrsmedizinischen Dienstes der DDR stattfand. Prof. Ewert hatte in regelmäßigen Abständen seinen Habilitanden-Zirkel dorthin eingeladen. Im Grunde hatte in diesen rauen Zeiten des Frühjahrs 1990 keiner von uns Zeit, aber wir kamen aus dem Gefühl der Verantwortung. Genauer gesagt: der Verantwortung im Dienste von Leben und Gesundheit der uns anvertrauten Patienten. Dieser Dienst war jahrzehntelang unsere Arbeit gewesen. Wir fuhren nach Ahrenshoop, um zu analysieren und Vorstellungen zu diskutieren, was das zu Verändernde und das zu Erhaltende in der medizinischen und sozialen Arbeit unseres Landes sei. Wir stritten, ob diese Aussagen als „Ahrenshooper Manifest“ oder als Wortmeldung der Gruppe „Demokratie für Gesundheit“ editiert werden sollten und einigten uns – leider – auf letztere.

Ich wechselte jetzt von WIR-Aussagen zum Singular, weil ich in meiner Erinnerung die Unterschiede in den Auffassungen der Anwesenden nicht mehr zu trennen vermag: Gleich auf der ersten Seite des Konferenzprotokolls geht es um Probleme, „... die beim Zusammenwachsen der Gesundheitssysteme beider deutscher Staaten gemeinsam zu lösen sind“. Das war meine Überzeugung im Frühjahr 1990: Analyse, Zielaussagen, gemeinsames, einvernehmliches Handeln.

Ich habe die Brutalität des (west-)deutschen Gesellschaftssystems völlig unterschätzt. Ihm ging es nicht um Zusammenwachsen, sondern um die bedingungs- und diskussionslose Übernahme bundesrepublikanischer Gesellschafts- und Personalstrukturen. Ich wußte damals nicht, daß die Bemühungen um Analyse und Zielvorstellungen sinnlos waren, weil es keine Analyse zu geben hatte und die Zielvorstellungen ausschließlich in der Übernahme westdeutscher Strukturen bestanden.

Die auf 100 Seiten entwickelten Analysen und Vorstellungen der Gruppe „Demokratie für Gesundheit“ wirken auch heute noch beeindruckend, realistisch und sinnvoll, aber sie sind leider nur eine Reminiszenz an damals durchdachte Möglichkeiten, die inzwischen als enttäuschte Hoffnungen oder als Problemkatalog zu lösender Strukturdefizite imponieren. Ich

zitieren nur einige Stichworte: „Die ärztliche Betreuungsaufgabe vollzieht sich in der Einheit von Prophylaxe, Diagnostik, Therapie und Metaphylaxe einschließlich der medizinischen Rehabilitation. Welche Gründe gibt es, diese Einheit in Frage zu stellen?“ (S. 11) Die Grundbetreuung durch den Haus- und Familienarzt ist in allen entwickelten Ländern die Grundlage effektiver medizinischer Betreuung. Reduziert sich dieses Ziel auf die Empfehlung zur Erteilung privater Niederlassungen?“ (Ebenda) „Welchen Stellenwert erlangt die Einheit von stationärer und ambulanter Betreuung ...?“ (S. 12) „Grundsätze

der Gesundheitssicherung ... integratives Zusammenwirken aller Träger gesundheitlicher Versorgung ... medizinische und soziale Betreuung, ambulante und stationäre Betreuung ...“ (S. 26/27) „Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß Polikliniken und Ambulatorien erhalten bleiben müssen ...“ (S. 37)

Ich halte die Veröffentlichung dieser Materialsammlung deshalb für sinnvoll, weil sie ein in der Sturzflut der Ereignisse und Emotionen übersehenes Dokument der Vernunft und der Toleranz war und ist, weil sie die geistige Situation der damals Analysierenden erhellt und voraussehbar vermeidbare Fehler in der Entwicklung der medizinischen und der sozialen Betreuung bestätigt.



„Worin besteht das Geheimnis Ihrer Langlebigkeit?“ „Ich habe kein Geld für das Begräbnis.“
Aus: Sowjetskaja Rossija

In memoriam Max Sievers (1887–1944)

Max Sievers war ein Klassenbruder nach Lebenswerk und Herkunft, Sozialist, aktiver Revolutionär, Verfasser wichtiger marxistischer und antifaschistischer Schriften. Vorsitzender, Ideologe, Propagandist und Alltagsarbeiter des Deutschen Freidenkerverbandes, leitete er eine der bedeutendsten Organisationen der Weimarer Republik, der mehr als eine halbe Million Mitglieder angehörten. Er war eine kämpferische, unbeugsame und selbstlose Persönlichkeit, gefaßt und aufrecht noch unter dem Fallbeil in Plötzensee.

Es gibt ein Grab und einen Gedenkstein in Berlin. Wir wußten bislang zu wenig von ihm. Er lernte in seiner proletarischen Kindheit, als Soldat im Ersten Weltkrieg, in der Revolution von 1918 und nicht zuletzt bei Karl Marx. Er erfaßte das „Teile und herrsche!“ des Klassenfeindes ebenso wie das Verhängnis von Reformismus

und Revisionismus. Doch auch Irrtümern unterlag er. Max Sievers konnte Massen mobilisieren für den geistigen Fortschritt, gegen die Stillhalte-Droge bürgerlicher Kirchenleute und gegen die inhumane Vermarktung des Ablebens der Menschen. Von den Faschisten auf der Flucht durch Europa gehetzt, verließen er und seine Familie niemals ihren Posten. Bis zuletzt wirkten sie aufklärerisch ins faschistische Deutschland hinein. Bis Max Sievers verraten wurde. „Wer uns werten will, muß es aufgrund unserer Arbeit und unsere Beweisführung tun“, heißt es in seiner Schrift „Unser Kampf gegen das Dritte Reich“.

Diese Zeilen entstanden nach einer Gedenkveranstaltung des Deutschen Freidenkerverbandes, die am 15. 1. 2004, dem 60. Todestag von Max Sievers, in Berlin stattfand.
Dr. med. Regine Fischer

Friedrich Engels als marxistischer Staatstheoretiker

Das Machtinstrument

Angesichts harter Zeiten ist Durchblick gefragt, auch bei programmatischen Debatten. Da schadet es nicht, wenn man sich ab und zu hinsichtlich des Sinns seines Tuns an Erkenntnisse der Begründer der wissenschaftlichen Weltanschauung erinnert. Es geht nicht um alte Antworten auf neue Fragen, sondern um den Rückgriff auf geprüfte Erkenntnisse, um leichter methodische Orientierungen zu gewinnen.

Etwa ein Jahr nach Karl Marx' Tod, also vor mehr als 120 Jahren, veröffentlichte Friedrich Engels seine bedeutende Arbeit „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“. Er nutzte dazu auch Auszüge, die Marx zwischen 1878 und 1881 aus Schriften zur Völkerkunde, zur frühen Geschichte und zur Geschichte des Grundeigentums gemacht hatte.

Im IX. Kapitel, das die Überschrift „Barbarei und Zivilisation“ trägt, gelangte Engels zu dem Ergebnis: „Schließlich war die Gentilverfassung herausgewachsen aus einer Gesellschaft, die keine inneren Gegensätze kannte, und war auch nur einer solchen angepaßt. Sie hatte kein Zwangsmittel außer der öffentlichen Meinung. Hier aber war eine Gesellschaft entstanden, die kraft ihrer sämtlicher ökonomischer Lebensbedingungen sich in Freie und Sklaven, in ausbeutende Reiche und ausgebeutete Arme hatte spalten müssen, eine Gesellschaft, die diese Gegensätze nicht nur nicht wieder versöhnen konnte, sondern sie immer mehr auf die Spitze treiben mußte. Eine solche Gesellschaft konnte nur bestehen, entweder im fortwährenden offenen Kampf dieser Klassen gegeneinander, oder aber unter der Herrschaft einer dritten Macht, die, scheinbar über den widerstreitenden Klassen stehend, ihren offenen Konflikt niederdrückte und den Klassenkampf höchstens auf ökonomischem Gebiet, in sogenannter gesetzlicher Form, sich ausfechten ließ. Die Gentilverfassung hatte ausgelebt. Sie war gesprengt durch die Teilung der Arbeit, und ihr Ergebnis, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen. Sie wurde ersetzt durch den Staat. [...]

Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht [...] Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich

über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.

Gegenüber der alten Gentilorganisation kennzeichnet sich der Staat erstens durch die Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Gebiet. [Ein Grenzregime ist also nötig! – E. K.] [...]

Das zweite ist die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere, öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden [ist] seit der Spaltung in Klassen. [...]

Um diese öffentliche Macht aufrechtzuhalten, sind Beiträge der Staatsbürger nötig – die Steuern. Diese waren der Gentilgesellschaft vollständig unbekannt. Wir aber wissen heute genug davon zu erzählen. Mit der fortschreitenden Zivilisation reichen auch sie nicht mehr; der Staat zieht Wechsel auf die Zukunft, macht Anleihen, Staatsschulden. Auch davon weiß das alte Europa ein Liedchen zu singen.“ (MEW 21/164 f.)

Nur sechs Seiten weiter endet Engels' berühmte Schrift, in der er als erster in so klarer Weise das Wesen des Staates als Mittel zur Zwangs- oder Gewaltanwendung gegen Menschen, als Mittel der Herrschaft eines Teils der Gesellschaft über einen anderen Teil – und nicht etwa als eine andere Bezeichnung für „Gesellschaft“ oder „Nation“, auch nicht als etwas ewig Schicksalhaftes – erkannt und nachgewiesen hat. Lenin stützte sich in „Staat und Revolution“ bekanntlich auf diese Erkenntnisse.

In Engels' handschriftlichem Nachlaß befindet sich ein Blatt ohne Überschrift und Datierung. Es scheint ebenfalls 1884 geschrieben worden zu sein. Es liest sich wie die Fortsetzung der Gedanken, bei

denen unser Zitat beendet wurde. Es geht dabei um die Frage, wie ein menschliches Gemeinwesen, eine menschliche Vereinigung oder Gesellschaft (Assoziation) in einer klassenlosen Zukunft aussehen könnte:

„Die bisherigen – naturwüchsigen oder auch gemachten Assoziationen waren der Sache nach für ökonomische Zwecke, aber diese Zwecke versteckt und vergraben unter ideologischen Nebelbildungen. Die antike Polis [Stadtstaat der Sklavenhaltergesellschaft – E. K.], die mittelalterliche Stadt oder Zunft, der Feudalverband des Grundadels, alle hatten ideologische Nebenzwecke, die sie heiligten, und die beim Patrizier-Geschlechterverband und der Zunft nicht minder aus Erinnerungen, Traditionen und Vorbildern der Gentilgesellschaft entsprangen, als die antike Polis. – Erst die kapitalistischen Handelsgesellschaften sind ganz nüchtern und sachlich – aber kommunistisch. Die Assoziation der Zukunft wird die Nüchternheit der letzteren vereinigen mit der Sorge für die gemeinsame gesellschaftliche Wohlfahrt der alten und dadurch ihren Zweck erfüllen.“ (Ebenda, S. 391) Engels wußte nur zu gut, daß dialektisches Negieren Beseitigen, Bewahren und Entwickeln von Neuem bedeutet und gekonnt sein will.

Wie wenig Papier brauchte Engels vor 120 Jahren für eine sachlich begründete Schlußfolgerung hinsichtlich der möglichen Zukunft der menschlichen Gesellschaft. Wer derzeit in der BRD nach programmatischen Orientierungen sucht und außerdem dabei den enormen Schatz an praktischen (auch unangenehmen) Erfahrungen bei der Erkämpfung und Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden zielstrebig ausklammert, ist wirklich nicht modern, auf der Höhe der Zeit.

Prof. Dr. Eike Kopf

Von ganzem Herzen gratulieren wir unseren Lesern und Mitgliedern



Hein Friedriszik, Berlin
 Prof. Dr. Günter Söder, Berlin
 Werner Schneider, Berlin
 Dr. Hans Kaiser, Berlin
 Johannes Chemnitzer, Feldberg
 Dietmar Pfeiffer, Mieste, und
 Generalleutnant a. D. Rudolf Mittag, Dresden

die am 4. März, am 5. März, am 16. März, am 23. März, am 24. März, am 26. März und am 31. März 2004 ihren **75. Geburtstag** begehen.

Redaktion und Verein übermitteln diesen gestandenen Genossen und bewährten Kampfgefährten herzliche Glückwünsche.

Deutsches Trinklied

Einigkeit und Recht und Freiheit!
Dreimal hoch das Vaterland!
Schwarzrotgolden wehn die Fahnen!
Füllt die Gläser bis zum Rand!

Auf die Einigkeit ein Prosit!
Doch auf welche? Wer mit wem?
Die da oben, die da unten –
und dazwischen ein Problem!

Auf das Recht die ganze Flasche!
Auf des Volkes ganze Macht!
Doch der Souverän ist leider
ins Privatasyl gebracht.

Frei sein, Freiheit, die ich meine,
Auf die Freiheit ein Glas Wein!
Frei sein, unter Brücken schlafen,
einsam sterben und allein.

Was, zum Teufel, nützt ein Prosit,
wenn die Sonne nicht mehr scheint,
wenn, getrennt durch Barrikaden,
uns der Haß nur noch vereint?

Auf die Menschlichkeit zu trinken
wäre dann wohl purer Hohn,
menschlich geben sich nur Heuchler
vor dem Demokratenthron.

Worauf lohnt es anzustoßen
im verfluchten Ego-Land,
das die Deutschen stolz verbindet
brüderlich mit Herz und Hand?!

Sind es immer noch die Eichen?
Ist es noch der Dichter Wort?
Oder das der deutschen Denker?
Manche riefen auf zum Mord!

Nein, den letzten Schluck der Flasche,
bis zur Neige, bis zum Rest
trink ich auf die alten Träume,
auf der Kommunarden Fest!

Trink ich auf das rasche Ende
aller Habsucht und Gewalt
und auf eine Zeitenwende
in der menschlichsten Gestalt!

Gerhard Schmidt



Kapitalmästerei

„Es wird wieder gut verdient in Deutschlands Großunternehmen“, schrieb die „Welt am Sonntag“ in ihrer Ausgabe vom 8. Februar. Die Arbeiter der Firmen sind nicht gemeint, sondern die Großaktionäre. Die Prognose für 2004 ist rosig. Während die 30 im Deutschen Aktienindex (DAX) zusammengefaßten Unternehmen im vergangenen Jahr ein Ertragsplus von 30 % notieren konnten, rechnen sie für 2004 mit einem Zuwachs von 47 %. Ursächlich dafür seien „die Früchte der in den vergangenen Jahren angeschobenen Rationalisierungsprogramme“. Auch die „anspringende Konjunktur“ werde einkalkuliert.

Zwei Beispiele: Wie Klaus Zumwinkel, Chef der Deutschen Post AG, mitteilte, habe das Unternehmen sein für 2003 anvisiertes Gewinnziel von 2,9 Milliarden

Euro „auf jeden Fall erreicht“. Im Jahr 2005 solle der Ertrag auf 3,6 Milliarden Euro steigen.

Auch der gerade vor Gericht stehende Chef der Deutschen Bank, der Schweizer Josef Ackermann, informierte darüber, daß die Kosten des Geldhauses seit 2001 um 6 Milliarden Euro gesunken seien. Den „Personalabbau“ habe man inzwischen „weitgehend abgeschlossen“. Ackermann will den Gewinn in diesem Jahr auf 6,5 Milliarden Euro anwachsen sehen. Im vergangenen Jahr waren es „nur“ 3,6 Milliarden.

Die „Welt am Sonntag“ nennt den Geldrausch der Kapitalisten „neue Dynamik“ in den deutschen Chefetagen. Sie stelle sogar jene in den USA in den Schatten.

R. F., gestützt auf „Welt am Sonntag“



Hermann Duncker war Lehrer dreier Arbeitergenerationen

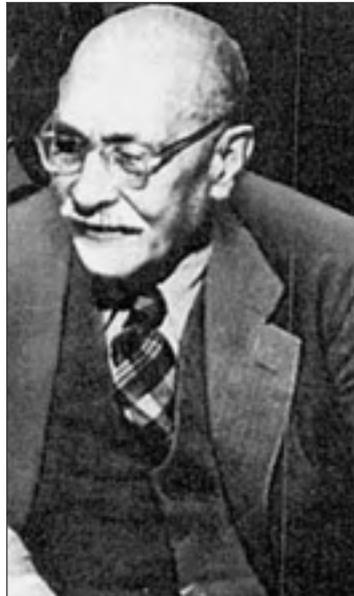
Wanderredner der Partei

Eigentlich wollte er Musiker werden und in Leipzig studieren. Denn das dortige Konservatorium hatte dem am 24. Mai 1874 in Hamburg geborenen, hochbegabten Kaufmannssohn nach entsprechender Bewerbung ein Stipendium gewährt. So kam der 17jährige Hermann Duncker 1891 in die Messestadt, im Glauben, einmal mit Musik die Menschen umstimmen, sie für Gerechtigkeit, Solidarität und friedliches Zusammenleben gewinnen zu können. Von der Arbeiterbewegung und ihrem Kampf hatte er schon während seiner Gymnasialzeit gehört, im Studienort aber wurde er nun mit ihr bekannt. Er erfuhr, daß es in der Stadt einen Arbeiterbildungsverein gab, von Wilhelm Liebknecht gegründet, in dem Kurse für Deutsch, Mathematik, Stenografie und natürlich zu politischen Themen stattfanden. Der Musikstudent war neugierig, ging dorthin, beteiligte sich immer öfter an Diskussionen zu politischen und weltanschaulichen Fragen. Der Leiter des Vereins, Fritz Bosse, gab dem jungen Mann Schriften von Marx und Engels, von Franz Mehring und Karl Kautsky, und Hermann begriff sehr schnell, daß man die Welt nicht allein mit Melodien und schönen Worten verändern, schon gar nicht verbessern kann.

Zwei Jahre nach seiner Ankunft in Leipzig wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, brach das Musikstudium ab und belegte an der Universität die Fächer Nationalökonomie, Geschichte und Philosophie. Nicht zuletzt war dieser Entschluß von der jungen Lehrerin Käthe Döll beeinflusst worden, die er heiratete und die ihm das ganze Leben lang eine standhafte, treue Partnerin und Kampfgefährtin blieb. Gemeinsam mit ihr unterrichtete er im Arbeiterbildungsverein in allgemeinbildenden Fächern, dann mehr und mehr auch marxistische politische Ökonomie und wissenschaftlichen Sozialismus. Er war bald einer der beliebtesten Lehrer, und so kamen viele seiner Schüler, vor allem junge Arbeiter, auch hinaus nach Gohlis, um in der bescheidenen Dachwohnung der Dunckers die politischen Debatten fortzusetzen. Zum Abschluß seines Studiums promovierte er und begann eine journalistische Tätigkeit an der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“, wo er Rosa Luxemburg und Franz Mehring kennenlernte.

Nach dem Mannheimer Parteitag der SPD 1906 wurde Hermann Duncker der erste Wanderredner der Partei und führte in zahlreichen Schulungskursen in ganz Deutschland Tausende Männer, Frauen und Jugendliche in den Marxismus und die Politik der Bebelschen SPD ein. Schließlich wurde er 1912 auf Vorschlag Wilhelm Piecks als Lehrer an die zentrale Parteischule in Berlin berufen. Obwohl 1915 zum Landsturm eingezogen, setzte er die revolutionäre Tätigkeit fort, u. a. als Mitverfasser der Spartakusbriefe.

Als die Novemberrevolution 1918 begann, war Hermann Duncker in Berlin. Über jenen historischen Tag berichtete er: „In einem der Demonstrationzüge entdeckte ich einige junge Freunde ... Sie hatten gemeinsam mit anderen im Zuge marschierenden Soldaten ein Lastauto aufgetrieben ... Ein Teil der Kameraden war als ehemalige Kriegsteilnehmer bewaffnet ... Ich äußerte den Gedanken, daß man jetzt doch eine revolutionäre Tageszeitung des Spartakusbundes haben müsse ... Wir machten in aller Eile den Genossen begreiflich, daß der „Lokalanzeiger“, dieses infamste Kriegshetzblatt, unmöglich weiter das Volk vergiften dürfe. Los, wir fahren nach der Zimmerstraße. Gesagt – ge-



tan! Und nun vollzog sich etwas geradezu Unglaubliches. Wir kletterten vom Wagen, zuerst die Kameraden mit ihren Gewehren. Die rote Fahne voran, drangen wir in das Gebäude ein, ohne einen ernstlichen Widerstand zu finden. Dann stürmten wir in die Redaktionsräume.“ Die Revolutionäre übernahmen die Zeitung, die von nun an als „Die Rote Fahne“ unter Leitung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erschien.

Selbstverständlich nahmen Hermann Duncker und seine Frau am Gründungsparteitag der KPD (30. 12. 1918 – 1. 1. 1919)

in Berlin teil und gehörten ein Jahr lang der zentralen Leitung der Partei an, bis sie beide für einige Zeit politisch in Thüringen wirkten. 1923 berief die Partei Dr. Duncker als Lehrer an die Reichsparteischule nach Berlin und ernannte ihn zugleich zum Leiter der Abteilung Bildung und Propaganda der Zentrale der KPD. Große Verdienste erwarb er sich als Herausgeber der Schriftenreihen „Elementarbücher des Kommunismus“, „Marxistische Bibliothek“ und „Kleine Lenin-Bibliothek“ sowie als Lehrer der Marxistischen Arbeiterschule MASCH, die Ende 1926 in der Reichshauptstadt gegründet worden war.

Die Nazis verschleppten ihn nach ihrem Machtantritt in die Zuchthäuser Spandau und Brandenburg, mußten ihn aber auf Grund von Protesten aus dem Ausland nach einigen Monaten wieder freilassen. Sie stellten ihn jedoch unter Gestapoaufsicht. Dennoch gelang es ihm und seiner Frau, aus dem Nazireich zu fliehen. Über Dänemark, England, Frankreich und Marokko erreichten die Dunckers schließlich die USA.

Sehnsüchtig wartete Hermann Duncker nach dem Krieg auf die Möglichkeit, in die Heimat zurückzukehren. Er wollte dabei sein beim Aufbau eines neuen demokratischen Deutschland, trotz seiner 72 Jahre, trotz seiner Krankheit, trotz nachlassender Sehkraft. Wilhelm Pieck, der langjährige Genosse und Freund, schrieb ihm im Februar 1947: „Es ist eine große ideologische Arbeit zu leisten ... Arbeit gibt es genug.“ Es dauerte aber noch Monate, bis er die Genehmigung von der USA-Regierung erhielt, die Vereinigten Staaten zu verlassen. Endlich konnte er wieder seiner geliebten Lehrtätigkeit nachgehen, zuerst als Dekan der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Rostocker Universität, dann ab 1949 als Leiter der Bundesschule des FDGB in Bernau. Er starb dort am 22. Juni 1960.

In den 67 Jahren seines aktiven Kampfes hat Hermann Duncker drei Generationen deutscher Arbeiter gelehrt, ihnen Wissen für den Klassenkampf vermittelt: vor dem ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik und beim Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik.

Günter Freyer

Heft 21 der Zeitschrift



Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, herausgegeben von HANS HEINZ HOLZ und DOMENICO LOSURDO, ist erschienen.

Thema: Menschenrecht

Bestellungen über Dr. Dieter Kraft
Rosenthaler Straße 19
10119 Berlin • Tel. 030/2820780

Wenn das Gericht zum Hornberger Schießen verurteilt ist

Mit-Esser

Vor einiger Zeit war zu einer der Hauptstadt-Talkshows des ZDF auch eine Vertreterin von ATTAC als Gesprächspartnerin der hochdotierten Apologeten des Kapitals eingeladen worden. Sie hatte gerade erst einen Satz von sich gegeben – der Inhalt heutiger Politik sei nur Kampf um Machterhalt und Machteroberung –, da wurde sie schon verbal niedergeknüppelt. Soziale und politische Scheinlösungen innerhalb des Systems werden in Endloschleifen auf Talkshows bis zur Bewußt-

Grafik:
Karlheinz Effenberger



**WUNDERMINISTER
CLEMENT
DURCHSCHREITET
DAS TAL DER TRÄNEN!**

losigkeit zerredet, obwohl jedermann weiß, daß sie nicht greifen können. Man diskutiert das Blaue vom Himmel herunter, bis Lähmungserscheinungen in Logik und Sprache auftreten. Die angeblich angestrebte „Abschaffung“ der Arbeitslosigkeit ist mit dem Bemühen um die Quadratur des Kreises gleichzusetzen, reine Phantasterei in der Zeit des streunenden Kapitals der Globalisierung. Ein Fünftel der Weltbevölkerung reiche aus, um das zu produzieren, was die Menschheit

braucht, heißt es in solchen Runden. Was geschieht mit den übrigen vier Fünfteln? Müßte da nicht ein anderes Verteilungsprinzip her?

Sätze wie – die Freiheit funktioniert nur für die, die an der Macht sind, vor allem die Freiheit des Abräumens und der Selbstbereicherung – sind doch keine Hip-Hop-Sätze von Rap-Musikern, sondern durch niemanden bestrittene Tatsachen. Haben Ackermann, Zwickel und die anderen Ex-Mannesmann-Chef Esser und dessen Mit-Essern 60 Millionen Euro „Abfindung“ zugespielt oder nicht? Hat Florian Gerster für seine fristlose Entlassung 430 000 Euro kassieren dürfen, oder ist auch das ein Hirngespinnst?

In den Hinterzimmern der Demokratie, hört Herr Jedermann, wird die große Politik gemacht, in den Hinterzimmern der Konzerne werden Fusionen und Abfindungen größten Stils ausgehandelt. Die Madenhacker des Kapitals hacken dann auch schon mal das Untier tot, wenn es um den eigenen Profit geht. Und es gibt in dieser Welt unendlich viele Madenhacker in Form von Aufsichtsräten, Managern, Großaktionären, Börsenjobbern usw. Korruption ist eigentlich zu einer freundlichen Umschreibung der Realität in der BRD geworden. Abräumen heißt die Devise, ganz gleich in welcher Position, wenn sich die Möglichkeit dazu bietet. Strafverfahren, wie sehr sich die Richter auch um Objektivität bemühen mögen, sind da schon vor

ihrem Beginn zu bloßen Scheingefechten degradiert. Und solange der Steuersatz des Konzern-Pförtners de facto höher ist als der seines Konzerns, wie die Frau von ATTAC noch zu sagen wagte, wird das auch so bleiben, jedenfalls so lange, wie es Herr Jedermann toleriert.

Manfred Hocke

FAZ: Schlag nach bei Karl!

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) – das Selbstverständigungsgorgan der deutschen Monopolbourgeoisie – druckte am 21. 12. 2003 folgenden Brief an Gerhard Schröder ab:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, es gingen viele Gespenster um im Europa des Jahres 2003 – und wenn der Sozialismus eines davon war, dann sicher nicht das gefährlichste. Und wenn wir Ihnen trotzdem zum Fest diesen Klassiker schenken, das „Manifest der Kommunistischen Partei“, dann ganz bestimmt nicht aus dem Grund, weil wir Sie und Ihre Partei an die Ursprünge erinnern wollen. Ganz im Gegenteil. Gerade jene, die als vernünftig betrachten, was jetzt geschieht, wünschen sich eine politische Rhetorik von solcher Kraft und Präzision:

„Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat die persönliche Würde in den Tauschwert aufgelöst und an die Stelle der zahllosen verbrieften und wohlverordneten Freiheiten die eine gewissenlose Handelsfreiheit gesetzt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.“

Mal abgesehen davon, daß Patriotismus keine schlechte Sache sein kann, wenn er mit der Liebe zur deutschen Sprache beginnt: Wer solche Sätze schreibt, dem möchte man schon aus ästhetischen Gründen eher recht geben als den Leuten, die heute im Bundestag den Ton angeben.

Genau deshalb wünschen wir Ihnen eine inspirierende Lektüre und ein frohes Fest.
Ihr Feuilleton

Zu unseren verdientesten und einsatzbereitesten Genossinnen gehört

Sonja Brendel



Am 16. März 2004
begeht sie in Berlin ihren
75. Geburtstag.

Wir wünschen Sonja für viele weitere Jahre Kraft, Mut und ausreichende Gesundheit.

Über die Lüge, Sozialleistungen gefährdeten die Zukunft der Nation

Die Reichtumspyramide

Die Dämme brechen. Eine Rekordflut überschwemmt das Land: Rentenreform, Steuerreform, Arbeitsmarktreform, Gesundheitsreform. Von Spitzenvertretern der Wirtschaft jahrelang infiltriert, von hochdotierten „Wissenschaftlern“ unzählige Male „wissenschaftlich belegt“, von den Medien mehr oder weniger einheitlich eingepeitscht und von den meisten Politikern gierig aufgesogen, gibt es nur noch ein wirtschaftspolitisches Thema: Die Sozialleistungen seien nicht mehr finanzierbar.

Alle sind sich nicht nur einig, daß sie zu kürzen sind, sondern man arbeitet in unzähligen honorig besetzten und hochdotierten Kommissionen mit „externem Sachverstand“ auch täglich daran, dieses durchzusetzen.

Der externe Sachverstand ignoriert jedoch die Fakten, sicher wird er deshalb auch so gut bezahlt.

Eine nüchterne Analyse der bisherigen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland führt zu völlig anderen Erkenntnissen. Nicht von irgend jemandem, sondern von Ludwig Erhard, der durch die Verfechter des Sozialabbaus so gern als Kronzeuge für ihre menschenverachtenden Theorien und Praktiken angeführt wird, stammt die Aussage, daß jeder wirtschaftliche Erfolg dem Wohle des ganzen Volkes nutzbar gemacht werden und einer besseren Befriedigung des Konsums dienen soll. Er definierte und maß den Anteil des Volkes am wirtschaftlichen Erfolg daran, in welchem Maße die Menschen durch Nettolöhne und Sozialleistungen am nationalen Bruttoprodukt beteiligt werden. Zu seinen Zeiten ist dieser Anteil ständig gestiegen, mit dem Machtantritt Kohls und in der Periode der entfesselten „Globalisierung“ ist er ebenso ständig gesunken. Im Jahre 1960 flossen vom nationalen Bruttoprodukt 57,8 % in Nettolöhne und Sozialleistungen, bis 1975 stieg dieser Anteil auf 68,5 %, seitdem sinkt er beständig. Heute beträgt er noch etwa 61 %.

Würde nach Erhards Credo der Anteil der „Masseneinkommen“ am Bruttoinlandsprodukt heute wenigstens so hoch wie 1975 sein, stünden den Menschen in Form von Löhnen und Sozialleistungen jährlich rund 140 Milliarden Euro netto mehr zur Verfügung. Das wären fast 2.000 Euro je Bundesbürger.

Auch für die Zukunft gibt es keinen gesellschaftspolitischen Grund – außer der Logik des Maximalprofits – Sozialleistungen zum Grundübel der Epoche zu erklären. Das weltweit hohe Niveau wirtschaftlicher Leistung wird auch in der BRD weiter wachsen, wenn auch in bescheidenerem Maße. Produktivität und Effektivität werden schneller steigen. Der Reichtum der Gesellschaft wächst dadurch. Es sind jedoch immer weniger Menschen

notwendig, um die steigende wirtschaftliche Leistung des Landes zu erbringen. Technik und Wissen ersetzen zunehmend die Wertschöpfung durch den Menschen. An verfügbaren Arbeitskräften herrscht deshalb auf lange Sicht kein Mangel, auch wenn die Bevölkerung schrumpft.

Warum soll diese immer reicher werdende Nation nicht in der Lage sein, die schrumpfende Bevölkerung – ob arbeitend oder nicht – mit steigenden Einkommen zu belohnen?

Die Apologeten des Systems begründen das mit dem zunehmenden Alterwerden der BRD-Bürger und der verlogenen Polemik, daß künftig immer weniger arbeitende Junge immer mehr Alte und Kranke ernähren müßten. Das ist reine Demagogie. Die Überalterung der Bevölkerung tritt ein, aber Rentner erhalten trotz höherer Gesundheitskosten weniger vom nationalen Reichtum als Lohn- und Gehaltsempfänger. Rentner könnten noch wesentlich weniger „kosten“, wenn Gesundheitsvorsorge und nicht Gewinnmaximierung im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik stehen würde.

Daß vor allem arbeitende Menschen Steuern und Abgaben zahlen, die in Zukunft weniger werden, ist kein ökonomisches Gesetz, sondern ein hausgemachtes Problem, geschuldet einer völlig antiquierten Steuer- und Abgabepolitik. Wenn der nationale Reichtum von immer weniger Menschen und immer mehr von Wissen und Technik geschaffen wird, können die Abgaben nicht in steigendem Maße auf die noch Beschäftigten bezogen werden. Der gesamte gesellschaftliche Reichtum ist dafür heranzuziehen. Dort liegt das eigentliche Problem.

Der Reichtum der Nation ist nicht eingegangen in Löhne und Sozialleistungen, sondern in eine völlig außer Kontrolle geratene Vermögensentwicklung. Nach offiziellen Angaben der Deutschen Bundesbank und des Statistischen Bundesamtes stiegen in den 90er Jahren (exakt von 1992 bis 1999) die Gesamtvermögen um 4,9 Mrd. DM, darunter allein die Geldvermögen um 2,6 Mrd. DM. Die allseits verpönten, zum Grundübel der Epoche deklarierten Sozialleistungen und Nettolöhne wuchsen zusammen jedoch nur um knapp 0,4 Mrd. DM. Der Anteil beider am nationalen Reichtum sinkt beständig, jedoch der Reichtum explodiert unkontrolliert in den Händen weniger. Aktiengewinne unvorstellbaren Ausmaßes, Vermögen aus Betrug, Hinterziehung und Korruption, Einkommen für Manager, Werbeträger, Politiker und sonstige Privilegierte haben jedwede vernünftige und der Gesellschaft nutzende Relation gesprengt und führen zu einer Konzentration des Vermögens auf kleinste Schichten der Bevölkerung.

Der amerikanische Politologe L. C. Thunrow hat „Die Reichtumspyramide“ im Führungsland des Kapitals, den USA, untersucht. Er kommt zu dem Ergebnis, daß 85 % des Vermögens bei den oberen 20 % der Bevölkerung konzentriert sind und nur das oberste 1 % in den 90er Jahren Vermögenszuwachs zu verzeichnen hatte. Ganz so weit sind wir in Deutschland noch nicht, aber wir bewegen uns beschleunigt in dieser Richtung. Auch die deutsche Reichtumspyramide zeigt zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein erschreckendes Bild.

An der Spitze sind 100 Milliardäre angesiedelt. Diese 0,00012 Prozent der deutschen Bevölkerung haben sich 5 Prozent des gesamten deutschen Privatvermögens, insgesamt 350 Milliarden Euro, angeeignet. In der nächsten Ebene logieren mindestens 365.000 Millionäre, jährlich kommen ungefähr 10.000 dazu. Diese Milliardäre und Millionäre besitzen über 30 Prozent des deutschen Privatvermögens, jeder ist durchschnittlich 6 Millionen Euro schwer. Geht man in der deutschen Reichtumspyramide nur einige Stufen tiefer, ist bei 30 Prozent der Bevölkerung das deutsche Vermögen fast vollständig – zu über 90 Prozent – erfaßt. Die „restlichen“ 70 Prozent der Bevölkerung teilen sich weniger als 10 Prozent des Vermögens. Das sind im Durchschnitt 12.500 Euro. Die unteren 10 bis 20 Prozent haben Schulden. Inzwischen ist jeder zehnte Haushalt pleite, Tendenz rapide steigend.

Statt Lügen über die die Gesellschaft schädigende Rolle der Sozialleistungen zu verbreiten und täglich neue Kürzungen zu erfinden, ist eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung über Ursachen und Wirkungen dieser extremen Schieflage in der Reichtumsverteilung dringend erforderlich. Nicht die Sozialleistungen oder die Löhne der Beschäftigten gefährden die Zukunft Deutschlands, sondern der ausufernde Reichtum einiger und dessen Verschwendung, von der Börsenspekulation ganz zu schweigen.

Wir brauchen eine öffentliche Eigentums- und Besitzstandsdiskussion.

Es bedarf politischer Maßnahmen, um die Sozialpflichtigkeit des Eigentums wiederherzustellen, so wie es das Grundgesetz (Art. 14 und 15) vorschreibt.

Dr. oec. Klaus Blessing

Unser Autor war in der DDR Staatssekretär im Ministerium für Metallurgie und von 1986 bis 1989 Abteilungsleiter Maschinenbau im ZK der SED. Er ist der Verfasser des vieldiskutierten Buches „Ist sozialistischer Kapitalismus möglich?“. (Edition Ost 2003, 14,90 Euro, ISBN 3-360-01043-4)

Marxist im Sinne des Manifests

Der Schriftsteller Erik Neusch ist seit dem vergangenen Jahr Mitglied des RotFuchs-Fördervereins. In der DDR, in der alten wie in der neuen BRD und darüber hinaus hatte und hat er eine beachtliche Lesergemeinde. Seine Werke, u. a. „Spur der Steine“, „Auf der Suche nach Gatt“, „Der Friede im Osten“ mit seinen bisher vier Bänden, „Forster in Paris“, „Zwei leere Stühle“, „Claus und Claudia“, „Totschlag“, die kürzlich auf dem Buchmarkt erschienene essayistische Erzählung „Verdämmerung“ und sein jüngster Roman „Nach dem großen Aufstand“ erreichten inzwischen deutschsprachige Auflagen von über 2,2 Millionen Exemplaren. Mit dem in Halle lebenden Schriftsteller führte unser Autor **Dr. Hans-Dieter Krüger** ein Gespräch:

Wir kennen uns seit langem und sehen uns nun im RotFuchs-Verein wieder. Wie kamst Du denn dazu?

Es ist wohl die Suche nach Gleichgesinnten, die es nicht lassen können, darüber nachzudenken, wie unsere weite schöne Erde für alle Menschen Heimat sein und bleiben oder werden kann. Ich bekam das Monatsblatt „RotFuchs“ eines Tages in die Hand und fand hier vieles ausgesprochen, was mich in der Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit und der für mich total menschenfeindlichen Gegenwart ebenfalls beschäftigt, und zwar deutlicher als woanders, selbst, bis auf nur wenige Ausnahmen, im ND nicht, das sich nach meinem Empfinden immer mehr von den wirklichen Sorgen der sozial, ideell und kulturell bedrängten Leute hierzulande entfernt. Ich fühle mich als Marxist im Sinne des Kommunistischen Manifests und mag daher auch die wohltuende Klarheit des Blattes in seiner Gegenposition zu den sich selbst so benennenden linken „Reformern“.

Wäre es richtig, Dich mit der Hauptfigur Deines neuesten Romans, dem Maler Matthias Grünewald, zu vergleichen, der sich in seinem Wirken für mehr Gerechtigkeit in der Welt am Ende auf der Verliererseite findet?

Natürlich nicht. Oder nur in beschränktem Maße. Insoweit nämlich, als es das Schicksal eines Künstlers betrifft, der durch die Rache der Reaktion in die Vergeessenheit getrieben werden sollte, was ja denn auch beinahe gelungen wäre. Sogar sein eigentlicher Name, Mathis Gothardt-Nithardt, wurde erst vierhundert Jahre nach seinem Tode wieder entdeckt. Dabei war Grünewald, Hofmaler einst des mächtigen Kardinals Albrecht, Zeitgenosse z. B. von Dürer und Luther, nicht nur Zeuge, sondern auf seine Weise auch Mitgestalter der gewaltigen geistigen und sozialen Umbrüche zu Beginn des 16. Jahrhunderts, der Bauernkriege und der Reformation, also der frühbürgerlichen Revoluti-



Foto: Krüger

on. Wie verhielten sich, wie handelten die Menschen zu jener Zeit? Das war für mich, der ich diese Geschichte – gebunden an die wenigen historischen Fakten, die von Grünewald noch bekannt sind – fast an die 500 Jahre später erzähle, eine große Herausforderung. Wer gegen Restriktion und Restauration, gegen den Verrat humanistischer Ideale angeht, selbst wenn er in die widrigsten Lebensumstände gerät, der ist kein Verlierer. Das zu gestalten, war mein Hauptanliegen. Insofern betrachte ich meinen Roman „Nach dem großen Aufstand“ als ein Gleichnis auf die Gegenwart.

In „Verdämmerung“ beschreibst Du die bange Ahnung, daß der Strom des gesellschaftlichen Aufbruchs in der DDR zu versanden drohte. War nur sie es, die Dich in Deinen Büchern unentwegt nach einer gerechteren Weltordnung suchen läßt?

Vielleicht wird man sich einmal an die DDR erinnern wie an die Französische Revolution oder zumindest an die Pariser Kommune und daraus seine Lehren zu ziehen versuchen. Schon jetzt hält die

immer tiefer werdende Kluft zwischen Arm und Reich die Erinnerung an diese deutsche Republik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wach. Es muß doch etwas dran gewesen sein an diesem Staat, wenn man bedenkt, wieviel Aufwand täglich betrieben wird, selbst seine Grundfesten zu schleifen. Es sind die Millionen Menschen in diesem „einig Vaterland“ von heute, die keine Arbeit finden, eine Jugend, die vergebens nach Ausbildungsplätzen sucht, die zunehmende Rechtlosigkeit und verstärkte Ausbeutung durch den Kapitalismus wie auch die Teilnahme an Kriegen gegen andere Völker, die mich daran hindern, in dieser Gesellschaft „anzukommen“. Auch was immer da zur Zeit an Reformen ausgetüftelt und der Bevölkerung übergestülpt wird, sollte man besser Deformen nennen. Das alles gleicht dem Flickwerk einer Reparaturkolonne im Interesse des Kapitals, dem man ein humanistisches Ethos noch nie nachsagen konnte. Da ist es für einen ernsthaften Schriftsteller doch nur geboten, in der so oft verstellten Wirklichkeit der Wahrheit nachzuspüren und die Visionen und Ide-

ale einer künftig besseren Welt nicht aus den Augen zu verlieren.

In der erwähnten Erzählung verteidigst Du einen Schriftsteller, der sich für den Sozialismus entschieden hat und – wie er es von seinen Romanhelden behauptet – seine Konflikte allein mit ihm austragen will. Ist das Deine eigene Geschichte?

Ja, auch ich hatte meine Probleme in der DDR und habe sie mit ihr ausgefochten, mußte um meine Bücher kämpfen wie meine Romanhelden um die Verwirklichung ihrer Ideen. Das hat Nerven gekostet. Aber auf den Gedanken, in die alte Bundesrepublik, wie manch anderer, „abzuhaufen“, mich gar dort anzubiedern, bin ich nie gekommen. Dort hatte ich nichts verloren. Ich wuchs in einer Arbeitersiedlung auf. Mein Vater, von Beruf Former, am Ende des Ersten Weltkrieges Mitglied eines Soldatenrates und später Sozialdemokrat, der noch Sozialismus wollte, verstarb zu früh, um die Mühen und die Sorgen mit der Macht kennenzulernen. Meine Mutter, einst im Arbeiter-Rat, war aufgeblüht in unserer Republik, obwohl sie sich oft über die zu geringe Rente beklagte. Wie sollte ich bei dieser Herkunft freiwillig in ein kapitalistisches Land überlaufen? So erfuhr ich auch schon als Junge, wie in dieser Siedlung Sozialdemokraten und Kommunisten dem Hitlerregime widerstanden und sich aus ehrlichem Herzen vereinigten. Wenn heute von gewissen demokratischen Sozialisten oder Sozialdemokraten das Gegenteil behauptet wird, so haben sie offenbar nicht die geringste Ahnung davon, was damals an der Basis geschah, genauso wie sie heute nicht wirklich wahrnehmen, wie es um den sozialen und demokratischen Abstieg der Mehrheit des Volkes in der Bundesrepublik bestellt ist, in der nun selbst die Volksgesundheit zur Opfergabe an die kapitalistische Marktwirtschaft geworden ist, wo der Bildung das gleiche Schicksal droht usw., usf. Also kläre ich auch künftig meine Konflikte, die ich mit dem real existierenden Sozialismus hatte, indem ich meinem Grundideal, meiner marxistischen Überzeugung treu bleibe.

Ich danke für unser Gespräch. Doch kannst Du jetzt schon etwas über Deine künftigen literarischen Vorhaben sagen?

Ich arbeite an einem Band mit etwa zwölf Erzählungen über die Gegenwart unter dem Titel „Die Asche des Herbstes“. Es sind ganz unterschiedliche Schicksale, über die ich schreibe, über Menschen, die in das soziale Netz abstürzten, die durch die Maschen fielen, solche, die nach oben kletterten konnten, andere, die ihre Ideale verraten sehen, und auch welche, denen es gerade noch gelingt, auf den fahrenden Zug zu springen ... Zwei Erzählungen liegen bereits vor, die dritte ist in Arbeit. Und eigentlich denke ich auch ständig über das fünfte und sechste Buch vom „Frieden im Osten“ nach, so wie sie ja seit langem konzipiert sind, wenngleich die Handlung dann mit der DDR endet. ■

Ringo Ehlert: Kein Dienst in dieser Armee!

Mut in Ueckermünde

Der junge Totalverweigerer Ringo Ehlert kämpft nicht allein gegen seinen persönlichen Wehrdienst, sondern vor allem gegen die Wehrpflicht in der Bundesrepublik. Im Prozeß wegen Fahnenflucht verzichtete er gänzlich auf den Versuch, das Gericht milde zu stimmen. Dem Antrag des Staatsanwalts entgegnete er, jede Strafe sei für ihn irrelevant in der Höhe, eine Ehre aber für seine Überzeugung.

Zur Zeit der Rückwende war Ringo Ehlert 12. Anfangs freute er sich über einigen Schnickschnack in den Läden. Bald wurde die Qualifikation seiner Mutter „ungültig“, die Arbeit seines Vaters „überflüssig“. Und Armut aus einem Wort zu einer realen Bedrohung. Da packte ihn die Wut, aber nicht die blinde. Er dachte selber und mit Freunden über alles genau nach. Als später die Einberufung kam, tat er, was längst begründet und beschlossen war.

In ausführlicher Rede machte sich der Angeklagte am 13. Januar, dem letzten Verhandlungstag vor dem Amtsgericht Ueckermünde, ohne weitere Einleitung zum Ankläger der Bundeswehr und der Bundesregierung. Er überführte sie der Aggression, des Bruchs der eigenen Verfassung wie des Völkerrechts. Ebenso verwarf er die Annexion der DDR sowie die Mißachtung der Würde und der Sicherheit der Menschen weltweit. Er sei keineswegs Pazifist und würde unter gerechten Verhältnissen sein Land selbstverständlich auch mit der Waffe verteidigen. Dem System der BRD aber werde er nicht dienen. Eine Flugschrift der FDJ nennt ihn folgerichtig einen „BRD-Verweigerer“. Sie wurde zwei Tage vor dem Prozeß auch auf der Demonstration zu Ehren Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verteilt.

Der psychologische Gutachter bestätigte die gesunde Ernsthaftigkeit des Angeklagten. Diese dürfe man nicht brechen, man würde es aber auch gar nicht können. Die Verteidigerin Gabriele Heinecke – wir kennen sie von ihrem erfolgreichen Wirken für den unschuldig der Brandstiftung und des Mordes angeklagten Safwan Eid in Lübeck – nahm geradezu die Partei Ringo Ehlerts: Er habe ja recht. Der Vorrang des Gewissens sei darum in das Grundgesetz geschrieben worden, weil es

in Deutschland schon einmal einen „Massenschlaf des Gewissens“ gegeben habe. Ringo Ehlert nehme, wie leider wenige, ein „öffentliches Amt“ wahr, er zeige, daß Demokratie gewagt und verteidigt sein will.

Nicht nur ich hatte das Empfinden, Ringo Ehlert spreche schlüssig alles aus, was man gegen die herrschende Politik der BRD sagen muß. Der überfüllte Saal spendete dem Angeklagten dreimal langen Beifall, wozu der Richter beim ersten Mal etwas äußerte, was aber niemand verstand. Die Zuhörer waren überwiegend Jugendliche aus Ueckermünde, aber auch aus Berlin, Stralsund und Hamburg. Der Verhandlung waren 67 Tage Bundeswehr-Arrest vorausgegangen.

Der Gerichtsort erklärt sich aus der Region, in der Ringo Ehlert lebte und dienen sollte, das „milde“ Urteil aber wohl aus seiner Haltung und seinen Sympathisanten. Der Staatsanwalt hatte zehn Monate Freiheitsentzug mit zweijähriger Bewährung und 2000 Euro Bußgeld beantragt. Das Amtsgericht erkannte auf 60 Tagessätze zu 40 Euro. Die Verteidigung, die auf Freispruch plädierte, kündigte sofort die Einlegung eines Rechtsmittels an.

Nach Ueckermünde hatte die Neubrandenburger Regionalzeitung ihren Korrespondenten geschickt. Die Ausgaben für Pasewalk und Prenzlau, so sah ich, vermeldeten nichts. Lediglich in der Ueckermünder Haffzeitung erschien wohl eine Notiz.

Ringo Ehlert gehört zu den hin- und hergestoßenen Arbeitern am Rande des Aus. Die Geldstrafe, zu der das Gericht ihn verurteilt hat, geht über seine Kräfte. Dennoch durfte er sich als Punksieger des Tages sehen. Im Schlußwort sagte er, dieses Grundgesetz und diese BRD seien nicht die Seinen, er werde aber die Verfassung verteidigen, und dazu rufe er alle auf.

Ich war dabei mit einem Genossen und Freund, dem die Lage sowieso, aber jede Winterszeit noch extra auf das Gemüt schlägt. Beim Verlassen des Gerichtsgebäudes seufzte er erleichtert und laut: „Heute bin ich aufgerichtet worden.“

Dr. Dieter Frielinghaus, Brüssow

In Nr. 73 haben wir zwei Unterlassungen begangen

- 1) Die Konferenz „Sozialistische Bewegung und Europäische Integration“ beginnt am 6. März, um 11.30 Uhr, und am 7. März, um 9.00 Uhr, in der Fachhochschule Berlin-Karlshorst, Treskowallee 8.
- 2) Das Buch von Dr. Manfred Böttcher „Haben wir das verdient?“ ist in der Nora Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide, Torstraße 145, 10119 Berlin, erschienen.
ISBN 3-936735-32-8

Am 27. März 2004 findet um 10.00 Uhr in Chemnitz, Rosenplatz 4, Raum „Querbeet“

ein Diskussionsforum der „RotFuchs“-Regionalgruppe Chemnitz/Plauen/Zwickau statt. **Prof. Dr. Werner Roß** spricht einleitend über das Thema:

Warum werten Marxisten die DDR als ihr revolutionäres Erbe?

Chipfabrik – ein ausgeträumter Traum

Am 29. Februar erhielten die restlichen 129 Azubis der in Liquidation befindlichen Chipfabrik in Frankfurt/Oder ihre Kündigung. Der Großteil der Angestellten wurde bereits in den vergangenen Wochen rausgeworfen. Die Personalabteilung der Betreiberfirma Communicant sendet unterdessen die Bewerbungsunterlagen an über 4500 Bewerber zurück. Ordnung muß sein, auch fünf Minuten nach zwölf – Communicant entschuldigt sich, daß man leider nicht die einzelnen Bewerbungen der richtigen Mappe zuordnen kann. Es gibt kein Wort der Erklärung oder eventuell sogar der Entschuldigung. Lapidar wird darauf verwiesen, daß man sicherlich aus den Medien erfahren habe, was los ist.

Dort konnte man in den letzten drei Jahren im Zusammenhang mit dem Bau der Chipfabrik, von himmelhoch jauchzend bis zu Tode betrübt, alles mögliche lesen, nur nicht die Wahrheit. Als Politiker wie der inzwischen wegen dubioser privater Finanz-Machenschaften gescheiterte brandenburgische CDU-Wirtschaftsminister Färniß laut tönend vom Hightech-Wunder an der Oder sprachen, da war das noch nicht geborene Kind Chipfabrik schon tot. Die Tinte unter dem Vertrag, den das arabische Emirat Dubai, der weltgrößte Chiphersteller Intel und Communicant im Februar 2001 unterschrieben, war noch nicht trocken, da tauchten erste Warnrufe auf. Geld aus Dubai gebe es nur, wenn die Scheichs eine ähnliche Produktionsstätte bekämen. So meldete die Nachrichtenagentur ddp Anfang Mai 2001, das Emirat wolle eine eigene Technologie-Offensive starten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätten ein paar Fragen gestellt werden müssen. Wie kommt es, daß kein arabischer Staat, trotz seiner Dollar-Milliarden, eine nennenswerte Hightech-Produktion besitzt, wer hat ein Interesse an diesem Zustand? Wie „ergab“ es sich eigentlich, daß Intel-Konkurrent Motorola Hals über Kopf aus der gedeihlichen Zusammenarbeit mit den Frankfurter Wissenschaftlern ausstieg?

Hartnäckig hält sich das Gerücht, daß Communicant-Chef Alex Ourmazd hinter dem Rücken von Motorola mit Intel anbändelte und den Konzern ins Boot holte. Ourmazd, ein gebürtiger Iraner mit US-Paß, war 1995 nach Frankfurt/Oder gekommen und Chef des Instituts für Halbleiterphysik geworden. Im IHP war noch zu DDR-Zeiten eine vollkommen neue Technologie zur Herstellung von Computer-Chips entwickelt worden. Ourmazd lehnte, aus welchen Gründen auch immer, die Weiterentwicklung ab. Trotzdem hielten die Wissenschaftler an ihrer Idee fest, aus Silizium-Germanium-Kohlenstoff einen Chip zu fertigen, der beispielsweise mit vielfältigen Möglichkeiten in Handys eingesetzt werden kann. 1997 kam der Durchbruch, als einer der Väter dieses Verfahrens in Washington auf der IEDM – der wichtigsten internationalen Konferenz zur Halbleiter-

entwicklung – der staunenden Fachwelt die Technologie vorstellte. Plötzlich war auch Ourmazd überzeugt und stellte sich an die Spitze der Bewegung für die neue Technologie, die offensichtlich nicht mehr zu verhindern war. Zumal das IHP damals mit Motorola noch einen starken Partner hatte, der die Erkenntnisse aus dem Osten Deutschlands nutzte, um in der Kommunikationsbranche Boden gegenüber der Konkurrenz gutzumachen.

Geschickt wurde in den zurückliegenden drei Jahren das Thema Chipfabrik hoch und runtergekocht. Es wurde gelogen, daß sich die Balken hätten biegen müssen. SPD- und CDU-Politiker überholten sich dabei gegenseitig. So verkündete SPD-Bundes-Wirtschaftsminister Clement noch fünf Tage vor dem Aus der Chipfabrik, daß die Investition nicht mehr eine Frage des Ob, sondern nur noch eine Frage

des Wie sei. Der angeblich „rote“ Minister log, ohne rot zu werden. Überhaupt waren die allgemein herumgeisternden Erklärungen, das Unternehmen sei gescheitert, weil die Finanzierung nicht gestimmt habe, fauler Budenzauber. 1,5 Milliarden Dollar hätte die Fabrik gekostet, 1500 Arbeitsplätze sollten unmittelbar geschaffen werden und noch einmal 1500 im Umfeld. Daraus wird nichts – der Traum ist ausgeträumt. Das Sterben einer ganzen Region, in der fast 20 % arbeitslos sind, geht im Augenblick weiter. Was wieder einmal bleibt, sind enttäuschte Hoffnungen, gleichermaßen gepopfert mit Skrupellosigkeit, Raffinesse und Unfähigkeit auf dem Altar der real existierenden „sozialen Marktwirtschaft“. Übrigens: Die Mitglieder der „Firmenleitung“ sollen Entschädigungen in Millionenhöhe erhalten.

Peter Behrmann

„RotFuchs“-Kessel in Magdeburg

Am 29. Januar 2004 trafen sich zum ersten Mal Mitglieder des „RotFuchs“-Fördervereins, Leser der Zeitung und Sympathisanten in Magdeburg zu einer Beratung, auf deren Tagesordnung auch die Gründung einer Regionalgruppe stand. Trotz der für diesen Tag angesagten starken Schneefälle konnten wir 41 Teilnehmer registrieren, die aus dem Umkreis von Magdeburg, dem Harz und der Altmark gekommen waren. Sogar zwei Braunschweiger hatten sich eingestellt. Als Gäste nahmen Dr. Klaus Steiniger, Armin Neumann und Dr. Hartwig Strohschein an der Leserkonferenz teil.

Genosse Steiniger umriß die Aufgaben und Ziele des Fördervereins, die vor allem darin bestehen, Mitglieder und Freunde auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus und der aktuellen Politik zu bilden. Seine Monatszeitschrift vermittelt entsprechende Standpunkte. Der Meinungsaustausch wird nicht nur in einer Vielzahl von Zuschriften eines Teils der insgesamt etwa 9 000 ständigen Leser des RF, sondern auch bei zahlreichen Zusammenkünften der Mitglieder und Freunde des Vereins geführt. Auch die fast 24 000 Zugriffe auf die RF-Internet-Seiten zeugen von regem Interesse.

In der Diskussion werteten 12 Rednerinnen und Redner den „RotFuchs“ übereinstimmend als ein positives Signal für die Zusammenführung linker Kräfte. Es wurde die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung hervorgehoben. Im „RotFuchs“-Förderverein schließen sich Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch zusammen. Das widerspiegelte sich auch in der Zusammensetzung der Leserkonferenz. Mitglieder der PDS, darunter der KPF, der DKP, der KPD und Parteilose hoben die Bedeutung

der Zusammenführung hervor. Walter Bütow, stellvertretender Vorsitzender des Klubs der Thälmann-Werker, schätzte den „RotFuchs“ als besonders wertvoll für die praktische politische Arbeit ein und überreichte Genossen Steiniger ein Thälmann-Relief, das von den Schmieden des ehemaligen Schwermaschinenbaukombinats „Ernst Thälmann“ Magdeburg gefertigt worden war. Prof. Dr. Manfred Weien betonte in seinem Diskussionsbeitrag die Bedeutung des Marxismus für die Gestaltung linker Politik. Im Unterschied zu anderen behauptete der „RotFuchs“ nicht, die Wahrheit gepachtet zu haben. Bei den Parteien wollten alle Offiziere, aber keiner Soldat sein. Insgesamt zeigte die Diskussion, wie wichtig und produktiv es ist, den Gedanken- und Meinungsaustausch unter Gleichgesinnten zu führen.

Es komme darauf an, Leistungen und Errungenschaften der DDR im Gedächtnis zu behalten, auch wenn man um die Defizite wisse. Das historische Gewicht der DDR bestehe darin, daß auf ihrem Territorium für 40 Jahre Macht und Eigentum des Kapitals gebrochen wurden. Das führte uns Genosse Steiniger eindringlich vor Augen.

Bei dem Meinungsaustausch wurde der Vorschlag unterbreitet, den RF stärker auf ein bestimmtes aktuelles Thema (z. B. die Wahlen dieses Jahres) zu konzentrieren und damit wegweisend und orientierend auf den Leserkreis einzuwirken.

Im Anschluß an die Konferenz fand die Konstituierung der Regionalgruppe Magdeburg statt. Weitere sechs Genossinnen und Genossen beantragten spontan ihre Aufnahme in den Förderverein. Kurt Kniep wurde zum Vorsitzenden der Regionalgruppe gewählt. **Dr. Ute Kaden**

Gegner der Nahost-Friedensinitiative in Zugzwang

Schach für Scharon

Ende vergangenen Jahres wurde in Genf eine Initiative für einen Friedensvertrag vorgestellt, mit dem nach Überzeugung seiner israelischen und palästinensischen Verfasser „beide Seiten leben können“. Diese Initiative bringt Gegner eines gerechten Nahostfriedens, allen voran Scharon und Bush, in Zugzwang – und in Rage. Scharon fauchte prompt: „Subversion“, „israelischer Selbstmord“.

Yossi Beilin, ehemaliger israelischer Minister und Chefunterhändler in Oslo (s. RF, Juni 2003, S. 19), und Yasser Abd Rabbo, Führungsmitglied der PLO und früherer palästinensischer Minister, leiteten die Arbeit. Sie legten nach dreijährigen Verhandlungen ihren Entwurf zu einem Zeitpunkt auf den Tisch, da die Verzweiflung der Menschen auf beiden Seiten des Konflikts so groß ist, daß sie sich mit Resignation nicht mehr abfinden wollen. In Israel wächst die Zahl der Verweigerer des Dienstes in den besetzten Gebieten – selbst in den Elite-Einheiten der Streitkräfte Tel Avivs. Frühere Generale, Chefs der Geheimdienste und hohe Beamte, viele Politiker und zahlreiche Intellektuelle prangern öffentlich die israelische Politik in den besetzten Gebieten an.

Zum ersten Mal, seit es zwischen ihnen Gespräche und Übereinkünfte für den Frieden im Nahen Osten gibt, haben Israelis und Palästinenser einen Friedensentwurf ausgearbeitet, der den Konflikt endgültig beilegen könnte.

Bisher gab es immer nur Prinzipien oder Rahmen eines möglichen Friedensvertrages. Im Gegensatz zur „Roadmap“ sieht die Genfer Initiative keine vagen Phasen vor, sondern zügige Schritte zu einer wirklichen Lösung.

Vereinbarte Grundlage sind zwei souveräne Staaten und ihre gegenseitige Anerkennung: Die Palästinenser erkennen den Staat Israel als nationale Heimstatt der Juden an, und Israel den Staat Palästina als nationale Heimstatt des palästinensischen Volkes. Die Grenzen sollen unwiderprüflich festgelegt werden. Für nicht aufgelöste israelische Siedlungen erhalte Palästina adäquate Ersatzgebiete. Die Fragen der heiligen Stätten, der Flüchtlinge, der Wirtschaftsprobleme, der Wasservorräte wie auch die der Siedlungen, des Endes der Besatzung, des Austausches von Territorium, der Teilung der Stadt Jerusalem, selbst die zukünftige enge Zusammenarbeit zwischen dem palästinensischen und dem israelischen Staat sind konkret und detailliert geregelt.

Das Abkommen umfaßt weitreichende Zugeständnisse und Verzichtbeider Konfliktparteien. So müßte die israelische Regierung die gemeinsame Kontrolle über die Stadt Jerusalem akzeptieren und die Armee aus den besetzten Gebieten zurückziehen. Andererseits würde das Rückkehrrecht der über 3 Millionen palästinensischen Flüchtlinge eingeschränkt.



Sie könnten sich entweder im künftigen Staat Palästina oder in einem Drittland niederlassen. Eine Rückkehr nach Israel bliebe die Ausnahme – ein schmerzliches, aber offensichtlich nicht zu umgehendes Zugeständnis. Doch ein Friedensabkommen kann nur dann wirklich tragfähig sein, wenn es die Grenze widerspiegelt, bis zu der beide Seiten vernünftigerweise mit ihren Verzichten gehen können.

Wer ernsthaft einen für alle Beteiligten gerechten und sicheren Frieden im Nahen Osten anstrebt, kann sich dieser Initiative nicht verschließen. Auch wenn es nicht Regierungen waren, von denen sie ausgehandelt wurde, wird diese Vereinbarung nicht nur eine akademische Übung bleiben.

Die besondere Bedeutung des Abkommens besteht darin, daß seine Initiatoren nicht irgendwelche Träumer, sondern gestandene und überaus kompetente Politiker beider Seiten sind. Sie haben ihre Überzeugung begründet und mit klaren und konkreten Vorstellungen dokumentiert, daß und wie Frieden im Nahen Osten möglich wäre.

Wenn die Genfer Initiative am 1. Dezember 2003 auch unter der dubiosen Schirmherrschaft von Jimmy Carter, Michail Gorbatschow und Lech Walesa verabschiedet wurde, ihren Wert kann das nicht mindern. Auch nicht, wenn zwischen Bush, Rice, Powell und Co. versuchen, die Initiative zu vereinnahmen und damit zu mißbrauchen.

Um das Abkommen flächendeckend bekanntzumachen, sind an alle israelischen Haushalte Exemplare in Hebräisch, Arabisch oder Russisch verteilt worden. Auf palästinensischer Seite zirkulieren seit Januar d. J. Hunderttausende Kopien. Meinungsumfragen zufolge unterstützen über 40 % der Israelis und mehr als die

Hälfte der Palästinenser im Autonomiebereich die Genfer Vereinbarung. Die Extremisten auf beiden Seiten kochen vor Wut. In Israel haben 250 Rabbiner ein Urteil erlassen, das die Unterzeichner des Abkommens zu Verrätern erklärt. Ein solches Urteil gab es gegen Jitzhak Rabin kurz vor seiner Ermordung. Radikale Islamisten bedrohen ihrerseits die Palästinenser, die für die Genfer Initiative eintreten.

In der übrigen arabischen Welt, wo anfangs überwiegend linke Intellektuelle die Initiative begrüßten, wächst in politischen Kreisen die Erkenntnis, daß hier eine Lösung des jüngst von amerikanischen Seite für „unlösbar“ erklärten Palästina-Konflikts und damit ein Weg zum Frieden gewiesen wird.

In Israel wie im palästinensischen Autonomiegebiet erzeugt die Initiative bereits immensen Druck. Selbst diejenigen, die sie ganz oder teilweise ablehnen oder tuschweigen wollen, müssen zugestehen, daß sie Wirkung zeigt. Sie entspricht dem tiefen Verlangen der Mehrheit beider Völker, die das gegenseitige Blutvergießen leid sind.

Bernd Fischer



Welche Rolle spielten Kommunisten in europäischen Nachkriegsregierungen?

Ein ruhmreiches Kapitel

Infolge des Sieges der Sowjetarmee im Zweiten Weltkrieg erfolgte von den britischen Inseln bis in die Ägäis, von Sizilien bis an das Nordkap in Europa ein erheblicher Linksruck. Die UdSSR war zur Weltmacht geworden und ihre politische Autorität enorm. Die Kommunisten hatten eine ihrer schwersten Belastungssituationen mit Erfolg bestanden und dabei große Verluste hinnehmen müssen. Sie waren zu Märtyrer-Parteien geworden. Im Zuge der Befreiung stiegen ihre Mitgliederzahlen steil an. Die kommunistischen Parteien wurden in den meisten europäischen Ländern zu einer bedeutenden, in einigen sogar die gesellschaftliche Entwicklung bestimmenden Kraft. Bei den Parlamentswahlen bis 1948 erreichten die Kommunisten – folgende Ergebnisse: Ungarn 22,3 % (1947), CSR 37,9 % (1946), Bulgarien 53,7 % (1946), Belgien 11 % (1946), Dänemark 10 % (1945), Finnland 20 % (1945), Frankreich 28,6 % (1946), Niederlande 10 % (1946), Island 16,7 % (1944), Luxemburg 10,5 % (1945), Norwegen 11,9 % (1945), Schweden 10,3 % (1944) und Italien 19 % (1946). Einige kommunistische Parteien gelangten erstmalig in ein bürgerliches Parlament. Das galt für das konservative Großbritannien ebenso wie für die biedere Schweiz, in deren Parlamenten zwar nur wenige, doch dafür mutige Stimmen von Kommunisten zu hören waren.

In den ersten Jahren nach der Befreiung gab es kommunistische Minister nicht nur in Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Albanien, der Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, sondern auch in Belgien, Frankreich, Italien, San Marino, Luxemburg, Island, Norwegen, Österreich und Finnland und in Griechenland.

Die Beteiligung der Kommunisten an den Regierungen begann schon während des Krieges. Sie hatten sich zumeist als aktivste antifaschistische Befreiungskämpfer großes Vertrauen unter den Völkern erworben und sogar der bürgerlichen Klasse Respekt abgerungen. Nicht zuletzt wurden Kommunisten mit der Absicht in Regierungen einbezogen, sie zur Absicherung der Nachkriegsordnung einzubinden.

In den meisten okkupierten europäischen Ländern spielten Kommunisten im nationalen Widerstand eine bedeutende Rolle. In einigen Fällen kann man nicht mit Bestimmtheit ausmachen, wann sie in die Regierungen eintraten, da sich aus den von Kommunisten geführten nationalen Widerstandszentren volksdemokratische Exekutiven entwickelten. Das trifft für Albanien und Jugoslawien zu.

In fast allen Ländern handelte es sich um bürgerlich-demokratische Koalitionsregierungen. Allein in Albanien, wo es keine Exilregierung gab und die herrschende Klasse völlig auf die Seite der faschistischen Okkupanten übergegangen war, erwiesen sich die Kommunisten als einzige antifaschistische und letztlich politisch führende Kraft.

Der erste Kommunist, der im Januar 1943 in eine bürgerliche Regierung eintrat, war das französische ZK-Mitglied Fernand Grenier. Bis 1947 sollten es fünf FKP-Mitglieder werden, die in französischen Kabinetten als Minister tätig waren, darunter Maurice Thorez.

Die erste kommunistische Regierung überhaupt stellte die Nationale Befreiungsfront Albanien, die sich im September 1942 konstituierte und erst im Oktober 1944 in eine reguläre Regierung umgewandelt wurde. Die zweite kommunistische Regierung entstand im November 1943 in Jugoslawien. So ist es vielleicht kein Zufall, daß sich in diesen beiden Ländern Sozialisten am längsten, bis in die 90er Jahre, am Ruder halten konnten.

Die dritte kommunistische Regierung konstituierte sich im März 1944 in Griechenland. Sie kontrollierte zu jener Zeit zwei Drittel des Territoriums, löste sich aber wegen eines „nationalen Kompromisses“ wieder auf. Nur wenige Kommunisten wurden danach in das bürgerliche Kabinett übernommen.

1944 entstanden in Europa die meisten Regierungen mit kommunistischer Beteiligung: im April in Italien, im Juni in Island, im Juli in Polen, wo die Regierung der Nationalen Einheit im Juni 1945 um einige bürgerliche Politiker erweitert wurde, im August in Rumänien, im September in Bulgarien, Belgien und Griechenland und im Dezember in Ungarn. 1945 kamen Kommunisten in San Marino, in der Tschechoslowakei, Finnland, Norwegen und Österreich in die Exekutive. In der republikanischen spanischen Exilregierung waren 1945 auch Kommunisten vertreten. Im Juni 1946 traten luxemburgische Kommunisten dem Kabinett bei.

Die kommunistischen Minister Westeuropas haben sich große Verdienste bei der Durchsetzung antifaschistischer Programme, der Verbesserung der sozialen Gesetzgebung und der Arbeits- und Lebensbedingungen, beim Wiederaufbau der zerstörten Länder, bei der Nationalisierung von Schlüsselindustrien, beim Ausbau der Infrastruktur, bei der Demokratisierung der Gesellschaft, im kulturellen und Bildungsbereich erworben. Viele der sozialen Grundrechte und staatsbürgerlichen Freiheiten, die in

fortschrittliche Verfassungen eingingen, derer sich die Bourgeoisie immer rühmte und die nun systematisch geopfert werden sollen, wären ohne die Initiative und den Kampf auch der kommunistischen Minister, Parlamentarier und Wähler nicht denkbar gewesen.

Obwohl Kommunisten in den westeuropäischen Regierungen weder einen Regierungschef stellten noch mehrheitlich die „strategischen“ Ministerien leiteten, machte die innere und äußere Reaktion gegen sie mobil und zog hierbei alle Regier. Reaktionäre, die sich als Demokraten ausgaben, versuchten im Bunde mit London und Washington den Kommunisten das Wasser abzugraben. Nicht zuletzt gegen sie wurde der Kalte Krieg inszeniert. Die Offensive der Reaktion begann in Griechenland. Die Kommunisten und ihre antifaschistische Widerstandsarmee ELAS hatten aus „nationaler Verantwortung“ auf ihre politische und militärische Überlegenheit verzichtet und für eine geringfügige Regierungsbeteiligung die Rechten an die Macht und die Briten ins Land gelassen. Nun wurden sie Ende 1944 aus den Ämtern gedrängt, blutig verfolgt und in einen dreijährigen Bürgerkrieg verstrickt.

In Westeuropa spielte man die Sozialdemokraten gegen die Kommunisten aus. Gewerkschaften wurden gespalten, Linke terrorisiert, die Massen gegen die kommunistischen Parteien aufgehetzt, Wirtschaftshilfe aus den USA (Marshallplan) vom Entfernen der KP-Minister abhängig gemacht.

Hatten diese bisher schon kein leichtes Leben, so wurde die Situation fortan unerträglich. Gegen eine Fronde, die vom katholischen Klerus über die Sozialdemokraten bis zu Faschisten reichte, hatten sie keine Chance. Doch bis zum Schluß fühlten sich jene Kommunisten ihrer Partei, der Arbeiterklasse und den Wählern verbunden, nahmen sie deren Interessen wahr. Keiner von ihnen wurde zum Opportunisten, wirtschaftete in die eigene Tasche oder unterwarf sich den Forderungen des Kapitals. Niemand beugte sich angeblichen „Sachzwängen“ und trug eine arbeiterfeindliche Politik mit. Lieber nahmen sie ihren Hut und verließen die Regierung. Bis 1948 waren alle kommunistischen Minister in Westeuropa aus ihren Ämtern entfernt worden oder zurückgetreten. Einzig die kleine KP der Bergrepublik San Marino blieb bis 1957 im Amt, als die Linksregierung aus Kommunisten und Sozialisten durch ein Zusammenspiel einheimischer Rechter und der Reaktion des italienischen Umlandes gestürzt wurde.

Bernhard Majorow

Aznar tritt ab, aber der Nachfolger dürfte aus demselben Stall kommen

Spanien vor den Wahlen

Am 14. März finden in Spanien Wahlen statt. Nach acht Jahren tritt Aznar ab. Sein designierter Nachfolger Mariano Rajoy kommt, wie der Noch-Präsident selbst, aus dem Stall des Ex-Franco-Ministers Fraga Iribarne. Über den Verzicht Aznars als Präsidentschaftskandidat seiner rechtsgerichteten Volkspartei (PP) wurde viel spekuliert. Eine Meinung war, er wolle dem Schicksal von Felipe Gonzalez entgehen. Dieser mußte nach 14jähriger Herrschaft seiner sozialdemokratischen PSOE, in Korruptionsskandale verstrickt und einer Anklage wegen Staatsterrorismus knapp entrinnend, 1996 der PP den Platz in den Madrider Cortes räumen. Eine andere Äußerung besagt, Aznar strebe nach Höherem, nach internationalen Ämtern, wobei die Spekulation nicht vor der Horrorvorstellung haltmacht, er wolle Nachfolger Kofi Annans werden. Der vor allem während der Öl-Pest-Katastrophe des Tankers „Prestige“ als Regierungssprecher zu traurigem Ruhm gelangte Rajoy läßt auf keinen politischen Wechsel hoffen. Entsprechend der Herkunft der PP hat Aznar seine politischen Richtlinien festgezurrert. Sie bestehen in der Unterdrückung, Diskreditierung und Kriminalisierung aller von der PP-Ideologie abweichenden Meinungen und Handlungen. Durchgesetzt werden sie über die weithin gleichgeschalteten Medien und die der Reaktion gegenüber unterwürfige Justiz. In der Außenpolitik ist bedingungslose Subordination unter den Kurs der USA angesagt. Das Scharnier zwischen innen und außen bildet der „Kampf gegen den Terrorismus“. Zu den „Highlights“ der achtjährigen PP-Herrschaft gehören die Beteiligung am Überfall auf Irak und seiner Besetzung

sowie das Verbot der zweitstärksten baskisch-nationalistischen Partei Batasuna, das zu einem Feldzug gegen die Kultur dieser Nation und alle dortigen sozialen Bewegungen führte. Die gesellschaftliche Realität manifestiert sich u. a. darin, daß über 90 % der Arbeitsverträge befristet sind. Die soziale Unsicherheit und die von ihr herrührenden Erschütterungen führten zum Generalstreik vom 20. Juni 2002. Das Fehlen von Produktionskapazitäten in Spanien beantwortet Aznar mit der Einladung an das USA-Kapital, im Lande zu investieren. Bei einem seiner Besuche hat er Bush gegenüber dieses Angebot erneuert.

Eine weitere Grundlinie der PP-Politik ist die „ewige, unzerstörbare Einheit Spaniens“. Aznar hat diesen Slogan von Franco übernommen, der von „Una Espana Grande y Libre“ sprach.

Im Dezember 2003 wurde in Katalonien eine neue Regierung aus PSOE, Ezquerra Republicana de Catalunya (ERC) sowie einer Koalitionspartei von Vereinigter Linker und Grünen gebildet. Madrid reagierte mit wüstem Geschrei. Es richtet sich besonders gegen die links-republikanische, unabhängig-katalanische ERC, die den höchsten Stimmenzuwachs bei den Autonomiewahlen im November erzielte. Die Hetze stellte für kurze Zeit das Dauertrommelfeuer gegen die Basen in den Hintergrund. Erst recht, als die monarchistische Tageszeitung ABC die vom spanischen Geheimdienst CNI stammende Information über ein Gespräch zwischen dem ERC-Vorsitzenden und ETA-Mitgliedern brachte. Bei der Begegnung in Frankreich war es um Frieden und Waffenruhe gegangen. Der CNI

konnte diese Nachricht lancieren, weil er die ERC überwacht.

Den besonderen Haß Aznars zog die neue katalanische Regierung auf sich, weil sie das Autonomiestatut einer Revision unterziehen möchte und eventuell eine Volksabstimmung durchführen will. Madrid antwortete mit einem Husch-Husch-Gesetz. Darin ist festgelegt, daß Referenden ausschließlich Sache der Zentralgewalt sind.

Die Autonomiestatuten, die in der Praxis weniger Selbstbestimmung bedeuten als sie z. B. einem BRD-Bundesland zugebilligt wird, sind in der spanischen Verfassung von 1978 verankert. Deren 25. Jahrestag wurde von König und PP im Dezember gefeiert. Sie bewährte sich für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der sogenannten faktischen Mächte (Großbourgeoisie, Armee und katholische Kirche) sowie der von Franco eingesetzten bourbonischen Monarchie.

Die Alternative zur PP umriß der Chef der größten Oppositionspartei PSOE mit modern, tolerant und akonfessionell. Er bildete aus den rechtesten PSOE-Landesfürsten, die genauso gut in der PP ihre Heimat fänden, ein Wahlkomitee. Unfähig, nach den gewaltigen Demonstrationen gegen den Irak-Krieg und der Empörung so vieler Spanier während der Ölpest eine konsequente Politik gegen die PP-Herrschaft zu entwickeln, schafft die PSOE wenig Vertrauen. Sie erweist sich geradezu als Gefangene der PP und ist in den Antiterrorismus-Pakt verstrickt. Ihre fehlende Solidarität mit der katalanischen Regierung gegen die Angriffe aus Madrid kann nicht anders gewertet werden.

Die Freie-Markt-Politik à la espanola gedieh auf dem Mist der PSOE-Regierungen. Sie bestand im Ausverkauf der Interessen der spanischen Arbeiterklasse. Neoliberal zu frühen Zeiten, führte die PP ab 1996 diesen Kurs nur fort und weiter. Die Reduzierung der öffentlichen Ausgaben wird angesichts in Zukunft fehlender Fonds aus der EU noch größere Strukturlöcher hinterlassen.

Die links von der PSOE stehende Izquierda Unida (Vereinigte Linke) hat sich durch ihre Defensivstrategie und ihre Fixiertheit auf eine Koalition mit der PSOE, die Regierungsteilhabe um jeden Preis anstrebt, von vornherein selbst begrenzt. Sie kann dem von der PP beschworenen alten Gespenst des Kommunismus mit ihrem eingeschränkten Horizont nicht offensiv begegnen.

Es bleiben noch die nationalen Parteien aus den Autonomieländern, die nach dem Verbot der baskischen Batasuna in der katalanischen ERC ihre fortschrittlichste Vertreterin besitzen.

Insgesamt ein recht desolates Panorama, das auf „Alles bleibt, wie es ist“ hinauslaufen dürfte. **Isolda Bohler, Valencia**



KSCM: Angriff der „Modernisierer“

In der 120 000 Mitglieder zählenden Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM), die nach Meinungsumfragen mit gegenwärtig 19 % auf Platz zwei unter den politischen Kräften Tschechiens liegt, versuchen Kreise um den stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Miloslav Ransdorf und einen weiteren Stellvertreter den Parteiführer Miloslav Grebenicek, der eine feste marxistische Position einnimmt, zu Fall zu bringen oder ins Europa-Parlament abzuschieben. Offensichtlich soll damit die „Koalitionsfähigkeit“ gegenüber den seit 1998 in einer „Rechts-Links-Koalition“ regierenden Sozialdemokraten unter Premier Vladimir Spidla betont werden. Spidla hatte das Abgehen von „traditionell sozialdemokratischen Werten“ stets damit begründet, daß deren Bewahrung die Zusammenarbeit mit den Kommunisten bedingt hätte. Die KSCM aber habe sich nicht „hinreichend transformiert“.

In der KSCM verschärft sich der Konflikt um einen Beitritt zur dubiosen Europäischen Linkspartei (EL), die schon im Mai in Rom gegründet werden soll, um EU-Fördergelder nicht verfallen zu lassen.

Entgegen anderslautenden Beschlüssen des KSCM-Oktoberplenums hatte der für internationale Fragen zuständige Ransdorf, der nur als Beobachter zum EL-Vorbereitungstreffen im Januar 2004 nach Berlin entsandt worden war, dort voreilig den Anschluß seiner Partei verkündet.

Bei den Wahlen 1998 waren 111 Sozialdemokraten und Kommunisten in das 200 Sitze umfassende tschechische Parlament gewählt worden. Die Partei Spidla lehnte damals jedoch eine Regierung mit der KSCM ab und ging statt dessen Bündnisse mit den Rechtskräften ein. Sie verwandelte die Sozialdemokratische Partei in den Eckpfeiler einer militaristischen und pro-imperialistischen Politik.

Offenbar zielt der in der KSCM auf heftigen Widerstand stoßende Versuch der Parteirechten, Grebenicek auszuschalten, darauf ab, die von Spidla eingeforderte „Transformation“ zu einer anpassungsbedingten politischen Kraft weiter voranzutreiben. Im Vorfeld des für Mai anstehenden KSCM-Parteitag gruppieren sich die Anhänger einer „Modernisierungs“-Linie á la PDS auf der einen und die Verteidiger marxistischer Standpunkte auf der

anderen Seite. Die vor allem in BRD-Besitz befindlichen Printmedien der CR gießen Öl ins Feuer und ermuntern die KSCM-Rechten, Grebenicek „nach Brüssel zu verbannen“. Das würde angeblich den Weg zur „Kooperation“ mit den Sozialdemokraten freimachen und „die Isolierung der Kommunisten beenden“.

In einem Beitrag für die Tageszeitung „Halo Noviny“ fragte Grebenicek: „Erwartet man etwa, daß die 41 kommunistischen Abgeordneten das Völkerrecht und die UN-Charta außer acht lassen und loyal ihre Hände zur Unterstützung amerikanischer Kriege durch tschechische Okkupations- und Hilfstruppen heben werden? Erwartet man ernsthaft, daß die kommunistische Gruppe in der Abgeordnetenversammlung damit beginnt, die derzeitige Regierung in ihrer Inkompetenz und in ihren nicht hinnehmbaren Herrschaftsmethoden zu unterstützen?“

Die Auseinandersetzungen in der KSCM sind noch nicht entschieden. Man muß sie in den Kontext des europa- und weltweiten ideologischen Konflikts zwischen Revolutionären und Reformisten einordnen. Es handelt sich um einen weiteren Versuch rechter Kräfte, eine große und wichtige Partei der kommunistischen Bewegung auf Anpassungskurs zu bringen.

R. F., gestützt auf einen Beitrag von Ken Biggs, Prag

KP Japans: Weitere Abstriche am Programm

Der 23. Parteitag der KP Japans, der unlängst in Atami bei Tokio zusammentrat, demonstrierte die organisatorische Stärke und Disziplin der nach wie vor 400 000 Mitglieder, offenbarte aber auch das weitere Abdriften der durch die Parteiführung um den ZK-Vorsitzenden und Ideologen Tetsuzo Fuwa schon seit Jahrzehnten in seichtere Gewässer gedrängten Partei. Die KPJ hatte in der Vergangenheit weder die KPdSU noch die KP Chinas im Konflikt unterstützt, sondern einen eher nationalistisch geprägten Kurs verfolgt. Die über 1000 Delegierten vermittelten wie bisher das Bild klassenkämpferischer Entschlossenheit, machten aber weitere programmatische Abstriche. Mit der Einnahme von Mitte-Links-Positionen reagierte die KPJ auf die schwere Wahlschlappe, die sie im November 2003 hatte hinnehmen müssen. Damals waren 11 ihrer 20 Unterhausitze verlorengegangen. Zu den gravierenderen Änderungen gehört die Entscheidung der Partei, die inzwischen als Interventionsmacht in Irak auftretenden „Selbstverteidigungskräfte“ Japans politisch zu akzeptieren. Bisher hatte sich die KPJ strikt gegen die Existenz dieser neuen Angriffsarmee gewandt. Das unter Bruch von Artikel 9 der Verfassung aufgestellte Militär soll nach Auffassung der KPJ nun erst abgeschafft werden, wenn das von ihr angestrebte „Ende der Sicherheitsallianz mit den USA

positive Wirkung zeitigt und die japanische Bevölkerung diese Auflösung will“. Einknickt ist Fuwas Partei auch in der Bewertung der Rolle des Kaiserhauses, auf dessen Schuldkonto 23 Millionen Tote des Zweiten Weltkrieges in Asien – darunter 3 Millionen Japaner – kommen. Der Kaiser (Tenno) gilt heute – nach der Verfassung von 1946 – als „Symbol der Einheit des japanischen Volkes“, besitzt aber keinen Staatsrang. Während die KPJ bislang in dieser Frage eine kompromißlose Linie verfolgte, formuliert sie seit dem 23. Par-

teitag weicher: „Über die Fortführung oder Abschaffung des Kaisersystems soll künftig mit dem Willen der Bevölkerungsmehrheit entschieden werden – wenn die Zeit dafür gekommen ist.“

Offenbar hoffen Fuwa und andere KPJ-Führer mit einer solchen Entschärfung der Programmatik bei den Oberhauswahlen im Juli besser abzuschneiden. Ziel der Partei ist es, etwa ein Drittel mehr Stimmen als im November 2003 zu erringen und bis 2005 die Mitgliederzahl um 100 000 zu erhöhen. **S. R.**



„Kommunist Kiews“ druckt RF-Beiträge nach

Zum wiederholten Male hat das Informations-Bulletin des Kiewer Stadtkomitees der KP der Ukraine – die Zeitung „Kommunist Kiews“ – aus dem „RotFuchs“ berichtet. Unter einem Faksimile des RF-Kopfes wurden die Interviews unseres Blattes mit dem Vorsitzenden der Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Unterstützung, Prof. Dr. Siegfried Mechler, und dem international bekannten Nieren spezialisten, dem ehemaligen Offizier

der Sowjetarmee Prof. Dr. Moritz Mebel, abgedruckt. Außerdem reproduzierte der „KK“ Auszüge aus dem Artikel des RF zum 30. Jahrestag der Ermordung Salvador Allendes.

Es gibt eine Reihe von „RotFuchs“-Lesern in der Ukraine, vornehmlich ehemalige Angehörige der in der DDR stationiert gewesenen Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte. **R. F.**

EL – eine Neuauflage des Eurokommunismus?

Die Gegner des revisionistischen Mutationskurses der derzeitigen FKP-Führung, die sich gemeinsam mit der PDS und anderen für eine Europäische Linkspartei (EL) erklärt hat, sind jetzt mit einem *Kommuniqué* an die französische Öffentlichkeit getreten. Das Nationalbüro der die Marxisten-Leninisten in der FKP vereinigenden Dachorganisation F.N.A.R.C. hat unter der Überschrift „Vom Eurokommunismus der 70er Jahre zur Euro-Entkommunisierung der 2000er Jahre“ ihre eindeutige Ablehnung der neuen „Superpartei“ bekundet. Darin heißt es u. a.:

Die Führung der FKP macht großes Geschrei um die Schaffung einer ‚Progressiven Europäischen Kraft‘, die mehrere westeuropäische Parteien einschließen soll. Unter den angekündigten Teilnehmern befinden sich weder die KP Griechenlands noch die Portugiesische KP. Statt dessen ist die Gruppe ‚Synaspismos‘ dabei – die Erbin einer eurokommunistischen und antisowjetischen Fraktion, die sich in den 70er Jahren von der KP Griechenlands abspaltete.

Die ‚Humanité‘ verkündet außerdem, daß die ‚nordische Linke‘ (?) sich in Kürze der EL anschließen werde. Nach unserer Kenntnis besteht diese nordische Linke grundsätzlich aus sozialdemokratischen oder aus exkommunistischen Parteien, wie das in Schweden der Fall ist. Im *Huma*-Artikel wird rätselhaft angedeutet, daß mehrere Parteien, die sich um die nationale Souveränität sorgten, nicht an der EL teilnehmen würden. In nicht weniger sybillinischer Art erläuterte dieser Artikel, daß die Führung der FKP das Entstehen dieser Partei der Eurolinken zu beschleunigen wünscht, wie es vom 32. Parteitag beschlossen wurde. (Verschwiegen wird, daß 12 Mitglieder des Nationalkomitees der FKP gegen diese Vorwegnahme eines Beschlusses des NK protestiert haben.)

Trotz der verführerischen und ‚verschlüsselten‘ Einführung dieser neuen europäischen Partei durch die ‚Humanité‘, trotz des Anschlusses bestimmter kom-

munistischer Parteien an diese Initiative, was die F.N.A.R.C. nicht zu kommentieren hat, gibt es Grund zum Mißtrauen in bezug auf das, was als Neuauflage des ‚Eurokommunismus‘ und der ‚Eurolinken‘ der 70er Jahre erscheint. Damals hatten die Führer der Italienischen KP und der KP Spaniens (angeführt vom Liquidator Santiago Carrillo), denen sich für kurze Zeit auch die FKP unter Georges Marchais zugesellte, beschlossen, die internationale kommunistische Bewegung zu spalten, wobei sie sich auf bestimmte antisowjetische und revisionistische Orientierungen verständigten. Schließlich war das einzige Ergebnis dieser Operation, daß der Antisowjetismus genährt, gewisse liquidatorische Tendenzen gestärkt und die portugiesische Nelkenrevolution durch Bruch der Solidarität mit der Portugiesischen KP isoliert wurden.

Heute zeigt sich die Operation in ganz anderem Zusammenhang: In Frankreich

wollen die der Mutationspolitik folgenden Führer alles beseitigen, was von der FKP übriggeblieben ist. Auf dem 32. Parteitag haben sie ihre selbstmörderische Wahl der Mutation (Wechsel) bekräftigt, ihre Teilnahme an der Regierung Jospin bestätigt, die ‚eurokonstruktiven‘ Positionen von Franzis Wurtz wieder aufgenommen sowie die Bildung einer ‚europäischen Kraft‘ angekündigt, die allen Parteien der ‚Linken‘ offenstehe.

Mehrere Kommentatoren erblickten in dieser Initiative ein Mittel, den Willen der kommunistischen Mitglieder ins Gegenteil zu verkehren und auf europäischer Ebene das zu realisieren, was die Anhänger der FKP auf nationaler Ebene als ‚umgedrehten Kongreß von Tours‘ bezeichnen (die Wiedereingliederung der FKP in die Sozialistische Partei). In Tours entstand 1920 die FKP durch Bruch mit der PS.

Dieselben Führer, die die FKP in der ‚Progressiven Europäischen Kraft‘ auflösen, treffen übrigens in der Mehrzahl der Regionen Frankreichs Vorbereitungen, um sich in die von der PS aufgestellten Listen zu den Regionalwahlen einzugliedern: Wie man sieht, geht es ihnen um die endgültige Zerstörung der FKP.“

aus „Initiative Communiste“

KP Kanadas im Aufwind

Die 1921 gegründete KP Kanadas, die im Zusammenhang mit der Zerstörung des Sozialismus in Europa und innerparteilichen Vorgängen Anfang der 90er Jahre eine schwere Krise durchlebte und auf ihrem 30. Parteitag im Dezember 1992 zu einem marxistisch-leninistischen Kurs zurückkehrte, hat vom 29. Januar bis 1. Februar 2004 ihren 34. Zentralkongreß durchgeführt. Er tagte erstmals östlich der Provinz Ontario – in Montreal. Fast alle anderen Parteitage hatten in Toronto stattgefunden. Montreal, Zentrum der französischsprachigen Provinz Quebec, war die Heimatstadt des bedeutenden kanadischen Kommunisten und Autors Dr. Norman Bethune, dessen Buch „Arzt auf vier Kontinenten“ Weltruh errang.

Die KP Kanadas, deren Mitgliedschaft auf eine kleine Zahl von ergebnen Veteranen abgesunken war, befindet sich jetzt auf einem guten Weg. In den letzten Jahren

sind ihr junge Leute, Gewerkschafter und Angehörige ethnischer Minderheiten (Indianer, Sinuit u. a.) sowie Einwanderer beigetreten. Auch wenn das Wachstum nicht dramatisch ist, signalisiert es einen positiven Trend. Für diese Entwicklung steht ihr dynamischer Generalsekretär Miguel Figueroa, der den Rechenschaftsbericht erstattete.

In Montreal waren Vertreter nationaler Linksbündnisse und Abgesandte von Bruderparteien, darunter der KP der USA, der SVP Mexikos und der KP Kubas, zugegen. Das Zentralkomitee wurde neu gewählt. Der Parteitag beschloß Veränderungen am Statut. Das neue Programm „Kanadas Zukunft ist der Sozialismus“ war bereits auf dem vorhergehenden Zentralkongreß in Toronto (2001) ergänzt und beschlossen worden.

R. F., gestützt auf „People’s Voice“, Toronto

Vor Entscheidung in El Salvador



Am 21. März finden in der mittelamerikanischen Republik El Salvador, die noch vor wenigen Jahren Schauplatz eines blutigen Bürgerkrieges mit USA-Beteiligung war, Präsidentschaftswahlen statt. Als Vertreter der derzeit am Ruder befindlichen rechtsgerichteten ARENA-Partei, für die sich bei Umfragen 40 % der Wähler aussprachen, kandidiert Tony Saca, für die linke, aber heterogene Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) tritt der langjährige Generalsekretär der KP El Salvadors und frühere Guerilla-Commandante Jorge Schafik Handal an. Die FMLN kam bei Meinungs Sondierungen zwar auf 41 % Unterstützung, ihr Bewerber liegt aber derzeit noch

hinter dem Gegenkandidaten um einige Punkte zurück. Auf Handal richtet sich das Trommelfeuer der antikommunistischen Medien.

Ein wichtiges Thema des Wahlkampfes bilden Bejahung (ARENA) oder Ablehnung (FMLN) des von den USA angestrebten Zentralamerikanischen Freihandelsabkommens (CAFTA). Es richtet sich gegen die Souveränität der anvisierten Staaten. Der Ausgang der Abstimmung ist völlig offen. Da auch noch andere Politiker im ersten Wahlgang antreten, wird mit einer Stichwahl zwischen Saca und Handal in der zweiten Runde gerechnet.

R. F., gestützt auf „People’s Voice“, Toronto

Die SPD und „Deutsch-Südwest“

Genosse Dr. Rudolf Dix hat im RF einen Artikel zur Herero-Ausrottung durch die kaiserlich-deutsche Kolonialsoldateska veröffentlicht. Ich stimme seinen Ausführungen zu und möchte nur einiges ergänzen. Es betrifft vor allem die Haltung der Sozialdemokratie. Wegen der Übersichtlichkeit versuche ich es chronologisch und in Datenform.

1901: Herero-Führer wenden sich brieflich an den Gouverneur von Deutsch-Südwest. Sie verlangen, ihre wirtschaftliche und damit physische Existenz nicht weiter einzuschränken.

Oktober 1903: Die Volksgruppe der Bondelzwarts vom Volk der Nama (seit Holländerzeiten in Südafrika verächtlich auch als Hottentotten – Stotterer – bezeichnet) erhebt sich erneut, nachdem bereits 1897 ein erster Aufstand der Nama niedergeschlagen wurde.

12. Januar 1904: Die Hereros beginnen ihren Aufstand.

18. Januar 1904: Reichskanzler Fürst von Bülow beantragt im Reichstag die Bewilligung weiterer Mittel zur Entsendung von Truppenverstärkungen nach Südwestafrika. In der SPD-Fraktion setzt sich nach ausführlicher Debatte die Meinung durch, nicht gegen den Kolonialetat zu votieren, sondern Stimmenthaltung zu üben.

19. Januar 1904: August Bebel begründet im Reichstag die Haltung seiner Partei. Er hebt zugleich hervor, daß die Aufständischen „zu einem Verzweiflungskampf getrieben“ worden seien. Die Hereros verteidigten ihre Heimat und das Land, das ihnen seit Jahrhunderten gehöre. (Im 17. Jahrhundert waren sie aus dem Sambesigebiet zugewandert.)

Ab 2. Januarhälfte 1904: Auf Versammlungen, aber auch im SPD-Zentralorgan „Vorwärts“ bringen Mitglieder und Sympathisanten der Partei ihren Abscheu gegen den Kolonialkrieg zum Ausdruck. Gleichzeitig wird die wankelmütige Haltung der Reichstagsfraktion kritisiert.

März 1904: Die SPD lehnt nunmehr die erneut beantragten Mittel ab. Bebel bezeichnet die Aufstände als „gerechten Freiheitskampf“. Unterstützt wird er dabei vom Sprecher der Fraktion für außenpolitische und koloniale Fragen, Georg Ledebour.

14. bis 20. August 1904: Internationaler Sozialistenkongreß in Amsterdam. Ein Hauptpunkt der Tagesordnung ist die imperialistische Kolonialpolitik. In einer einstimmig angenommenen Resolution gehen die Abgesandten aus 24 Ländern die Verpflichtung ein, sich inner- und außerhalb der Parlamente jedem kolonialen Eroberungsfeldzug und allen Ausgaben für die Kolonialarmee zu widersetzen sowie von ihren jeweiligen Regierungen Maßnahmen „zum Schutz der ‚Eingeborenen‘ zu verlangen“.

3. Oktober 1904: Die Nama lassen sich durch die Niederlage der Hereros im August nicht entmutigen und beginnen einen erneuten Aufstand. Aus dem Schicksal der

Hereros lernend, entscheiden sie sich für einen Guerillakampf an verschiedenen Orten. Er zieht sich bis 1907/08 hin.

November 1904: Allein in Hamburg und Umgebung finden über 30 Protestversammlungen gegen den Kolonialkrieg statt. In einer am 6. November dort verabschiedeten Arbeiterresolution wird „die sofortige Zurückziehung der Truppen aus Südwestafrika“ und die „Anerkennung des Rechts der Eingeborenen auf den Besitz ihres Landes“ gefordert.

1905/06: Die Proteste in der Arbeiterklasse verstärken sich. Aber auch Teile des Zentrums schließen sich dem Widerstand gegen den Kolonialkrieg an. Besonders der junge Abgeordnete Mathias Erzberger geißelt die Kolonialmethoden.

Der Reichstag bewilligt 43,6 Millionen RM (1905) und 85,6 Millionen RM (Anfang 1906).

13. Dezember 1906: Reichskanzler von Bülow fordert erneut 28 Millionen RM, was eine Reichstagsmehrheit (SPD, Zentrum u. a.) ablehnt. Daraufhin wird das Parlament durch Wilhelm II. aufgelöst. Die nunmehr angesetzten sogenannten Hottentotten-Wahlen finden in einem Klima des Chauvinismus statt. Eine Pogromstimmung wird entfacht.

25. Januar 1907: Bei den Wahlen entfallen auf die Sozialdemokratie rund dreieinviertel Millionen Stimmen (28,9%). Das sind 250000 mehr als 1903. Doch wegen der alten Wahlkreiseinteilung erhält die SPD nach dem angewandten Mehrheitswahlrecht nur noch 43 statt 81 Mandate. Den Rechten, dem sogenannten Bülow-Block, wird die Mehrheit der Sitze zugeschoben. Diese bewilligt dann die finanziellen Mittel, die Bülow verlangt hat.

In der SPD verstärken sich im Laufe der nächsten Jahre auch wegen der Haltung zum Kolonialismus die Auseinandersetzungen.

Gernot Bandur

Zum Tod von Lotte Fürnberg

Die Schriftsteller-Witwe Lotte Fürnberg verstarb 93jährig am 3. Februar 2004 in Weimar. Man fragt sich unwillkürlich, was wäre in all den Jahrzehnten nach dem frühen Tod Louis Fürnbergs aus seinem Lebenswerk ohne sie geworden? Der Dichter verstarb 1957, erst 48jährig, in Weimar, wo er nur drei Jahre lebte. 50 Jahre lang hat Lotte Fürnberg als Nachlaßverwalterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin dafür gesorgt, das von ihrem Mann Geschaffene zu erschließen und zu verbreiten. In der Weimarer Rilkestraße befand sich das Louis-Fürnberg-Archiv der Akademie der Künste der DDR. Lotte kümmerte sich darum, daß das dichterische und publizistische, das politische und ethische Erbe des bedeutenden kommunistischen Literaten authentisch „in die Zeit eingespeist“ wurde. 1984 erinnerte sie in einem Fernsehgespräch an die zwei Jahrzehnte unruhigen und erfüllten Lebens an der Seite von Louis Fürnberg. Auch in den „Weimarer Notizen“, die im Rundfunk gesendet wurden, äußerte sich die Witwe unter dem Thema „... denn alles Dichten ist Helfen“.

Lotte Fürnberg gab das Lebenswerk ihres Mannes gemeinsam mit anderen heraus. Mit Gerhard Wolf editierte sie bereits 1959 den Band „Echo von links“, dem 1963 das mit Hans Böhm gestaltete Fürnberg-

Lesebuch folgte, das über ein halbes Dutzend Auflage erreichte. Gemeinsam mit Eberhard Rebling sorgte sie für die Herausgabe der Lieder, Songs und Kantaten von Fürnberg (1966). Auch am Erscheinen der sechsbändigen Werkausgabe hatte Lotte Fürnberg durch Zusammenstellung und Redaktion großen Anteil. Mit Rosemarie Poschmann sichtete sie den reichen Briefnachlaß des Schriftstellers, der teilweise der Öffentlichkeit erschlossen wurde. Fürnbergs Weg sei „ein Leben in Briefen“ gewesen, stellte sie in einem Aufsatz fest. In all diesen Jahren seit dem Tod des Dichters stand das Louis-Fürnberg-Archiv Journalisten, Schülern, Studenten und Doktoranden hilfreich zur Seite.

Die persönlichen Lebensstationen Lotte Fürnbergs: Als junge Bibliothekarin Lotte Wertheimer lernte sie 1936 ihren Mann kennen, geriet 1939 in die Fänge der Gestapo, emigrierte, aus der Haft entlassen, nach Italien, Jugoslawien und Palästina, um 1946 in die CSR zurückzukehren, wo sie bis 1950 als Redakteurin und Sprecherin am Prager Rundfunk arbeitete. Kurze Zeit war sie für dessen deutschsprachiges Programm als Korrespondentin in Berlin tätig. 1954 siedelten die Fürnbergs nach Weimar über. Zu Lottes eigenem Lebenswerk zählen neben den Herausgaben auch ihre Übersetzungen.

Dieter Fechner

Was wäre der „RotFuchs“ ohne seinen Tag und Nacht verfügbaren und einsatzbereiten

Vertriebsleiter Armin Neumann

der sein großes organisatorisches Talent ganz in den Dienst unserer Arbeit gestellt hat.

Zum 65. Geburtstag am 8. März 2004

gratulieren wir dem langjährigen Offizier unserer Sicherheitsorgane und wünschen ihm, daß er noch lange an verantwortlicher Stelle im RF-Förderverein, dessen Vorstand er angehört, wirken kann.

Zur Dauer-Lüge von der Alleintäterschaft van der Lubbes

Reichstagslegenden

Der AHRIMAN-Verlag hat als Bestandteil seiner verdienstvollen Reihe „Unerwünschte Bücher zum Faschismus“ (Nr. 4) einen umfangreichen Dokumentenband (532 Seiten) herausgebracht. Er basiert auf der bereits 1972 bzw. 1978 in zwei Bänden vorgelegten Dokumentation des „Internationalen Komitees zur Wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges“. Eine Bearbeitung und erneute Edition ergab sich vor allem aus zwei Gründen:

Erstens mußte dem Umstand Rechnung getragen werden, daß bis 1982 ein bisher unbekannter Dokumentenfundus (207 Bände mit 50 494 Seiten) in Moskau gelagert worden war, der zu diesem Zeitpunkt der DDR übergeben wurde. Dieses Material galt es zu sichten, einzuordnen und zu werten. Das war zu Anfang der 90er Jahre möglich. Die Durcharbeitung der Archivalien hat den Tatbestand der Urheberschaft der Nazi-Führung am Reichstagsbrand keineswegs in Frage gestellt, sondern erhärtet. Dazu sei noch angemerkt, daß die im Dietz Verlag Berlin 1982 und 1989 erschienene zweibändige Dokumentation „Der Reichstagsbrandprozeß und Georgi Dimitroff“ (ein geplanter dritter Band konnte nicht mehr publiziert werden) dieses neue Material berücksichtigte. Außerdem legten Alexander Bahar und Wilfried Kugel im Jahre 2001 das Buch „Der Reichstagsbrand – wie Geschichte gemacht wird“ vor. (edition q, Berlin) Auch diese Autoren haben bisher unbekannte Archivalien in die Beweisführung einbezogen.

Zweitens haben die eifrigen Befürworter der These vom „Alleintäter Marinus van der Lubbe“ ihre polemischen Angriffe eher verstärkt; dabei gibt es eine Reihe neuer Akzente, die es im Interesse der Abwehr des Geschichtsrevisionismus und der Stärkung des geistigen Potentials des Antifaschismus zu beachten gilt.

Die Auseinandersetzung um den Reichstagsbrand ist so alt wie das Ereignis selbst. Es gibt kaum ein anderes Faktum der deutschen Geschichte, über das so heftig gestritten worden wäre wie über die Frage nach der Urheberschaft der Brandstiftung. Bei oberflächlicher Betrachtung mag das verwundern, denn die Geschichtsschreibung, die den Anspruch der Seriosität erhebt, hat den Brand längst als Nazi-Verbrechen nachgewiesen. Eine Vielzahl von Publikationen liegt seit mehr als sieben Jahrzehnten vor, ebenso Zeitzeugnisse des antifaschistischen Widerstandes. Historiker, Politologen, Kriminologen, Psychologen, Juristen und Brandtechniker publizierten in großer Zahl Gutachten bzw. wissenschaftliche Arbeiten.

Ungeachtet dieser Materialien und der von ihnen ausgehenden Beweiskraft wurde Ende der 50er Jahre und fortgesetzt bis zum heutigen Tag versucht, die Wahrheit

auf den Kopf zu stellen. Die Nazi-Führung hätte mit dem Brand nichts zu tun gehabt; sie sei gleichsam von ihm „überrascht“ worden, um diesen dann freilich für die eigenen politischen Ziele zu nutzen. Es wäre allein das Werk des (halbblinden) van der Lubbe gewesen.

Das war der Auftakt zu einem Geschichtsrevisionismus großen Stils, so inszeniert vom Nachrichtenmagazin „Spiegel“ in Gestalt einer umfangreichen Artikelserie (1959, Nr. 43–52/1960, Nr. 1–2) unter dem Titel „Stehen Sie auf, van der Lubbe! Der Reichstagsbrand 1933. Geschichte einer Legende“. 1962 erschien die Serie schließlich in Buchform. Ihr Verfasser war der Amateurhistoriker Fritz Tobias, ein Mann des Verfassungsschutzes mit guten Beziehungen zu Altnazis. Wer aber unterstützte Tobias, wer förderte die Publikation? Walter Zirpins, Leiter des Landeskriminalamtes Hannover (vorher SS-Sturmabführer), lieferte dem Autor „Material“ zum Brandgeschehen. „Gehilfen“ waren weiter: Wilfred von Oven, früher SA-Mitglied und Adjutant von Goebbels, und Karl Schmidt (alias Paul Carell), früher SS-Obersturmbannführer, Sprecher des Auswärtigen Amtes im Nazi-Staat, rechte Hand Ribbentrops. Die Initialzündung für die Alleintäter-These lieferte jedoch Rudolf Diels, der erste Chef der Gestapo (!), inzwischen Mitarbeiter des „Spiegels“ und ein Intimfreund Rudolf Augsteins. Historiker wie Golo Mann, Politologen wie Eugen Kogon und Literaturwissenschaftler wie Hans Mayer erhoben sofort schärfsten Einspruch.

Schließlich erhielt die Augstein-Diels-Tobias-Lüge ihre akademische Weihe durch die „Recherche“ von Hans Mommsen, der 1963 unumwunden zugab, daß die Unterstützung der Alleintäterthese von „allgemeinpolitischem Interesse“ sei. (!) Die Hauptquellen für den „Historiker“ Tobias, dem nun Mommsen zur Seite trat, waren die Memoiren von Diels („Lucifer ante portas“); die Aussagen der ehemaligen Nazi-Kriminalisten, die im Auftrag Görings „ermittelten“; Aktenauszüge von A. Sack, Offizialverteidiger des angeklagten KPD-Fraktionsvorsitzenden Torgler. Dieser stellte sich freiwillig der Polizei, wurde freigesprochen und war nach 1945 SPD-Mitglied. (Die KPD hatte ihn ausgeschlossen.) Heinrich Schnitzler veröffentlichte bereits 1949 in der Schweiz eine Artikelserie zum Reichstagsbrand mit der Tendenz, die Nazi-Führung zu entlasten; er war ein enger Freund von Diels und nach 1945 Ministerialrat in NRW.

Woher rührt nun der ungebrochene Eifer, die Alleintäterschaft van der Lubbes zu beschwören und die Faschisten von aller Schuld an der Brandauslösung freizusprechen?

1. Die Frage nach den Urhebern der Brandstiftung, nach den Motiven be-

rührt direkt die Probleme der Installation terroristischer Diktaturen durch die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führungskreise imperialistischer Staaten. 2. Der Reichstagsbrand war kein singuläres Ereignis, sondern hatte weitreichende Folgen. Geplant und exekutiert durch die Nazi-Führung, gekoppelt mit der Lüge, er sei das „Signal“ eines kommunistischen Aufstandes gewesen, wurde mit Notverordnungen gearbeitet und schon einen Tag später die Verfassung de facto ausgehebelt. Der Staatsterror wurde zum „Gesetz“. Die Wahrheit über die Urheberschaft ermöglicht ein tieferes Eindringen in das Wesen des Faschismus, über dessen Anfangsphase hinaus. 3. Nach wie vor mißfällt den Reaktionären jeglicher Art, daß es ausgerechnet die Kommunisten waren, die dem deutschen Faschismus eine schwere moralische Niederlage zufügten. Die Verteufelung Dimitroffs als „Stalinist“ gehört in den Kontext der Geschichtslüge.

Der Bearbeiter Dr. Bahar ist, bei Hinzufügung und systematischer Einordnung neuer erhellender Dokumente (z. B. einer Erklärung des stellvertretenden Hauptanklägers im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß Robert Kempner), erfolgreich dem methodologischen Prinzip gefolgt, den technisch-naturwissenschaftlichen Befund, die historisch-politische Analyse, die kriminalistischen Indizienbeweise und gänzlich unbekanntes neue Materialien organisch so miteinander zu verbinden, daß eine überzeugende Dokumentation entstand. Den Verfechtern der Alleintäterthese ist weiterer Boden entzogen worden. Die klare Gliederung, die Archivalien und Dokumente, das Literaturverzeichnis und das Personenregister gestatten all denen einen sicheren Umgang mit der Problematik, die die historische Wahrheit finden wollen. Ein notwendiges Buch gegen die Verfälschung der Geschichte.

Dr. Peter Fisch

Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation von Walther Hofer, Edouard Calic, Christoph Graf und Friedrich Zipfel (bearbeitet und neu herausgegeben von Alexander Bahar). AHRIMAN-Verlag, Freiburg



Dieses Auto entdeckte RF-Korrespondent Erich Schreier im schwarzen Bayern

Portbou: Auf einem Berghang über dem Meer

Gedenken an Walter Benjamin

Von Sanary-sur-Mer, über das Peter Fisch im Dezember-RF berichtete, wie von anderen Orten jener südfranzösischen Region gingen die Wege der vor den Nazis Flüchtenden weiter. Hier soll von einem gesprochen werden, dessen Name auf der Gedenktafel in der „Hauptstadt der Emigranten“ nicht vermerkt ist: dem Philosophen Walter Benjamin, der sich – mit dem Faschismus konfrontiert – von der Kulturkritik her dem Marxismus zuwandte. Er war der Bruder des 1942 in Nazi-Deutschland ermordeten Arztes, KPD-Gesundheitspolitikers und Widerstandskämpfers Georg Benjamin, der Schwager von dessen Frau Hilde, der Richterin, Hochschullehrerin und Justizministerin der DDR. Ob er zusammen mit all den anderen in den Cafés, Bars und Flüchtlingsherbergen von Sanary-sur-Mer über die Nacht in Deutschland, den Widerstand und die Zukunft des Landes debattierte, weiß ich nicht. Nur, daß er sich bei Marseille aufhielt, als 1940 die Truppen jener Frankreich eroberten, die seine Werke verboten, seine Bücher verbrannt, ihm die Staatsbürgerschaft aberkannt und ihn ins Exil getrieben hatten. Nun mußte auch Walter Benjamin weiterfliehen vor der Gestapo und den Schergen des Regimes französischer Kollaborateure in Vichy. Vom USA-Konsulat in Marseille erhielt er einen provisorischen Paß; ein spanisches Transitvisum sollte ihm den Weg bis zum Hafen von Lissabon öffnen. Sein Ziel erreichte er nie. An ihn und alle, die auf der Flucht vor dem Faschismus starben, erinnert eine Gedenkstätte am Ort seines Todes.

Portbou liegt an einer Bucht, wo die Pyrenäen in das Mittelmeer abfallen. Der kleine Grenzort besitzt nur 1500 Einwohner, aber einen riesigen Bahnhof, der zahllose Flüchtlinge gesehen hat. Im Februar 1939 flohen Tausende vor Francos herandrückenden Truppen entlang der Gleise durch den Tunnel oder über die Berge nach Frankreich. Nachdem die Nazis dort eingefallen waren, kamen zahlreiche Menschen nach Portbou. Von Banyuls-sur-Mer, 15 km Luftlinie entfernt, erreichte am 25. September 1940 eine kleine Flüchtlingsgruppe zu Fuß den Ort. Walter Benjamin gehörte dazu. Francos Grenzschergen wollten ihn zurückschicken, weil er kein französisches Ausreisevisum besaß. Doch wegen seines schlechten Gesundheitszustandes erlaubten sie ihm, in der Nähe



des Quartiers der Guardia Civil zu übernachten. In jenem „Hotel de Francia“ der seit dem Sieg der spanischen Faschisten nach Francos Schlächter „Avenida del General Mola“ genannten Gasse, wurde im Zimmer 4 am 26. 9. Walter Benjamins Leiche gefunden. Todesursache war eine Überdosis Morphium, das er wegen seiner Krankheit bei sich trug. Ob er sie aus Furcht vor einer Auslieferung an die Gestapo nahm, konnte nie geklärt werden. Die Guardia Civil ließ seine Begleiter tags darauf unbehelligt weiterreisen.

Walter Benjamin wurde auf dem kleinen Friedhof Portbous am Berghang über dem Meer beigesetzt. Die Pesetas, die er besaß, reichten zur Zahlung eines Grabes – Nische Nr. 563 – für fünf Jahre. 1945 bettete man seine Überreste an einen unbekanntem Ort um.

„Schwerer ist es, das Gedächtnis der Namenlosen zu ehren, als das der Berühmten. Dem Gedächtnis der Namenlosen ist die historische Konstruktion geweiht.“ Diese Worte Benjamins sind in eine Glasplatte der Gedenkstätte „Passagen“ eingraviert. Der Künstler Dani Karavan schuf sie Anfang der 90er Jahre, um an den Philosophen und alle Opfer der Faschisten zu erinnern. Der Besucher steigt einen eisernen Treppenschacht hinab bis zu dieser Platte, durch die er das Meer sieht – Symbol für den versperrten Weg in

die Freiheit. Auf dem danebengelegenen Friedhof mahnt ein Gedenkstein mit Namen, Geburts- und Todestag sowie Benjamins Satz in katalanischer und deutscher Sprache: „Es ist niemals ein Dokument der Zivilisation ohne zugleich ein solches der Barbarei zu sein.“

Wer im großen Hamburg mit Benjamins Namen etwas anfangen kann, wie viele Philosophiestudenten dieses Nachfolgestaates des Reichs jener, die seinen Tod zu verantworten haben, Benjamins Werke kennen, das weiß ich nicht. In dem kleinen Portbou ist das anders. Schon daß in der Bahnhofskneipe, die Jahr für Jahr viele tausend Touristen besuchen, Picasos „Guernica“ groß an der Wand hängt, stimmt nachdenklich. Das hat seinen Grund beim alten Wirt, der gegen den Franco-Faschismus kämpfte. Und solche Haltung trifft sich mit Benjamins humanistischem Denken am Ort seiner letzten Ruhe. Hier kennt wohl jede Frau und jeder Mann seinen Namen, hat Interesse an seinem Lebenslauf – der Krämer, der Kellner, der Bahnarbeiter ... So, wie die Guardia Civil nun nicht mehr in der „Avenida del Primo de Riveira“ sitzt – sie heißt jetzt „Rambla de Catalunya“ – so ist aus Molas Avenida „Carrer del Mar“ geworden. Dort hängt noch ein altes Schild „Hotel de Francia“. Doch der Ladenbesitzer darunter erklärt, daß jenes, in dem Benjamin starb, das alte Haus ein paar Meter weiter Richtung Meer war. Informationen, inklusive einer kleinen Dokumentation über sein Leben mit Landkarte seines Weges von Banyuls, hält auch das Tourismusbüro bereit. In der Gasse vor dem Anstieg auf den Berg und zum Friedhof befindet sich ein kleines Museum, geschaffen von Bewohnern des Ortes, die sich in einer Gesellschaft zum Ziel gesetzt haben, die Erinnerung an Walter Benjamin lebendig zu halten. Gepflegt wird das Grab, das auf den Felsen über dem Meer der Sonne ebenso wie den Stürmen und Regengüssen der Costa Brava ausgesetzt ist.

„Auch unsere Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört“, schrieb Walter Benjamin 1940 kurz vor seinem Tod. Und er würde wohl das Gedenken, das Portbou für ihn schuf, kaum als Widerlegung dieser These sehen. Denn wie viele unserer Toten hat der Feind mit Schmutz beworfen, wie viele Ruhestätten und Orte des Gedenkens seit der Konterrevolution geschändet und geschleift ... Und zwingt das Memorial über der Brandung nicht dazu, sich die neue Barbarei bewußt zu machen, die jenes Mittelmeer in einen riesigen Friedhof Tausender namenloser Flüchtlinge verwandelt hat, die – von jenseits der Straße von Gibraltar kommend – niemals die Grenzen der „Festung Europa“ zu erreichen vermochten?

Am 12. März 2004 begeht Genosse Wolfgang Metzger seinen 60. Geburtstag

Neben seinem Beruf als Verlagsredakteur und Korrektor ist er als Büchersammler, Bibliograph, Antiquar und Film-Archivar tätig, wobei ihm besonders die Bewahrung, Wiederbeschaffung und Verbreitung von sozialistischer Kultur am Herzen liegt. Von Anfang an ist er Kulturredakteur des „RotFuchs“ sowie Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Fördervereins, zu deren erfolgreicher Arbeit er maßgeblich beiträgt.

Vorstand und Redaktion gratulieren ihm auf das herzlichste.

Werner Hoppe

Armin Stolpers „Gespräche auf dem Friedhof mit dem anwesenden Herrn Hacks“

Ein Rezensent gratuliert

Am 23. März wird Armin Stolper, den „RotFuchs“-Lesern bestens bekannt, 70. Wie sein neues Buch ausweist, ist der Wahlberliner im echten Sinne des Wortes jung geblieben – vor allem, wenn er sich über sein spezielles Metier, das Theater, die Schauspieler, die Dramatiker, die Regisseure, Intendanten, Bühnenbildner und all die anderen Akteure jener „Bretter, die die Welt bedeuten“, ausläßt. Fast überflüssig zu sagen, daß sich dann in seinen Darlegungen Sachkunde und Parteilichkeit, Streitlust und Freude an der Kritik, Satire und gelegentlich auch ein Schuß Ironie zu einer nachhaltig wirkenden Einheit verbinden. Seine „Gespräche auf dem Friedhof mit dem anwesenden Herrn Hacks“ stehen uneingeschränkt für diese Feststellungen. Insgesamt gesehen reflektieren sie Hacks, Stolper und andere, mehr noch Stolper, Hacks und andere in der widerspruchsvollen und facettenreichen Theaterlandschaft der DDR sowie im kapitalistischen Theaterdschungel der Gegenwart, aus dem beide Dichter ihrer politischen und ästhetischen Anschauungen wegen logischerweise ausgegrenzt sind. Stolpers Fazit: „Also sagen wir so: In der DDR war es durchaus möglich, daß ein Stück von Hacks, Strahl, Kerndl, Stolper – um nur einige zu nennen – aus welchen Gründen auch immer abgesetzt wurde, im heutigen Deutschland ist es schlechterdings unmöglich, daß ein Stück von Hacks oder Stolper an einem Theater, jedenfalls an einem von gewisser Bedeutung, überhaupt zur Aufführung gelangt.“

Der Grundeinfall ist schön, denn unter dem Titel „Gespräche auf dem Friedhof mit dem anwesenden Herrn Hacks“ offenbart sich mehr als ein dialektisches Wortspiel mit dem Titel von Hacksens Weltbestseller „Ein Gespräch im Hause Stein über den abwesenden Herrn von Goethe“. Hier wie dort agiert eine Person und läßt (dort mit dem abwesenden Lebenden und hier mit dem anwesenden Toten) ein konfliktgeladenes Panorama an kulturellem und kulturpolitischem Geschehen aufleuchten.

Der Tod von Peter Hacks am 28. August 2003, dem 254. Geburtstag Goethes, ist der Auslöser der Gespräche. Ihr Ende finden sie in einem philosophisch-ästhetischen Exkurs zu einem Satz von Hacks aus dem Jahre 1985, mit dessen Interpretation Stolper u. a. drei seiner Freunde beschäftigt. Die abwechslungsreiche Lektüre des Buches ist der produktiven Idee geschuldet, alles zu Sagende weitgehend in Monologen und erlebten Dialogen darzubieten. Daß dabei in die Rede saloppe Töne und Vulgarismen einfließen, ist menschlich und wird auch so empfunden, wie es gemeint ist: deutlich und unmißverständlich.

Armin Stolper arbeitet mit seinem Buch intensiv dem Vergessen entgegen. Erreibt gezielte Bewahrung des neueren



Foto: Igel

und neuesten humanistischen Erbes, indem er ins rechte Licht rückt, was von der Geschichte der DDR im allgemeinen und ihrer Theatergeschichte im besonderen verleumdet und verfälscht wird. Er läßt deutlich werden, „was für ein genialer Bühnendenker, erzgescheiter Gedankenfabrikant und gewiefter Politiker dieser Mann (Hacks) war und immer sein wird“. Als Nachweis dienen ihm vornehmlich Stücke von Hacks, seine Essays, die Dichtungen für Kinder, Äußerungen von Freunden und Mitstreitern, eigene frühere Notizen und Publikationen sowie jene fiktiven Gespräche mit dem auf dem Friedhof „anwesenden Herrn Hacks“. In ihnen steht scharfe Kritik an unterdessen historischen und an aktuellen kulturellen Vorgängen neben Selbstkritischem und der Einschätzung von schreibenden Zeitgenossen, Freude über internationale Theatererfolge aus den 60er Jahren neben dem anhaltenden Unverständnis für kulturpolitische Repressalien aus dem ZK der SED, Gedanken über die unterschiedlichen „Amphitryon“-Auffassungen von Hacks und Stolper sowie Vergleiche der dramatischen Dichtungen von Hacks und

Müller neben Anmerkungen zu Brecht und vielen anderen Persönlichkeiten des geistig-kulturellen Lebens wie Eberhard Esche oder Fritz Cremer, Benno Besson oder André Müller und Walter Beltz.

Ihren Höhepunkt erreichen die Gespräche in Armin Stolpers Geständnis: „Welches immer ich aufschlage von Ihren Büchern, ob den Ascher, ob das zur Romantik, ob den Briefwechsel mit André Müller, ob die Gedichte, die Dramen – es sind alles Untersuchungen poetischer Art, wissensgetränkte Forschungsberichte, bestrebt, nicht eine bessere Welt, sondern eine bessere Gesellschaft zu erkunden, kunstvoll, witzig, raffiniert, mit einer Vielfalt von Mitteln, reich an Metaphern und an Mythen geschult.“

Als Heinrich Heine 1856 starb, erschienen wenige Wochen nach seinem Tode Alfred Meißners erfolgreiche Erinnerungen an den großen Poeten. Armin Stolper hat mit seinen „Gesprächen ...“ ein Gleiches für Peter Hacks geleistet.

Bleibt noch, dem Schriftsteller Armin Stolper herzlich zum 70. Geburtstag zu gratulieren. Sein Schaffen als Dramatiker, Erzähler, Essayist und Lyriker weist keine politisch-ästhetischen Brüche auf. Er, der Marxist und Kommunist, ist sich und seinen Anschauungen ein Leben lang treu geblieben – von seinen ersten dramatischen Versuchen aus den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zu den Gedichten, den erzählenden und den politisch-satirischen Schriften des letzten Jahrzehnts, von denen einige nur als Privatdruck erscheinen konnten. Alles Gute, Armin, für den nächsten Lebensabschnitt und allzeit Kraft zu neuem literarischem Schaffen!

Dr. Bernhard Igel

Armin Stolper: *Gespräche auf dem Friedhof mit dem anwesenden Herrn Hacks*, Spotless-Verlag, Berlin 2003, 111 Seiten, 5,10 Euro

Lieber Armin!

Die Redaktion und der Vereinsvorstand denken am 23. März – Deinem 70. Geburtstag – mit Wärme und in Verbundenheit an Dich. Wir kannten Dich als herausragenden DDR-Schriftsteller und namhaften Dramaturgen aus sozialistischen Tagen. In der Zeit seit der Konterrevolution haben wir Dich als einen Menschen kennengelernt, der auch unter widrigsten Bedingungen sich selbst und der Sache treu bleibt. Dafür danken wir Dir. Wir wünschen Dir das Beste, was man heute einem Kampfgefährten wünschen kann: Laß Dich auch weiterhin nicht unterkriegen!

Herzlichst

Deine „RotFuchs“

„Ich will nur die bittere Wahrheit zeichnen“

Zum 100. Geburtstag der Antifaschistin Helen Ernst (1904–1948)

Unehelich geboren in Athen – die Eltern: ein deutscher Auslandsbeamter und seine Hausangestellte –, wuchs das Mädchen ohne Mutterliebe in Athen, später in Zürich und Stuttgart auf. Der Vater hatte Helens Mutter verstoßen und adoptierte sein Kind. 1919 kam die Mini-Familie nach Berlin, Helen studierte Zeichenlehrerin. 1922 hatte sie die für ihr Leben bestimmende Begegnung mit ihrer bis dahin unbekanntem Mutter, Arbeiterin in Braunschweig. Die gutbürgerlich Erzogene lernte so mit der Not des Volkes das Deutschland von unten kennen. Bald stürzte sich die junge Frau – arbeitend und genießend – in das berauschte wilde Berliner Leben der 20er Jahre. Sie wurde Modelehrerin an der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Berlin-Ost, verehrt von ihren nur wenig jüngeren Schülerinnen, schuf gewagte und preisgekrönte Kostüme für Film- und Theaterbälle und fand Tanzsäle anregend. Die innerlich zerrissene Schöne war trotz vieler Verehrer oft einsam.

Um 1930 – mit der Weltwirtschaftskrise und einer neuen, starken Bindung an ihre Mutter – hatte sie es satt, „ausschließlich zur Belustigung der besseren Gesellschaft“ tätig zu sein. Es war der Arbeiterkünstler Carl Meffert, der sich im Exil dann Clement Moreau nannte, der ihr künstlerisch die Augen für die „kleinen Leute“ öffnete. Mit ihm lebte und arbeitete sie sowohl in Berlin wie in Paris und in der Künstlerkommune „Fontana Martina“ im Tessin. Als Zeichnerin war sie fasziniert von Menschen bei der Arbeit, und sie wollte künstlerische Chronistin der Arbeiterbewegung werden. Käthe Kollwitz wurde ihr Vorbild, und die etwas jüngere Lea Grundig wollte so stark und zugleich leicht zeichnen können wie ihre Freundin Helen. Helen Ernst nahm sich Anfang der 30er Jahre in die soziale Pflicht, begleitete die Berliner Straßenkämpfe gegen die Nazis als Zeichnerin und Agitprop-Funktionärin, wurde Mitglied der KPD und war als Betreuerin und Zeichnerin für die Rote Hilfe aktiv. Sie fühlte sich bei ihren neuen Gesinnungsfreunden wohl. Das Jahr 1933 bedeutete einen tiefen Einschnitt: Die Nazis verbrannten bei ihrer ersten Verhaftung fast alle ihre Zeichnungen. Es folgten die Inhaftierungen im Berliner Frauengefängnis Barnimstraße und in Kiel, worüber sie 1935 im Exil den reich illustrierten Dokumentarroman „Frauengefängnis“ veröffentlichte – ein Buch, das in der geistigen wie historischen Nähe zu Langhoffs „Moorsoldaten“ oder Bredels „Die Prüfung“ steht und dank des Einsatzes des Antiquars Christian Bartsch vielleicht noch 2004 erstmalig auf Deutsch

erscheinen wird. Nach einem Landaufenthalt bei einer befreundeten Pommerschen Pfarrersfamilie emigrierte die Künstlerin im Herbst 1934 in die Niederlande. Kurz zuvor war Helen Ernst in Dresden von Hans Grundig gemalt worden. Das Bild gehört zu den bitterschönsten Frauendarstellungen aller Zeiten und gilt als ein Symbolgemälde einer vom Faschismus Verfolgten. In der Grachtenstadt an der Amstel war Helen Ernst als Modepädagogin und Buchillustratorin von Rang bald eine geschätzte „Bauhäuslerin von Am-



Helen Ernst

sterdam“. Ohne Honorar war sie für die sozialistische Presse Hollands tätig. So schuf sie bereits Ende 1934 für eine illustrierte bestürzende Zeichnungen über deutsche KZs. Mit über 600 Zeichnungen und Literaturillustrationen unterstützte sie ihre Genossen der Zeitschrift „Rusland van heden“, der Zeitschrift der niederländischen Freunde der Sowjetunion.

Nach dem deutschen Überfall auf die Niederlande wurde Helen Ernst verhaftet und im April 1941 in das Frauen-KZ Ravensbrück deportiert. Es waren lange, einsame, furchtbare Jahre für alle Inhaftierten und für die hochsensible Künstlerin, die sich anderen oft verschloß und zu überleben suchte, indem sie sich im Inneren eine Welt nach dem Grauen erträumte. Im Lager galt sie bei einigen als überheblich, und es kursierten Gerüchte, sie hätte durch Kontakte mit der SS Kameradinnen verraten. Ihre Stunde der Freiheit kam am 1. Mai 1945 nach einem Todesmarsch aus dem Nebenlager Barth in Mecklenburg. Es verschlug sie nach Crivitz und Schwerin, wo alte Verdächtigungen aufkamen

und zu anderthalbjährigen Ermittlungen durch OdF-Organe gegen sie führten. Nach sechs Jahren Pause suchte sie einen künstlerischen Neuanfang. Es war Ende 1947 vor allem Hans Grundig, ein Überlebender von Sachsenhausen, der mit seiner Bürgerschaft den Weg dafür frei machte, daß Helen Ernst am 16. Januar 1948 vom Landes-Parteischiedsgericht der SED von allen Verdächtigungen freigesprochen wurde. Doch die Ehrenrettung traf eine Todkranke, die am 26. März 1948 in Schwerin an der Lagerkrankheit TBC starb. Danach wurde es still um Helen Ernst, sie wurde vergessen und fast zur Unperson. Bis auf Grundigs Porträt und ihre am Vorabend des Faschismus entstandenen Berliner Zeichnungen, die an das Museum für Deutsche Geschichte gelangten, war von ihr nichts mehr da. Nicht einmal ein Foto. Erst 40 Jahre nach ihrem Tod wurde ihr Schweriner Nachlaß mit ihren wichtigen Ravensbrück-Zeichnungen gefunden und erstmalig ausgestellt. Nach 1990 erfolgten vor allem in Holland weitere Wiederentdeckungen, so daß inzwischen rund 1400 von Helen Ernst geschaffene und erhaltene, nicht von den Nazis vernichtete Arbeiten nachgewiesen werden können.

Ich selbst bin seit 1985 ihren Spuren in Archiven, Bibliotheken und Museen und mit der Befragung von Zeitzeugen nachgegangen, wodurch Ausstellungen in Berlin und Amsterdam, auf Rügen, in Barth oder in Templin möglich wurden. Die deutsche Kunstwissenschaft tut sich schwer, das realistische Erbe von Helen Ernst anzunehmen. Helen Ernst sollte ein Ehrenname werden – wie der von Lilo Herrmann, Olga Benario, Soja Kosmodemjanskaja, Tina Modotti oder von Angela Davis. Der Kommunist Hans Grundig widmete 1948 spontan sein großes Gemälde „Den Opfern des Faschismus“ dem „Andenken an wirkliche große schlichte Menschen“ wie Helen Ernst.

Hans Hübner

Zum Weiterlesen die erste umfassende Helen-Ernst-Biographie:

Hans Hübner: Helen Ernst, ein zerbrechliches Menschenkind (1904–1948), Athen, Zürich, Berlin, Amsterdam, Ravensbrück, Schwerin – Stationen einer Künstlerin im Widerstand. Berlin, Trafo-Verlag 2002. 384 S., 150 Abbildungen. 24,80 €

Zum 100. Geburtstag von Helen Ernst findet am 10. März, 19 Uhr, in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, Am Kanal 47, eine Ausstellung und eine Lesung mit Kathrin Schwingel (Hans-Otto-Theater) und Hans Hübner statt.

Leserbriefe an RotFuchs



Als Engländer möchte ich mich bei Ihnen recht herzlich für die regelmäßige Zusendung Ihrer Zeitschrift bedanken. Sie machen mir damit eine große Freude. So kann ich mich gut über Ihr Programm orientieren. Bravo! (...)

Ich war während des Bestehens der DDR Abonnent mehrerer Ihrer Periodika, darunter Neues Deutschland, NBI, Freie Welt und Eulenspiegel. In meiner kleinen Bibliothek hier auf dem Lande habe ich fast alle Exemplare gut aufbewahrt. Sie waren und sind noch sehr lesenswert. (...) Von kapitalistischer Ausbeutung war bei Ihnen keine Spur. Nur hier in England ist man „frei“, seinen Nächsten auszubeuten.

Anthony Northcott-Rich, Chilsworthy

Die politische Situation verschlechtert sich bei uns weiter, wobei die australische Regierung jeder Forderung der USA zustimmt. Der jüngste Vorschlag besteht darin, „gemeinsame Ausbildung in Australien“ in viel größerem Ausmaß durchzuführen, als das gegenwärtig der Fall ist. Wir würden das Territorium stellen, Massen von USA-Panzern und andere Ausrüstung kaufen, wobei unsere Soldaten unter US-Befehl stünden. Obwohl es sich um die ständige Stationierung von Verbänden handelt (es bestehen bereits etwa 30 US-Militäreinrichtungen hier), streiten sie hartnäckig ab, daß es sich um eine Basis handelt. Angesichts der Tatsache, daß die Völker Japans und Südkoreas USA-Stützpunkte in ihren Ländern ablehnen, blicken die Amerikaner mehr und mehr auf Australien als Abschlußrampe für einen Krieg gegen die KDVR und China. Die australische Regierung überschlägt sich, der USA-Administration zu gefallen. Zum gleichen Zeitpunkt entfremden wir uns unseren asiatischen und pazifischen Nachbarn.

Anna Pha, Sydney

Seid nicht gar zu verwundert, diese Zeilen aus der Slowakei zu bekommen – ein nahezu ausgewandertes oder besser seit fast 10 Jahren hier lebendes ehemaliger DDR-Bürger freut sich, Eure Seiten im Internet gefunden zu haben. Mein Vater schrieb mir gestern aus Dresden von seinen Kontakten zum „RotFuchs“. Ich nahm diesen Hinweis zum Anlaß, nach Euch im Internet zu suchen. Fast neige ich zum wirklich inniglich erfreuten Ausruf: Endlich – endlich habe ich eine Seite mit Veröffentlichungen gefunden, Autoren und Mitmenschen, deren Streben nicht Anbiederung, nicht „Angemommenheit“ und ähnliche Widerwärtigkeiten kennzeichnet, sondern offenes Agieren im ganz ordinären Kapitalismus – und das mit unserem Wissen und unseren theoretischen Grundlagen. Uh – das tut gut!

Uwe Klaus, Nitra

Im fernen Bolivien, wo ich z. Z. weile, lese ich den „RotFuchs“ online. Ich bin gestern mit diversen Transportmitteln durch das bolivianische Hochland/Anden gefahren. Jetzt sind wir in der Provinzhauptstadt Cochabamba, wo wir heute u. a. bei der MAS – Movimiento al Socialismo – des Evo Morales waren, der sich z. Z. in Kuba befindet. Er wäre beinahe bei den letzten Präsidentschaftswahlen Staatschef Boliviens geworden. (Hatte 50 % der Stimmen erhalten, doch das Parlament bestimmte seinen Gegner, den Multimillionär Saches de Losada, zum Präsidenten. Der floh kürzlich in die USA ins Exil.) Jetzt ist der parteilose Ex-Vizepräsident aufgerückt. Eventuell schafft es Evo ja beim nächsten Mal.

USA-Firmen plündern die Energie-Ressourcen des Landes – Gas und Öl –, und die Bevölke-

rung lebt in ziemlicher Armut. Halt der übliche Blues der Dritten Welt!

Frank-Reginald Evertz, Managua

Beim Betrachten des Porträtfotos eines Kindes aus der Dritten Welt schrieb ich diese Zeilen:

Ernst blickst du mir entgegen
Aus deinen dunklen Augen:
Von brauner Haut umspannt
Dein mageres Gesicht,
das seine Kindlichkeit verlor.

Gehüllt in Lumpen,
der aufgeduns'ne Leib
vom Hunger ausgezehrt,
entstellt die Glieder,
gezeichnet schon vom Tod.

Ich seh' dich an
Und deine Not
Dringt tief in mich –
Als wärst du mir ganz nah ...

Ein Foto nur aus einem fernen Land?

Helga Buschow, Schwerin

Der Antrag an den PDS-Parteitag, mit dem der Beitritt zur Maastricht-konformen EU-Linkspartei begründet wird, ähnelt dem veröffentlichten Aufruf. Er klingt fortschrittlich, wenn man davon absieht, daß die Spezifik einer Partei der Arbeiterbewegung nicht einmal benannt wird. Entscheidend ist aber der folgende Satz: Die EU-Partei soll „konkrete Alternativen und Vorschläge für die notwendige Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft“ entwickeln. Damit ist klargestellt, daß die Europäische Linkspartei das Gegenteil einer kommunistischen Partei werden soll. Statt auf die Umwälzung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus setzt man auf Änderungen der bestehenden Gesellschaftsordnung. Man geht nicht über reformistische Zielsetzungen hinaus. Dieses Kerneuropa der Linken hat, gesellschaftlich gesehen, die Funktion der Zähmung der Arbeiterbewegung und der neuentstandenen Initiativen für eine andere Welt, die in der Bevölkerung massenhaften Anhang gefunden haben; politisch betrachtet, soll hier eine Reserve der Sozialdemokratie entstehen, und insgesamt gesehen hat diese pro-europäische Partei die Aufgabe, die EU bei den arbeitenden Menschen als etwas Gegebenes und Unverrückbares hinzustellen. Hier entsteht die loyale Opposition Ihrer Majestät, der Europäischen Zentralbank.

**Franz Stephan Parteder, Graz
(übermittelt von Dr. Lisl Rizy, Wien)**

Mein Dank an die Redaktion für die hervorragende Qualität der Januar-Ausgabe. Die bestehende analytische Klarheit der Aussagen ist sehr hilfreich, historische und aktuelle Ereignisse und Prozesse klassenmäßig zu werten und eigene Positionen zu befestigen. Unter diesem Aspekt aber eine Frage an Wolfgang Clausner, der in „Nullrunde“ schreibt: „Es gilt bei jeder Wahl daran zu denken: Wir haben keine Stimmen zu verschenken. Wer uns bestiehlt, der wird fortan bei Wahlen für seine Dreistigkeit bezahlen!“

Meine Familie diskutiert u. a. seit Tagen die Frage: Wen, welche Partei kann man in diesem Land überhaupt noch wählen?

57 Jahre Mitglied der SED und dann der PDS, habe ich nach dem Chemnitzer Parteitag sehr schweren Herzens die Partei verlassen. Diese Politik opportunistischer Sozialdemokratisierung und Anbiederung an das imperialistische System, die Verunglimpfung und Verfälschung unserer eigenen Geschichte ist unerträglich geworden. Ich habe in den letzten Wochen ganz persönlich erlebt, wie die „Parteioberen“ überhaupt nicht daran interessiert sind, was die „Parteiunteren“ fühlen und denken und wozu sie aktiv politisch handelnd willens und bereit sind.

Auch die PDS ist für mich nicht mehr wählbar! Nicht wählen aber heißt, seine Stimme „zu verschenken“ und die Macht der „Betrugsparteien“ zu zementieren.

Ich habe für mich bis heute noch keine Antwort auf diese Frage gefunden. Ich könnte mir denken, daß es nicht wenige Genossen gibt, die das genauso quält. Sollten wir darüber nicht einmal unsere Argumente austauschen?

Georg Dorn, Berlin

Wir freuen uns, daß die Resonanz Eurer Zeitschrift, die für alle Linken wichtig ist, weiter zunimmt. Das hat zweifellos mit der gewachsenen Qualität der Veröffentlichungen zu tun, die bei Beibehaltung marxistisch-leninistischer Positionen auch in einer differenzierteren Beurteilung der Erfahrungen unserer eigenen Geschichte zum Ausdruck kommt.

Dank und Hochachtung allen, die mit großem persönlichem Engagement die Herausgabe des „RotFuchs“ gewährleisten.

Werner Walde, Kurt Winter, Cottbus

Es ist mir ein Herzensbedürfnis, der Rechtsanwältin Dr. Dr. Beate Grüne für ihre mutige Wahrnehmung der Interessen der Bodenreformer zu danken. Im ND las ich am 30. 1. 2004 ihren Beitrag zu diesem Thema. Als Vorstandsmitglied der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM e. V.) freue ich mich natürlich über die vernünftige und einstimmige Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

1945 kamen meine Mutter (mit zwei Kindern) und deren durch den Krieg verwitwete Schwester (mit sechs Kindern) aus Schlesien nach Ostdeutschland. Und es herrschte große Not. Die Witwe und ihre Kinder erhielten ein Stück Land und ein Neubauernhaus in der Ernst-Thälmann-Siedlung (Zeltendorfer Oderaue). Das war echte soziale und menschliche Hilfe. Alle sechs Kinder wurden erwachsen und gründeten eigene Familien. Sie waren fleißig und erarbeiteten sich in der DDR Häuser mit Grundstücken. (Zwei von ihnen wurden vor etwa sieben Jahren durch das Oderhochwasser geschädigt. Aber die ganze „Sippe“ leistete Hilfe bei der Schadensbeseitigung.)

Im Namen dieser Menschen danke ich Ihnen, Frau Dr. Dr. Grüne. Sie haben weit mehr getan, als es Ihre anwaltliche Pflicht gewesen wäre.

Horst Jäkel, Potsdam

Im Kampf gegen die europäische Konzernmacht und den europäischen Militarismus ist es notwendig, daß auch im Europaparlament die Stimme von Kommunisten zu hören ist. Die einzige Partei, die das in Deutschland erreichen will, ist die DKP mit ihrer Liste zur Europa-Wahl. Für Sympathisanten der DKP ist es wichtig, nicht zu vergessen, daß sich Führungskräfte der PDS bei Bush für Friedensplakate gegen den Irak-Krieg entschuldigt haben; daß ihre Europa-Abgeordneten nicht gegen den reaktionären und militanten Verfassungsentwurf der EU stimmten; daß sie den einzigen, der das als Fehler bewertet hat, von ihrer Kandidatenliste strichen; daß sie durch Koalitionen auf Landesebene in die Politik der Herrschenden eingebunden sind. (...)

Wir sollten eventuelle Meinungsverschiedenheiten mit der DKP zurückstellen. Entscheidend ist in einer wichtigen Frage und in einer kritischen Situation für eine richtige Entscheidung unter der Losung zusammenzustehen: Kommunisten ins Europa-Parlament! **Hans Kölsch, Berlin**

Im September 2003 erfüllte ich mir einen langersehten Traum, Kuba zu besuchen. Ich war Teilnehmer der 30. Internationalen Brigade „José Martí“. In dem Camp lebte eine bunte Truppe von 220 Leuten aus allen Ländern Europas, Rußland und China. Die BRD war mit 12 Brigadisten vertreten. Die ersten beiden Wochen arbeiteten wir vormittags auf einer Citrusplantage und einem Erdnußfeld. Nach der Arbeit gab es

viele Möglichkeiten, das Land unverfälscht kennenzulernen. Die kubanischen Freunde zeigten uns stolz ihre Errungenschaften, wiesen aber auch auf noch ungelöste Probleme hin. (...)

Kuba braucht nicht unsere abgetragenen Schuhe und Sachen oder kluge Ratschläge. Es braucht unsere uneingeschränkte Solidarität. 44 Jahre die revolutionären Errungenschaften gegen die stärkste imperialistische Macht der Welt – auch nach dem Wegfall der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft und angesichts verschärfter Wirtschaftsblockade – zu verteidigen und auszubauen, ist eine große Leistung.

Steffen Steinert, Lingen

Laut Minister Struck geht es um Kriegseinsätze in aller Welt. Denkt bitte daran: Wenn deutsche Soldaten in aller Welt was machen, daß – als Rückantwort – Terroristen aus aller Welt in Deutschland was machen werden!!!

Elisabeth Monsig, Schwedt

Schon 1934 hörte ich im Geschichtsunterricht, daß Herr Adenauer Separatist wäre, der nach dem Ersten Weltkrieg die Rheinprovinz abtrennen wollte. Jedoch erst jetzt fand ich in einem Buch des englischen Schriftstellers Avro Manhattan die definitive Bestätigung. Er schreibt: „Der Sprecher des rechten Flügel war der päpstliche Prälät Dr. Ludwig Kaas, Professor für Kirchengeschichte an der Universität Bonn. Kaas war ... ein eifriger Anhänger der Separatistenbewegung, die von den rheinischen Katholiken finanziert wurde. Am 10. 3. 1919 hat er an die unter Vorsitz von Dr. Adenauer in Köln tagenden Separatisten ein Telegramm zur Begrüßung der Rheinischen Republik gesandt. Es darf nicht vergessen werden, daß Kaas eng befreundet mit Dr. Seipel war, der die Schaffung eines katholischen Reiches in Mitteleuropa anstrebte.“

Angesichts dieser Tatsache bin ich der Meinung, daß es angebracht wäre, daß Herr Ratzinger, Vertreter der deutschen Katholiken beim Vatikan, über einen Antrag an die von Papst Sixtus V. (1558 bis 1590) gegründete Ritenkongregation versuchen sollte zu erreichen, daß der I. Stellvertreter Gottes auf Erden, Herr Wojtyła, den Prälaten Dr. Kaas, Herrn Dr. Seipel und Herrn Dr. Adenauer für den Versuch, im Jahre 1919 ein katholisches Reich auf deutschem Boden zu gründen, wenn schon nicht „heilig“, so doch „selig“ sprechen sollte. Das wäre doch eine großartige Würdigung der bereits Verstorbenen und vor allem des Herrn Dr. Adenauer als „Bester Deutscher“. Auch sein die Zementierung der Spaltung betreffender Ausspruch „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“ sei ihm verziehen. Er war eben ein Separatist.

Jupp Jeschke, Berlin

Der „RotFuchs“ hat meine Hoffnung auf eine Welt des Friedens, des sozialen Fortschritts und der Völkerfreundschaft neu belebt. Im Sommer 2003 bekam ich vom Vorsitzenden der RF-Regionalgruppe Neubrandenburg, Genossen Günter Schmidt, die Zeitung als Leseprobe. Seit August bin ich ihr Abonnent. (...)

Viele Jahre meines Lebens habe ich in den bewaffneten Organen der DDR den Dienst versehen. Ich habe diese Zeit in bester Erinnerung und möchte sie nicht missen. Der friedliche Aufbau des Sozialismus in der DDR erforderte auch eine militärische Sicherung. Nach der Einverleibung der DDR durch die BRD bekam ich deren „Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit“ hautnah zu spüren. (...)

Ich bin glücklich über den Kontakt mit der „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“. Diese neuentstandene Verbindung mit Gleichgesinnten gibt mir wieder Zu-

versicht und Hoffnung, die in den letzten Jahren ein wenig abhanden gekommen waren.

Generalmajor der NVA a. D. Willi Dörnbrack, Neubrandenburg

Das ND kühlte sein schlechtes Gewissen und brachte während der Spielzeit von „Unsere Besten“ täglich Marxens Telefonnummer. Offensichtlich mit Erfolg. 50 000 Käufer mal 10 inspirierte Anrufe brachten 500 000 Ted-Stimmen. Marx blieb unser Bester. Aber BILD hatte 11 Millionen dagegensetzen. Aus Spaß wurde Ernst. So konnte sich schließlich der Feuilletonchef der Berliner Zeitung angesichts von Marx als Nummer 3 nur mit der Bemerkung aus der Affäre ziehen: „Man tut den Beteiligten wohl kaum Unrecht, wenn man hier den Ost-Adenauer sieht und nicht den selbstverständlich großen Denker.“ (BLZ, Silvester 2003, S. 11) Solche Blüten der Verzauberung schossen im gesamten Blätterwald ins Kraut. Warum sollte nicht auch der „RotFuchs“ davon naschen? Doch spätestens nach dem „Bäuerchen“ müßte der Zauber allerdings der Erkenntnis weichen: Wäre der Osten wirklich bei Marx gewesen, um nun bei ihm zu bleiben, hätte wohl kaum aus der DDR dieser „Osten“ werden können.

Torsten Preußing, Berlin

Ab Januar gehen 10 Euro monatlich, jeweils zum 15., auf das angegebene Konto. Ich begrüße den RF als unbedingt notwendiges Forum. Es ist doch ganz wichtig, das in vielen Köpfen gespeicherte Potential an materialistischer Dialektik und Wissen über Mehrwert, Historie etc. zur Analyse der fundamentalen Widersprüche dieser alten Welt zu mobilisieren. Eine solche Aufgabe kann von keiner „bunten Truppe“ gelöst werden. In diesem Sinne seid Ihr auch kollektiver Organisator.

Peter Wiese, Eberswalde

Ich fände es gut, wenn in möglichst jeder Nummer des RF ein Beitrag stünde in der Art: „Erbe der DDR – achten wir darauf, daß es bleibt!“ Ich kam bei der Reisebeschreibung der Hesses darauf. Könnte man nicht mit einem Foto den Rundbau in Bad Frankenhausen und die bedeutende Arbeit Prof. Tübkes als essentielles und zu wahrens DDR-Erbe bekanntmachen? Und in der Art könnte man in jeder oder meinetwegen jeder zweiten Ausgabe wieder etwas vorstellen, was uns als verpflichtendes Erbe der DDR überkommen ist. Ich denke auch an die ja wohl nicht wenigen Genossen westlich von Werra und Elbe, die vielleicht nicht alles so kennen. Aber auch unsere Genossen können ruhig mal wieder daran erinnert werden.

Peter Franz, Weimar

Mit großem Interesse las ich im RF Nr. 72 den Beitrag zum 100. Geburtstag des Predigers und Sozialisten Karl Kleinschmidt. (...) Auch der Artikel „Dr. Theodor Neubauer“ – ein Vorbild als Pädagoge und Klassenkämpfer“ hat mir gut gefallen. Leider ist dem Autor ein kleiner Fehler unterlaufen, wenn er schreibt: „So konnte er Kontakte zu illegalen Genossen in verschiedenen Orten herstellen, vor allem in Gera. Dort hatte Magnus Poser eine aktive Widerstandsgruppe aufgebaut ...“

Nach Berichten meines Schwiegervaters, Mitglied der illegalen KPD-Organisation in Jena, und den mir dazu vorliegenden Unterlagen war Magnus Poser nicht in Gera tätig. Er hat die Jenaer Unterbezirksleitung der KPD nach seiner Haftentlassung ab 1937 aufgebaut und sich mit der Thüringer Organisation unter Theodor Neubauer vereinigt. Dieser gehörten die Geraer Widerstandskämpfer nicht an.

Heinz Grün, Jena

Bei der Bearbeitung meines Beitrags im letzten „RotFuchs“ gab es einen Irrtum. Die Kapitalistenführer fordern keineswegs die Illegalisierung „wilder“ Streiks. Die werden von ihnen deshalb „wild“ genannt, weil sie schon immer

illegal waren und für ihre „Rädelsführer“ oft genug zumindest die fristlose Entlassung zur Folge hatten. Heute aber geht es den Kapitalisten darum, das Streikrecht insgesamt weiter einzuschränken, z. B. durch die Forderung nach Verbot von Warnstreiks sowie von Streiks, die „schwere Auswirkungen auf andere Unternehmen“ haben. Ziel ist es, die Gewerkschaften praktisch zu lähmen. (...) Noch eine Bemerkung zum abgeänderten Schlußsatz. Dort steht „man“. Nein, die herrschende Klasse müßte es heißen. Und „die Protestierenden“? Das bin ich, das sind wir, die Demos organisieren, vor Polizeiketten stehen oder – wie jetzt am 31. 1. – vor Wasserwerfern und Panzerwagen. Es geht mir um Subjektivität, die ich im RF stärker finden möchte.

Werner Hoppe, Hamburg

Mit der Sonderbeilage (Text von Claus Hammel) ist dem „RotFuchs“ ein großer Wurf gelungen! Ich befürchte nur, daß sich nicht jeder Abonnent die Zeit genommen hat, diesen so außerordentlich inhaltsreichen Text zu lesen. (...)

Nach dem Studium von 6 Heften finde ich, daß im RF im besten Weinertschen Sinne reichlich ROTER PFEFFER zu finden ist. Was mir aber fehlt, ist ein bißchen ROTES LACHEN. Das ganze Heft kommt mir zu ernst, zu schweren Schritten daher. Gewiß, ab und an werden die Seiten mal mit einer Karikatur aufgelockert. Aber wo bleibt die Satire? Unsere Gegner bieten so viel Blößen – da sollten unsere Meister der flotten Feder (und die gibt es bestimmt unter den Lesern des RF) drauf zielen.

Helmuth Hellge, Berlin

Die offiziellen Bezüge unserer „Besten“ sind nach Quellen des Bundes der Steuerzahler in der Ausgabe Nr. 73 veröffentlicht. Das ergibt aber noch nicht ihr Gesamteinkommen. Die Eingliederung von Abgeordneten in Kommissionen vielfältigster Art wird ebenfalls nicht gering honoriert. Je nach Status im Machtgefüge und auszumachendem Willen zur Gefälligkeit sitzt ein Großteil von Ministern, Staatssekretären und Abgeordneten in den Aufsichtsräten der Konzerne und Banken. Die Bezüge dafür sind horrend. (...) „Kleinigkeiten“ wie Firmenaus für Familienangehörige, Einladungen zu hochkarätigen Urlaubsaufenthalten und Veranstaltungen, wertvolle Sachgeschenke und „Aufmerksamkeiten“ aller Art sind nur die Spitze des Eisbergs. Wie hoch die Nebeneinkommen solcher Leute tatsächlich sind, liegt im dunkeln.

Lothar Hunger, Brand-Erbisdorf

(...) Wenn sogar Frau Merkel, die als selbsternannte „Widerstandskämpferin“ nur Negatives über die DDR zu sagen weiß, in ihr studierte, promovierte und einen sicheren Arbeitsplatz hatte, kann die „Verfolgung“ Andersdenkender nicht so flächendeckend gewesen sein. Manche „Prominente“ beklagten sich, wie schwer es war, einen Weihnachtsbaum zu bekommen, oder daß in den Wintertagen nur verfaulte Äpfel im Angebot waren!! Wir müssen in verschiedenen DDRs gelebt haben! Sicher gab es selten Bananen und Orangen. Erdbeeren, Pflaumen oder Tomaten verkaufte man nicht im Winter – aber wenn es zu anderer Zeit welche gab, dann schmeckten sie auch so, wie sie hießen! (...)

Wenn das Statistische Bundesamt den „Vereinigungsgewinn“ für Westdeutschland mit 200 Mrd. DM veranschlagte, stellt sich die Frage: Welche Gewinnbeteiligung hatten wir als Eigentümer dieses Volksvermögens? Unsere berechtigten Ansprüche auf dieses Vermögen wurden nicht berücksichtigt. Die BRD verschleuderte es. In der DDR konnte man mit Lohn oder Rente keine Reichtümer erwerben, dafür gab es bezahlbare Mieten, stabile Grundnahrungsmittelpreise, kostenlose Medikamente und garantierte Arbeitsplätze. Die sogenannte Freiheit hatte einen Preis. War dieser nicht etwas zu hoch?

Peter Oldenburg, Schwerin

„RotFuchs“ im ND zur Kenntnis genommen, ist halt ein Pool für linkes Denken! Januar-Heft für

einen kleinen Solidaritätsbeitrag bei Karl und Rosa mitgenommen. Aufgefordert, einfach mal in Ruhe zu lesen, einmal, zweimal ... zu Hause an den Tisch gesetzt, darüber nachgedacht. Bin 52, in der DDR aufgewachsen, das Elternhaus rot wie die Sonne am Horizont. Stand selbst ehrlichen Herzens für diese Sache ein.

Die Januar-Ausgabe bestätigte meinen Gedanken, eigene Auffassungen nicht einfach aufzugeben.

Peter Naumann, Berlin

Am 30. 1. wurden wir im NDR („Land und Leute“) mit Folgendem konfrontiert: Die Sendung stellte ein Rostocker Luxushotel mit den verschiedensten Wellness-Bereichen vor, u.a. wurde im antiken Ambiente, in vergoldeter Wanne ein Stutenmilchbad mit Rosenblättern zum „Wohlfühlen und Entspannen“ angeboten. Preis: 45 Euro.

Zwei Stunden später im RBB: Hier präsentierte man im Rahmen des Programms „Letzte Hoffnung – Pfandhaus“ die Ärmsten der Armen, die ihre Kristallschale, den Fernseher oder Handwerkszeug für das tägliche Brot einlösen müssen – und dafür noch schlimmer geschröpft werden (ca. 40 % Gebühr und Zinsen) als von jeder Sparkasse. Der sehnlichste Wunsch einer jungen Mutter: Einmal nicht jeden Pfennig umdrehen zu müssen und dem Kind einen Zoo-Besuch zu gönnen.

Um die Menschenrechte wieder für alle zu gewährleisten, hilft kein Reformieren, sondern nur die Überwindung dieses Systems.

Rosi und Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Die gleichgeschalteten Medien überschlagen sich jetzt buchstäblich wegen der SPD. Einige Titel: „Quo vadis – SPD?“ „Die SPD am Rande des Abgrunds“ „Ist die SPD noch zu retten?“ Für mich stellt sich die Frage, ob es überhaupt wünschenswert ist, die gegenwärtige SPD zu retten? Ich antworte mit nein und halte mich an den leider zu früh verstorbenen Sebastian Haffner, der schon vor Jahrzehnten sagte: „Seitdem es die SPD gibt, gibt es den politischen Verrat!“

Dieter Bartsch, Berlin

Was in der BRD fehlt, ist eine richtige marxistische Partei mit Masseneinfluß, die Kommunisten, Sozialisten und andere linke Kräfte auf der Basis des Marxismus zusammenführt, wo sie ihre politische Heimat finden könnten. Leider wird das Klassenbewußtsein von Jahr zu Jahr mehr verschüttet. Und die Jugend erhält keine marxistische Bildung mehr, während es die ältere Generation nicht schafft, ihre Erfahrungen ausreichend weiterzugeben. (...) Ich frage mich: Warum kommt der Reifeprozess nicht schneller voran? Warum ist die bürgerliche Ideologie so stark?

Günter Bach, Fraureuth

Durch umfassende Privatisierungsgesetze entzieht sich der Staat seiner sozialen Verantwortung und greift in die Lebensrechte derjenigen ein, die schon vorher benachteiligt wurden. Wie frei bin ich, wenn ich nicht weiß, wovon ich die in der Regel auf Pflanzenbasis wirkenden, nicht mehr verschriebenen Medikamente bezahlen soll? Soll meine Familie hungern? Muß mein diabetischer Sohn auf ein paar neue Schuhe verzichten? Habe ich die Freiheit, das Wasser abzusperrn, weil die Kosten in Berlin um 15 % gestiegen sind und die Privatmiteigentümer ihre Dividenden garantiert wissen wollen?

E. Rasmus, Berlin

Fritz Dittmar, Hamburg, schreibt im Januar-RF zu den Arbeiterkämpfen vom Herbst 1923: „Wichtig für die Gegenwart fände ich eine Untersuchung der Entscheidungsprozesse, die erst dazu führten, den Aufstand zu beschließen und dann dazu, ihn abzusagen.“ Es gibt jetzt Möglichkeiten, diese Frage besser zu beantworten. Kürzlich erschien eine Sammlung von Dokumenten, in denen führende Politiker der Kommunisten, die die Entscheidungen vor allem trafen,

und der KPD zu Wort kommen: Trotzki, Sinowjew, Pjatakow, Radek, Münzenberg, Eberlein, Walcher, Pieck und andere. Das Grundproblem in damaliger Praxis und späterer Auseinandersetzung war und ist, ob und wie der „russische Oktober“ 1917 durch den „deutschen Oktober“ 1923 ergänzt werden konnte. Ein Erfolg der deutschen Arbeiter hätte – auch nach Ansicht Stalins – das Zentrum der Weltrevolution nach Berlin gerückt. Über die segensreichen Folgen ließe sich nachdenken.

Eine einfühlsame Besprechung der Dokumente findet der Interessierte in Werner Röhrs „Ende der Legende“ (junge Welt, 17./18. Januar 2004).

Prof. Dr. sc. Horst Schneider, Dresden

Zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland gibt es eigentlich nur drei Möglichkeiten: 1. Man zahlt in den anderen Ländern die deutschen Löhne. 2. Man zahlt in Deutschland die Billiglöhne anderer Länder. 3. Wenn beides nicht klappt, was ja auf der Hand liegt, belegt man die Einfuhr von Waren aus Billiglöhnländern mit einem so hohen Zoll, daß es für die Unternehmer lukrativer wird, im eigenen Land produzieren zu lassen.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Ich habe mich über die Zusendung des „RotFuchs“ (mit der Februar-Ausgabe erhielt ich bereits das 4. Exemplar) sehr gefreut und ihn gründlich und mit Freude gelesen, danach an Freunde weitergegeben. Es ist gut, daß wir eine solche Tribüne der Verständigung wie den „RotFuchs“ besitzen.

Dr. Heinz Hartung, Dessau

Zu dem Artikel „Politische Heimat“ im Februar-RF: Als ich nach 13 Jahren Heimatlosigkeit zufällig (durch die ND-Anzeige) auf den „RotFuchs“ stieß, hatte ich ein sogenanntes Aha-Erlebnis. Die gibt es noch, die so denken und fühlen wie ich!

Dabei bin ich kein „klassischer“ Sozialist. Ich hatte in der DDR, die ich vom ersten Fackelzug im historischen Oktober 49 (und davor) begrüßte und wollte, meine Heimat. Sie gab mir Arbeit, ein Zuhause sowie soziale Sicherheit und Frieden für mich und meine Familie. Als vom Krieg gezeichneter Jugendlicher sah ich nur in ihr die Zukunft Deutschlands. Als Individualist aber war ich Mitglied und später Mitarbeiter einer Blockpartei, der NDPD. Zu deren Ehre muß ich sagen, daß sich die Mehrheit der im „RotFuchs“ geschilderten „Zwangsadoption“ durch BRD-Mütter widersetzte. Natürlich gab es auch einige Überläufer, wie anderswo. (...)

Sicher sehe ich die DDR und vor allem mein jahrelanges Vorbild Sowjetunion heute kritischer (...), doch war die DDR die bisher einzige deutsche Antwort auf ein System von Ausbeutung, Ausplünderung des Volkes und Krieg. Bestimmt werde ich heute den großen Begriff „politische Heimat“ nur sehr schwer wiederfinden, doch im „RotFuchs“ sehe ich mein Leben, meine Erfahrungen, weil auf wissenschaftlicher Grundlage basierend, widergespiegelt, trotz vieler Übereinstimmung, die ich auch mit vielen alten und neuen Freunden der PDS habe, deren „Bauchschmerzen“ ich kenne.

Gerhard Rosenberg, Berlin

Die elitären gesellschaftlichen Kreise der Bundesrepublik haben die verfestigte Lebensmaxime, daß sich mit fremden Geld unbekümmert und ohne eigenes Risiko, wohl aber zum eigenen Vorteil erfolgreich wirtschaften läßt. Anders ist doch das Handeln diverser Vorstände, Manager und Politiker nicht zu erklären. (...) Das ist aber keineswegs eine neue Erscheinung unserer Gesellschaft. Schon in den frühen Jahren des vergangenen Jahrhunderts gab es den 2003 zum „besten Deutschen“ avancierten Konrad Adenauer. Dieser Gut-Mensch aus dem Zentrum hatte zur Eigenvorsorge mit Aktien spekuliert und das mit dem Geld aus

dem Kölner Stadsäckel finanziert. (...) Waren es früher vornehmlich Personen des Zentrums bzw. der ihm folgenden CDU, so weitete sich das Parteienspektrum im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts schnell aus. Heute kann keine der in Fraktionsstärke im Bundestag dominierenden Parteien mehr von sich behaupten, bei ihr gäbe es das nicht.

Deshalb konnten die von den Konzernen Ausgehaltenen im Bundesrat und Bundestag den von Hundt, Rogowski und anderen Herrschenden geforderten Kahlschlaggesetzen ohne Betroffenheit zustimmen.

Herbert Rubisch, Berlin

Seit mich der „RotFuchs“ monatlich erreicht, habe ich auch wieder so etwas wie eine politische Heimat. Und die Veröffentlichung meiner Leserschrift ließ sogar das Telefon klingeln. Ein Leser aus der Nähe freute sich über die Entdeckung eines Gleichgesinnten und bat spontan um ein Treffen. Das kann so weitergehen, denn wir wollen einen kleinen Kreis schaffen, in dem wir Gedanken austauschen und Politisches diskutieren können. Dank des RF ist das nun sogar hier möglich. Mich beeindruckt und bewegen die Leitartikel jeden Monat aufs neue. Auch wenn ich manchmal abweichende Auffassungen habe, lese ich gründlich und vergleiche mit meiner Position. Mit „Schröders Logik“ (Dezember 2003) und „Politische Heimat“ (Februar 2004) kann ich mich vollständig identifizieren. (...)

Ich finde den „RotFuchs“ insgesamt sehr gelungen. Und das vor allem wegen der Breite der Themen, der internationalistischen Orientierung und der klaren Sprache. (...) Natürlich kann und möchte ich nicht den RF analysieren. Das wäre nach der Lektüre von vier Exemplaren mehr als vermessen. Was mir auffiel, ist die marxistisch/leninistische Positionierung der Redaktion, die aber daraus kein Wahrheitsmonopol ableitet. Da ist weiterhin theoretische Tiefe, die ich als erfreulich empfinde. Ich habe trotz aller widrigen Umstände endlich mal wieder zu Marx gegriffen, dank „RotFuchs“. Aufgefallen ist mir weiterhin die scheinbare nostalgische Verklärung der DDR. Um nicht mißverstanden zu werden: Mir fehlt die DDR mit unserer sozialen Sicherheit, der Wärme der Menschen untereinander und der allgegenwärtigen Geborgenheit. Und gerade deshalb braucht die schmerzliche Niederlage die Analyse der Fehler und der Ursachen des Scheiterns. Aber vielleicht hat der „RotFuchs“ dazu schon so viel gebracht, daß im 7. Jahr seines Erscheinens anderes im Mittelpunkt steht. Mich allerdings beschäftigt unsere Niederlage ohne Unterlaß.

Alles in allem: Für mich ist der „RotFuchs“ ein echter Gewinn, und ich freue mich schon auf den nächsten Erscheinungstermin.

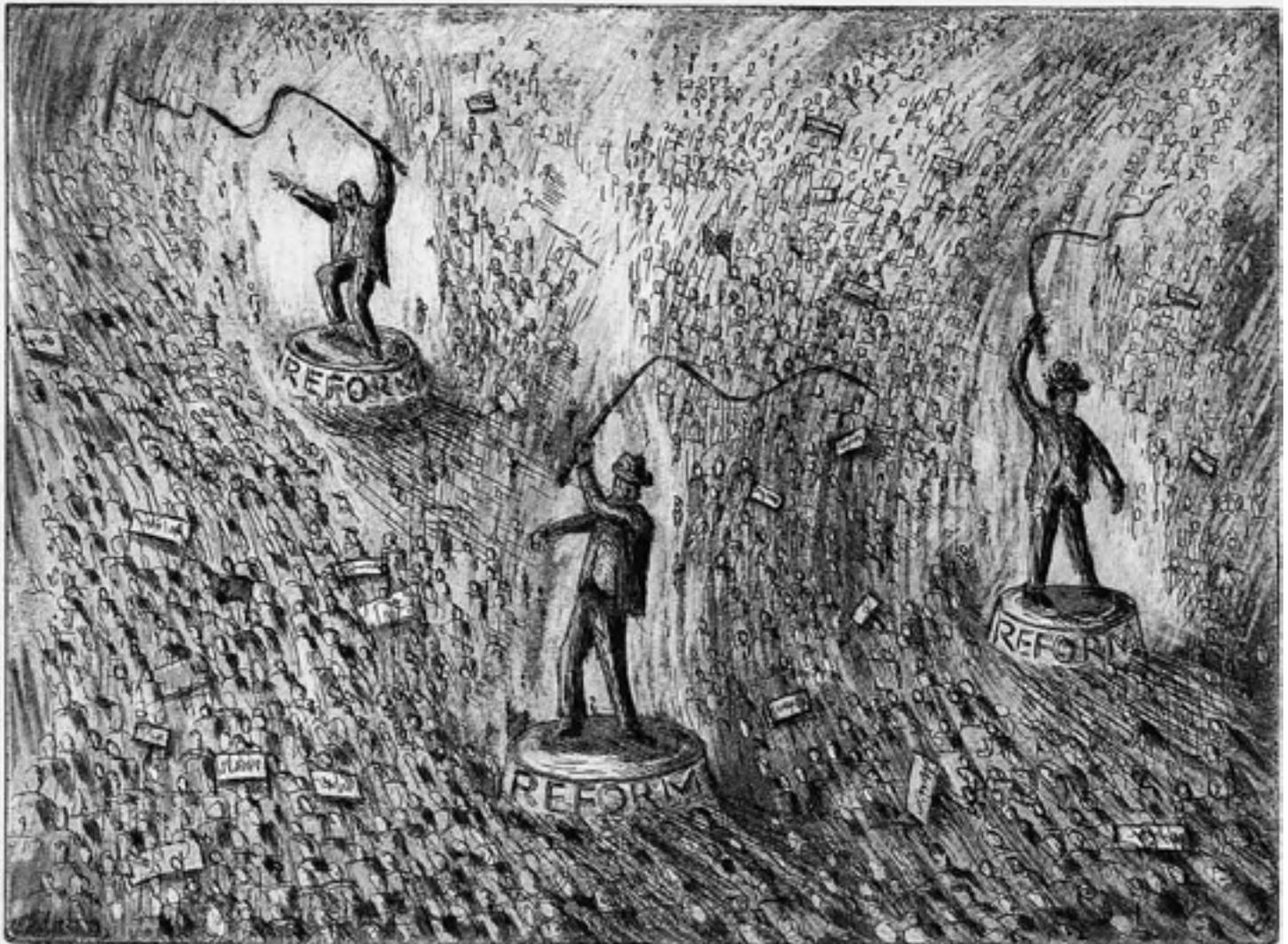
Richard Georg Richter, Cloppenburg

Claus Hammels „Überlegungen zu Feliks D.“ fand ich treffend. Vor allem die „Liste der Untugenden“. Da wurde zu viel vertuscht und verschwiegen. Ja, neu darüber nachdenken! Mich hat mal wieder meine poetische Ader geplagt. Hier das Ergebnis:

Ullas enttäuschter Liebhaber

Du lachendes Gesicht, darüber schwarzes Haar,
Du strahlst mich an, versprichtst den Himmel gar.
Wenn ich Dich seh', weiß ich nicht aus noch ein.
O sag mir rasch, wann endet meine Pein?
Doch warum wird es so in meinem Herzen bang?
Ich fürchte gar, ich werde chronisch krank.
Und warum tut's mir plötzlich selbst in meiner Hose weh?
Verdammt – es ist Dein Griff nach meinem Portemonnaie.
Von meinen Augen fällt's mir nun wie Schuppen,
sind wir für Dich denn nur noch Spielzeugpuppen?
Jetzt blick ich durch, es ist ja so fatal:
Dein Auftraggeber ist das Kapital.
Darum, hätt' ich Dich hier, Du falsche Zicke,
vom Kopfe riß' ich Dir die Eitelkeitsperücke.
Dann siehst Du alt aus, wie Du wirklich bist –
Such Dir doch einen andern, der Dich küßt.

Werner Döring, Hohnstein



Dressurversuch

Grafik: Klaus Parche

Cuba, mon amour

Am 19. März 2004, um 16.30 Uhr, liest, spricht und diskutiert

Inge Viett in der Begegnungsstätte der Volksolidarität, Torstraße 203–205, auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe Berlin des RF-Fördervereins. Gerade aus Kuba zurück, über das sie ein bewegendes Buch geschrieben hat, stellt sie ihr Auftreten in das Zeichen der Solidarität mit der sozialistischen Inselrepublik.

Am 17. März 2004 um 17.00 Uhr findet die erste regionale Leserkonferenz des RF in **Rostock** statt.

Ihre Organisatoren **Werner Beetz**
Harry Machals
Renate Rega und
Manfred Manteuffel

laden alle Leser und Sympathisanten herzlich ein. Zugegen sind RF-Chefredakteur **Dr. Klaus Steiniger** und Vertriebsleiter **Armin Neumann**. Treffpunkt ist die Tanzgaststätte „Am Scharren“ in Evershagen, Bertolt-Brecht-Straße, Aufgang Hinterseite Edeka-Markt. Parkplatz vorhanden.

Straßenbahn: 1, 4 und 5 bis Ehm-Welk-Str.

Vom **12. März bis 15. April 2004** findet im Roten Laden der PDS Friedrichshain, 10249 Berlin, Weidenweg 17, eine Ausstellung mit Werken des auch aus dem „RotFuchs“ bekannten Malers und Grafikers

Klaus Parche statt.

Die **Vernissage** in Anwesenheit des Künstlers ist am **12. März um 18.30 Uhr**. Gezeigt werden neueste und ältere Arbeiten des in Hintersee bei Uekermünde Lebenden und eine Galerie Unterhaltenden.

IMPRESSUM

Der RF, im Februar 1998 von der DKP-Gruppe Berlin Nordost begründet, ist seit dem 1. Juli 2001 eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Publikation.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965

Neu: E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schanker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Bernd Fischer
Walter Florath
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)

Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Prof. Dr. Werner Roß
Rainer Rupp
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Stefan Warynski (Warschau)
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
Klaus Parche
SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
E-Mail:
rotfuchs.berlin@t-online.de
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sylvia Feldbinder,
Bruni Büdler,
Bernd Koletzki